

Josef Joffe: Was ist los mit Europa?

Nummer 21 – 23. Mai 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 9.– (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

Royal Baby
Wendepunkt in der
britischen Monarchie



Maurers Coup bei Trump

Was im Weissen Haus wirklich geschah.

Von Urs Gehriger und Christoph Mörgeli

Ibiza ist überall

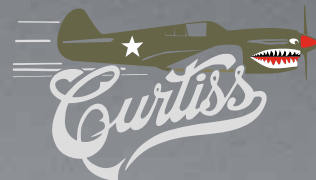
Warum sich die Schweiz nicht über Österreichs Filz erheben kann. *Von Roger Köppel*

Den Menschen ging es noch nie so gut wie heute

Bestseller-Autor Gregg Easterbrook über Klima, Kriege, Katastrophen.

Von Urs Gehriger

4 194407 006904 21




BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • LUCERNE
ST. MORITZ • ZERMATT • ZURICH

AVIATOR 8 B01 CHRONOGRAPH CURTISS WARHAWK
MANUFACTURE CALIBER B01
CHRONOMETER-CERTIFIED



Freund Trumps: Botschafter McMullen in Bern.

Über den Besuch des Bundespräsidenten Ueli Maurer bei Donald Trump wurde viel Halbwahres und Erfundenes berichtet. Urs Gehrigger und Christoph Mörgeli haben sich mit Teilnehmern der amerikanischen und schweizerischen Delegationen unterhalten. Fazit: Im Zentrum des Besuchs stand das Freihandelsabkommen. Das Treffen kam nur dank Edward McMullen zustande, dem amerikanischen Botschafter in der Schweiz. Dieser war überzeugt, dass sich sein Freund Trump mit Maurer gut verstehen werde. **Seite 12**

Der tägliche Nachrichtenfluss ist kaum auszuhalten. Klimakrise, Kriege, Katastrophen – glaubt man den Medien, befindet sich die ganze Welt kurz vor ihrem Untergang. Die ganze Welt? In den Auslagen findet sich ein neues Buch, das sich mit einem Arsenal von Argumenten gegen die Endzeitstimmung stemmt. Urs Gehrigger hat sich mit dem Autor Gregg Easterbrook unterhalten. Der unverwüsthliche Apostel des Optimismus schildert faktenreich, «warum die Welt einfach nicht untergeht». **Seite 16**

Mit dem Klimanotstand – oder, je nach Standpunkt, Klima-Hype – boomt auch das Geschäft mit der verbrannten Luft. Vor allem Firmen und Verwaltungen, aber auch besorgte Bürger kompensieren den durch Flugreisen an der Atmosphäre begangenen Frevel mit dem Kauf

von CO₂-Zertifikaten. Redaktor Alex Baur hat die Angebote untersucht und dabei festgestellt: Es gibt gewaltige und schwer nachvollziehbare Unterschiede beim Preis. Dieselbe Tonne CO₂, die Myclimate via Swiss für 24 Franken verkauft, kostet dreimal mehr, wenn man sie direkt an der Quelle bezieht. Die Bundesverwaltung will nicht preisgeben, wie viel sie Myclimate zahlt, damit Beamte und Politiker ohne schlechtes Gewissen fliegen können. Über Umwege fand es Baur trotzdem heraus: Es sind rund fünf Franken pro Tonne CO₂. **Seite 32**

FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter, einst als «Blocher in Jupe» apostrophiert, lehnt sich weit nach links und irritiert damit sogar ihre eigene Partei. So kritisiert sie öffentlich ihren Vorgänger und Parteifreund Johann Schneider-Ammann und setzt auf arbeitsmarktpolitische Massnahmen, die von Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard inspiriert sind. Dazu gehört eine Überbrückungsrente für über Sechzigjährige, die von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert wurden. Die FDP betonte sogleich, die Vorschläge seien «unbedingt» in eine europapolitische Gesamtschau einzubetten. Gemeint ist die Personenfreizügigkeit, die durch die Begrenzungsinitiative der SVP bedroht ist. Applaus erhält die neue Bundesrätin von linken Politikern: «Frau Keller-Sutter hat verstanden, dass es sozialpolitische Massnahmen braucht, um die unsägliche Initiative der rechtsnationalen Abschotter zu verhindern», sagt SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini im Interview mit der *Weltwoche*. **Seite 28, 34**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die
besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),
Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Erik Ebnetter, Katharina Fontana,
Urs Gehrigger (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Florian Schwab,
Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Mark van Huisseling,
Hansrudolf Kamer, Peter Keller,
Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Thomas Renggeli, Chris von Rohr,
Peter Ruch, Peter Rüedi,
Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,
Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,
Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*),
Tamara Wernli, Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Sandra Noser,
Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Ibiza ist überall

Was Österreichs gestürzter Vizekanzler Strache im Suff daherschwafelt, wird überall in der Politik längst praktiziert. Meinen wir ja nicht, hierzulande sei es besser. Die Schweiz kann sich nicht sittenrein und tugendsam über den österreichischen Filz erheben. *Von Roger Köppel*

Politik ist die Fortsetzung des Kriegs mit subtileren Mitteln, und alle Politiker sind vogelfrei. Das ist keine Forderung. Das ist die Wirklichkeit.

Das heimliche Strache-Video in Österreich ist das seit langem spektakulärste Beispiel eines politischen Auftragsmords. Mit illegalen KGB-, Gestapo- und Mafia-Methoden wurde ein Politiker gefällt, der dumm genug war, sich hereinlegen zu lassen.

Die einzige Straftat, die bis jetzt begangen wurde, ist dieses Video. Was die Strache-Killer mit dem Politiker machten – heimliches Filmen und Abhören mit Lockvogel –, wäre dem Schweizer Geheimdienst sogar bei akutverdächtigen Islam-Terroristen nicht erlaubt.

Klientelwirtschaft von Afrika bis Zürich

In der totalen Empörung über den inzwischen zurückgetretenen Parteichef schwingt viel Heuchelei mit. Natürlich ist es tödlich für Strache, dass er auf den Bildern genauso korrupt wirkt wie die Politiker, denen seine Partei seit Jahren Korruption vorwirft.

Mildernd kann er für sich allerdings in Anspruch nehmen, dass er als damals noch amtsloser Oppositionsführer nur davon redet, was sonst überall gemacht wird.

Klientelwirtschaft ist eine Realität, und zwar nicht nur in Afrika. In Zürich werden öffentliche Wohnungen an geneigte Kreise vergeben. Bundesräte wechseln in die Verwaltungsräte jener Firmen, denen sie während ihrer Amtszeit mit saftigen Aufträgen zu Diensten waren.

Überall dort, wo der Staat eine gewichtige Rolle in der Wirtschaft spielt, schwillt der Korruptions-Speckgürtel der Profiteure. Die grüne Energiewirtschaft ist eine gigantische Geldmaschine, die unzählige Büros und Parlamentarier versorgt. Die gleichen Leute, die die Gesetze machen, sitzen in den Betrieben, denen die Gesetze nützen.

Ist es noch Milizpolitik oder schon Korruption, wenn Schweizer Politiker mit Mandaten bezahlt werden, wenn sie in Bern auf Geheiss ihrer Geldgeber Einfluss nehmen? Wer weiss denn so genau, was die Krankenkassen ihren zahlreichen Fürsprechern im Bundeshaus überweisen, damit sie im Gesundheitswesen die richtigen Weichen stellen?

Doris Leuthard (CVP), bundesrätliche Schirmherrin über die Swisscom, erhielt von Swisscom-Präsident Hansueli Loosli zwei gut-

bezahlte Verwaltungsratsmandate von Coop und Bell – beide Gremien präsiert von Loosli.

Der ironische Sozialdemokrat Moritz Leuenberger, einst oberster Bauherr des Bundes, fand nach dem Rücktritt Unterschlupf bei der Bau-firma Implenia. Ein Schelm, wer Schlimmes dabei denkt.

Was immer man Strache vorwirft: Absichten zur persönlichen Bereicherung lassen sich aus den bisher veröffentlichten Geheimaufnahmen nicht ableiten.

Und es gibt keinen Grund, sich in der Schweiz sittenrein über den österreichischen Filz zu erheben. Unsere Politiker haben einfach Glück, dass ihnen keine bildhübschen Russinnen auflauern, um sie im Verlauf eines siebenstündigen Wodka-Abends zu verfänglichen theoretischen Aussagen zu verleiten, die ein Kamerteam heimlich aufzeichnet.

Natürlich erstaunt die kolossale Dummheit, mit der Strache vor einer Unbekannten brisanteste Vertraulichkeiten preisgibt und zumindest verbal und dem Anschein nach auf schummrige Machenschaften einsteigt.

Heilige Angela der Selbstgerechten

Der Mann disqualifiziert sich als Plaudertasche, als Mochtegerm-machtmauschler, und es ist auch richtig, dass man einen Politiker nicht dann erst zum Rücktritt auffordert, wenn man ihm eine Straftat nachweisen kann. Politiker sollten Charakter haben, und Charakter ist das, was man tut, wenn einem niemand dabei zuschaut.

Wie halten wir es dann aber in der Schweiz mit einem wie dem Genfer Regierungsrat Pierre Maudet? Der schneidige Freisinnige liess sich von einem Scheich zwecks Vorteilsnahme einladen, log darüber die Öffentlichkeit an und krallt sich nun lächelnd an seinem Amt fest, als ob nichts gewesen wäre. Ist das nun harmloser oder nicht doch eher viel dreister und krimineller als die feuchtfröhlichen Strache-Prahlerien von Ibiza?

Gewiss, die öffentlich-rechtlichen Medien und die belagerte EU-Corona nehmen den Fall zum willkommenen Anlass, um die «Rechten» und «Rechtspopulisten» vor den Europawahlen pauschal in die Pfanne zu hauen. Sippenhaft regiert. Allen voran schwingt sich Deutschlands Kanzlerin zur heiligen Angela der Selbstgerechten auf.

Sie tut so, als seien Filz und Korruption eine Exklusivdomäne der «Populisten», was nur



Charakter ist das, was man tut, wenn einem niemand

schon deshalb absurd ist, weil die meisten populistischen Parteien als Underdogs in der Opposition sind und den Staatskuchen gar nicht verteilen können. Was nicht heisst, dass sie es nicht tun würden, wenn sie denn könnten.

Und hat es Merkel schon vergessen? Nicht die Populisten-AfD, die es damals noch gar nicht gab, sondern ihr hochverehrter Vorgänger und Dauerkanzler Helmut Kohl steckte bis zum Hals in einem CDU-Parteispendenkorruptionssumpf mit dunkelschwarzen Kassen. Die Moralpredigten scherbeln gewaltig.

Was Strache im Suff nur daherschwafelt, haben Merkels Parteifreunde im In- und Ausland längst verwirklicht. Luca Volontè aus Italien, einst Fraktionschef der christdemokratischen Europäischen Merkel-Volkspartei, soll Bestechungsgelder aus Aserbaidschan in Höhe von 2,4 Millionen Euro erhalten haben.

Oder Ernst Strasser, ebenfalls Mitglied der christdemokratischen Grossfamilie, ehemaliger österreichischer Bundesminister, Träger eines hohen Wiener Verdienstordens, wurde vor nicht allzu langer Zeit wegen Bestechlichkeit im Europaparlament zu drei Jahren unbedingter Haft verurteilt.



dabei zuschaut: Ex-Vizekanzler Strache auf Ibiza, ein Jahr vor dem Super-GAU.

Auch zur Linken darf man sich nicht aufplustern. Der Sozialist Bettino Craxi war dermassen korrupt, dass er zu 28 Jahren Gefängnis verknackt wurde. Er verteidigte sich keine Sekunde, sondern sagte nur: «Alle anderen haben es auch getan.» Das nimmt den Strache-Dummheiten nichts von ihrer Verwerflichkeit, aber es lässt die Luft raus aus der scheinheiligen Empörung der Strache-Gegner, die jetzt ein Fest feiern.

Mafia-Flair im Schweizer Staats-TV

Womit wir bei den Medien wären. *Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung* und der mit ihr eng verbandelte *Tages-Anzeiger* haben sich wie schon bei den «Panama Papers» von Verbrechern einspannen lassen.

Das ist an sich nicht verboten, solange sie die Mafiamethoden nicht selber anwenden oder zu solchen aufrufen. Das haben *Spiegel* und *Süddeutsche* nicht getan, ganz anders als der Chefredaktor des Schweizer Fernsehens, Tristan Brenn. Auf Twitter lobt der Chef der Gebührenanstalt aus Anlass der Strache-Causa die gesetzeswidrigen «verdeckten» Praktiken ausdrücklich. Müssen wir also damit rechnen, dass der Leutschenbach demnächst die Ferienhäuser bekannter Schweizer Politiker verwanzt?

Natürlich darf man über private Aktivitäten von Politikern berichten. Wenn die privaten Handlungen Missstände aufzeigen, die relevant sind, ist Berichterstattung Pflicht. Selbst moralische

Wir behandeln viele Stars – am häufigsten den grauen und den grünen.

Augenchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



Verfehlungen können Thema sein. In einer Demokratie hat die Öffentlichkeit einen Anspruch, zu erfahren, wie es um die Integrität der Amtspersonen steht.

Weinselige Berner Abendrunden

Gleichzeitig: Hüten wir uns vor der Vorstellung, ein Film zeige die Wirklichkeit. Auch das Strache-Video ist stark geschnitten. Wir sehen nur belastende Ausschnitte, ein Destillat aus mehreren Stunden, das die Journalisten, die keine Sympathisanten des Entblösten sind, mit Zerstörungsabsicht ausbreiten.

Unbestritten: Es gibt da eine ganze Menge verfänglicher Aussagen. Aber kann man sie wirklich zum Nennwert nehmen? Was wird in langen Gesprächen und Verhandlungen nicht alles versprochen und beschworen, um die andere Seite bei Laune zu halten?

Nicht auszudenken, was während einer Parlamentssession an weinseligen Abendrunden in der Berner Altstadt von Politikern so alles ausgebrütet, zusammenfantasiert und im Rausch auch wieder vergessen wird. Ibiza ist überall.

Vielleicht hat Strache nur geblufft, geflunkert, gelogen und übertrieben, um die vermeintliche Millionärin für bestimmte Zwecke zu bezirzen. Reden ist nicht gleich handeln, und im Amt konnte man Strache bis jetzt keine Illegalitäten nachweisen. Wer Böses denkt und sagt, ist noch kein Verbrecher. Wenn auch womöglich ungeeignet für sein Amt.

Kurz droht der Sturz

Keine glückliche Figur macht Wunderknabenzkanzler Sebastian Kurz. Anstatt den Abgang Straches staatsmännisch zu verdauen, die grundsätzliche Stabilität der Regierung, ihre ansprechenden Leistungen hervorzuheben, um die FPÖ-Wähler zu sich zu ziehen, entfesselte er einen kleinkarierten Grabenkrieg. Seine Koalition kam darüber zu Fall. Jetzt droht auch Kurz der Sturz.

Es gibt im Moment nur Verlierer. Ebenso die Medien, die sich kurzzeitig auf die Schultern klopfen, stehen als Schmutzkomplizen im Zwielficht.

Was lernen wir aus der schmierigen Affäre? Politiker sind vogelfrei. Es gibt keine Privatsphäre mehr. Wer in der Öffentlichkeit steht, muss damit rechnen, dass man ihn mit miesen Tricks attackiert.

Und klar: Die Welt ist ungerecht. Die Journalisten helfen heute nicht den Underdogs, sie helfen den Mächtigen, den Etablierten.

Wer sich gegen sie auflehnt, muss schlau sein. Schlauer als die Mächtigen, die er von den Machthebeln verdrängen will.

Mehr zum Thema: **Seite 10, 22, 42**



Dunkle Wolken: Jacob Rees-Mogg. Seite 46



Auf Netflix gibt es kein Entrinnen: Seite 54



«Das Wachstum findet in den USA und in Asien statt. Daran muss sich die Schweiz orientieren.»

Stephan Rietiker: Seite 30

Titelgeschichte

12 Maurers Coup bei Trump

Was im Weissen Haus wirklich geschah

Kommentare & Analysen

4 Editorial Ibiza ist überall

9 Kommentare
Hemmungslos

10 Schweiz Basler Kleingeist

10 Schweizer Fernsehen
Versteckte Kamera

11 Eine Frage der Moral

Warum Araber Kriege verlieren

20 Essay der Woche Ralf Schuler:

Warum Populisten so erfolgreich sind

22 Mörgeli Wir sollten uns was schämen

22 Bodenmann

Attentat mit Mozart-Kugeln

23 Medien

Journalismus als Spionageroman

23 Die Deutschen Sündenstolz

Inland

26 Linke und rechte Haken Der Kampf von Bundesanwalt Michael Lauber

28 Karin Keller-Sutter Linke Einflüsse

29 Asylpolitik Verschärfung in zaghaften Schritten

32 Preis des Gewissens Was es kostet, sich von Klimasünden freizukaufen

34 Corrado Pardini «Ich war immer Anti-Nationalist»

38 «Klimanotstand» Gefährliche Symbolik einer Parole

Ausland

39 Wende in Down Under Scott Morrisons Wiederwahl

42 O du mein Österreich Ehrenrettung der Alpenrepublik

43 Das Schweigen der Lämmer Hintergründe der Ibiza-Affäre

45 Im Netz der Gesinnungs-Sheriffs Google und die neue Zensurwelt

46 Tories vor dem Absturz Jacob Rees-Mogg rechnet ab

47 Inside Washington Neue Einsichten

48 Was ist los mit Europa? Josef Joffe über die EU-Krise

Wirtschaft & Wissenschaft

36 Leiser Aufsteiger Yves Serra, Georg-Fischer-Manager

40 Warren Buffett Der Superkapitalist von Omaha

44 Deutschlands Flatterstrom-Drama Schwarzer Tag für die Strombranche

Kultur & Gesellschaft

16 Gregg Easterbrook Der Starautor widerlegt Endzeitszenarien

30 Stephan Rietiker Der neue Präsident des Grasshopper Club sagt, was er denkt

51 Architekt Peter Zumthor Krönung in Hollywood

54 Das Netflix-Rezept Schablonen der Streamingdienste

56 Ian McEwan Neuer Roman über künstliche Intelligenz

57 Das verdumnte Wort In den USA grassiert der Ausdruck *woke*

58 Baby zur CBS-Morgenshow Wende in der britischen Monarchie

Rubriken

9 Im Auge Desmond Morris, Verhaltensforscher

14 Personenkontrolle

15 Nachruf 1 Niki Lauda

24 Darf man das?

24 Leserbrief

25 Fragen Sie Dr. M.

52 Ikone der Woche Madonna

59 Nachruf 2 Grumpy Cat

60 Die Bibel Nicht nur im Himmel

60 Kino «Dolor y gloria»

61 Knorrs Liste

61 Jazz Russ Lossing, Michael Formanek, Gerald Cleaver

62 Thiel Ruheabteil

62 Namen Viel Goodwill, wenig Kalorien

62 Fast verliebt Selbstbefriedigung

63 Unten durch Unzähmbar

64 Wein Spaniens wilder Westen

64 Salz & Pfeffer Berns bester Burger

65 Auto Range Rover Evoque P250

66 Tamaras Welt Frauenfeindliche Feministinnen

Nordvietnam mit Halong Bay und Red River



RV Angkor Pandaw****



2-Bettkabine Haupt- und Oberdeck (ca. 16 m²)



Lounge

Halong Bay–Hanoi–Hoa Binh–Hanoi mit RV Angkor Pandaw****

- 1. Tag Zürich–Bangkok** Individuelle Anreise zum Flughafen Zürich. Flug via Bangkok nach Hanoi.
- 2. Tag Bangkok–Hanoi–Halong Bay** In Hanoi Transfer zur Halong Bay, Einschiffung. Fahrt durch die wunderschöne «Bucht des untertauchenden Drachens».
- 3. Tag Halong Bay** Schifffahrt durch faszinierende Halong Bay (UNESCO-Weltnaturerbe). Halt beim Dorf Viet Hai. Fahrradtour. Schifffahrt nach Lan Ha Bay. Besichtigung einer schwimmenden Fischfarm.
- 4. Tag Halong Bay** Ausflug mit Kajak oder lokalem Boot zur «Dark and Bright» Höhle mit Tropfsteinen.
- 5. Tag Kinh Thay River** Flussfahrt. Spaziergang durch das Dorf Thanh Ha, Besuch einer Wasserpuppenshow.
- 6. Tag Bat Trang** Schifffahrt. Besuch von Bat Trang, dem ältesten und bekanntesten Keramikdorf Vietnams. Traditioneller Einhorn- und Löwentanz.
- 7. Tag Hanoi** Stadtrundfahrt in Hanoi. Spaziergang und Besichtigung eines lokalen Kaffeeshops.
- 8. Tag Lower Red River** Flussfahrt nach Viet Tri. Besichtigung der Thay und Tay Phuong Pagoden.
- 9. Tag Lo River** Flussfahrt nach Tien Du. Ausflug Gia Thanh. Besichtigung Hung Lo Tempel.
- 10. Tag Da River** Fahrt auf dem Da River. Passage des Ba Vi Nationalparks. Besichtigung Duong Lam, (UNESCO-Weltkulturerbe).
- 11. Tag Hoa Binh** Fahrt mit lokalen Booten zu einer Dorfbesichtigung. Folkloredarbietung am Abend.
- 12. Tag Hoa Binh–Hanoi** Ausschiffung nach dem Frühstück. Museums- und Dorfbesichtigung. Transfer nach

Hanoi. Abendessen in einem lokalen Restaurant und Hotelübernachtung in Hanoi.

- 13. Tag Hanoi** Vietnamesischer Kochkurs mit Besuch des Chau Long Marktes. Zum Mittagessen werden die selbst zubereiteten Speisen serviert. Der Rest des Tages steht für eigene Erkundungen zur Verfügung. Abendessen in einem lokalen Restaurant und Hotelübernachtung.
- 14. Tag Hanoi–Bangkok** Morgens freie Zeit. Am Mittag Check-out. Mittagessen und Museumsbesichtigung. Transfer zum Flughafen. Flug nach Bangkok.
- 15. Tag Bangkok–Zürich** Abflug kurz nach Mitternacht. Ankunft in Zürich am frühen Morgen. Individuelle Heimreise.

RV Angkor Pandaw****

Das im Kolonialstil gebaute Schiff bietet Platz für 32 Personen. Alle Kabinen (ca. 16 m²) sind mit Dusche/WC, Föhn, Safe, individuell regulierbarer Klimaanlage, umfangreichem Stauraum unter den Betten und Panoramatüren ausgestattet. Die Mahlzeiten werden im Restaurant auf dem Oberdeck serviert. Die abwechslungsreichen Menüs beinhalten asiatische und internationale Speisen. Eine schiffseigene Bäckerei sorgt jeden Tag für frisches Brot und Brötchen. Auf dem Oberdeck befinden sich zudem in der Schiffsmittle die überdachte Lounge mit Bar, eine kleine Bibliothek wie auch ganz vorne eine überdachte Terrasse mit Liegestühlen. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. **Nichtraucher Schiff** (Rauchen im gekennzeichneten Aussenbereich erlaubt).



Tempel der Literatur, Hanoi



Hanoi

15 Tage ab Fr. 4890.–

(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie in Nebensaison inkl. VP & Flug)

Reisedaten 2019–2021	Es het solangs het Rabatt	
10.10.–24.10.19	1000	03.10.–17.10.20 500
01.11.–15.11.19	300	02.04.–16.04.21 500
25.03.–08.04.20	500	

Unsere Leistungen

- Kreuzfahrt mit Vollpension während der gesamten Reise
- 2 Übernachtungen im 5-Sterne-Hotel in Hanoi
- Flüge ab/bis Zürich mit Thai Airways in Economy, THAI (G-Klasse) inkl. Taxen, höhere Klasse gegen Zuschlag
- Alle Ausflüge gemäss Programm
- Trinkgelder und lokale Getränke (ohne Wein) an Bord
- Lokale Deutsch sprechende Reiseleitung
- Thurgau Travel Reisebegleitung

Nicht inbegriffen: An-/Rückreise zum/vom Flughafen Zürich, Versicherungen, Importgetränke/Wein an Bord, Getränke bei Landprogramm, Trinkgelder auf Ausflügen, Visumgebühr Vietnam Fr. 130.–, Treibstoffzuschläge vorbehalten, Auftragspauschale Fr. 35.– pro Rechnung (entfällt bei Buchung über www.thurgautravel.ch)

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Hauptdeck	5890
2-Bettkabine Oberdeck	6490
Zuschlag Alleinbenutzung Hauptdeck	1590
Zuschlag Business Class	auf Anfrage
Jahresversicherung Allianz Einzel	124
Jahresversicherung Allianz Familie	199



Trommelshow auf dem Sonnendeck

Alle Ausflüge gemäss Programm inbegriffen | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: Pandaw River Expeditions

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Michèle Sandoz
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Amriswilerstrasse 12, 8570 Weinfelden
Tel. 071 552 40 00, info@thurgautravel.ch



Spezialangebot Hotel «GuardaVal», Scuol

Alpine Passion im Unterengadin

Bündner Tradition, alpine Moderne und authentische Kulinarik erwarten Sie im ersten Unterengadiner 4-Sterne-Boutique-Hotel. Gönnen Sie sich eine exklusive Auszeit im stilvollen Ambiente des 400-jährigen Engadinerhauses im Dorfkern von Scuol.

Das Unterengadin ist berühmt für sein besonders sonniges Klima. Zusammen mit der intakten Natur inmitten der fantastischen Bergwelt bildet es die perfekte Kulisse für eine wohlverdiente Pause von der Hektik des Alltags.

Im liebevoll renovierten 4-Sterne-Boutique-Hotel logieren die Gäste in 36 individuell gestalteten Zimmern. Modernes Design verschmilzt mit traditionellen Engadiner Stilelementen zu einer geschmackvollen und urgemütlichen Einheit. Die Dorfidylle von Scuol und der Blick in die herrlichen Berge machen den Aufenthalt in diesem Kleinod unvergesslich.

Neben der gemütlichen Cheminée-Bar und dem luxuriösen Wellnessbereich beherbergt das Boutique-Hotel ein feines Engadiner

Gourmet-Restaurant. «Paschiun art culinaria alpina» (rätoromanisch für: Leidenschaft für die alpine Kochkunst) ist das Credo von Küchenchef René Stoye. In seiner vom «Gault Millau» mit 15 Punkten honorierten Küchenphilosophie werden hochwertige, möglichst regionale Lebensmittel aus den Alpen schonend zubereitet und mit heimischen Kräutern verfeinert.

Das «GuardaVal» ist zudem über eine Passerelle mit den Belvédère-Hotels, dem Fitnesscenter Andor sowie der Bäder- und Saunalandschaft des Mineralbades «Engadin Bad Scuol» auf 13 000 Quadratmetern verbunden. Alles in allem erwartet Sie ein umfassendes Freizeitangebot, das seinesgleichen sucht. Nicht umsonst wurde Kurt Baumgartner, der Besitzer der Belvédère-Hotels in Scuol, 2018 zum Hotelier des Jahres gekürt.

Platin-Club-Spezialangebot

Auszeit im Hotel «GuardaVal», Scuol

Leistungen:

- 3 Übernachtungen
- Hotelführung und Apéro riche auf der Panorama-Terrasse
- 4-Gang-Dinner «Paschiun art culinaria alpina»
- «Engadin Bad Scuol», auch am An- und Abreisetag, direkt im Bademantel erreichbar
- Postautofahrten in der ganzen Region inkl. Samnaun
- Dreiländerfahrt Scuol–Nauders–Mals–Scuol
- Rhätische Bahn bis Zernez
- Alle Ausflüge und Besichtigungen
- Bergbahnen Motta Naluns und Ftan

Spezialpreis pro Person:

Fr. 555.– (statt 700.–)

Buchung/Gültigkeit:

Reservieren Sie Ihr Arrangement und reisen Sie zwischen dem 7. Juni und dem 3. November 2019 unter der Tel. 081 861 09 09 oder per E-Mail an info@guardaval-scuol.ch. Bitte Kennwort «Weltwoche» angeben

Veranstalter:

Engadiner Boutique-Hotel «GuardaVal», 7550 Scuol
www.guardaval-scuol.ch

www.weltwoche.ch/platin-club

Hemmungslos

Von Beat Gygi — Die Annahme der Steuer-AHV-Vorlage stärkt das linke Lager. Die Bürgerlichen haben das leichtfertig unterstützt.



Es kommt noch schärfer: SP-Präsident Levrat.

Welch ein Erfolg für die Verquickung von Unternehmenssteuerreform und AHV-Zusatzfinanzierung: In der Abstimmung vom Sonntag erhielt sie eine Zweidrittelmehrheit. Viele aus dem Mitte-links-Lager glauben oder sagen, dies sei ein gewaltiger Erfolg in Sachen Kompromissfähigkeit. Gleich zwei wichtige Vorhaben kämen so auf einen Schlag einen grossen Schritt in die richtige Richtung voran; für «eine Schweiz mit Zukunft», zur «Überwindung des Reformstaus», wie bürgerliche Slogans lauten. Diese Bewertung stimmt aber nur, wenn man die Welt aus linker Sicht betrachtet und wachsende Umverteilung und Staatstätigkeit gut findet.

Was wurde eigentlich entschieden? Erstens wird die speziell günstige Besteuerung ausländischer Statusfirmen in den Kantonen aufgehoben, genau wie die EU und die OECD es von der Schweiz fordern. Die Spezialfirmen müssen nun mehr Steuern abliefern. Zweitens soll die AHV eine Finanzspritze von zwei Milliarden Franken erhalten, die hauptsächlich aus den Löhnen der Erwerbstätigen bezahlt wird. Drittens subventioniert der Bund die Kantone mit einer zusätzlichen Milliarde Franken. Kurz: mehr Steuern, mehr Sozialabgaben, mehr Zentralismus – das liegt aber viel eher auf der Linie des SP-Präsidenten Christian Levrat als auf jener der bürgerlichen Politiker, die so energisch für das Paket geworben haben, oder der blindlings auf EU-Konformität erpichten Wirtschaftsverbände, die eine massive Propagandawelle finanziert haben.

Klar, es gibt ein viertes Element im Paket: die Senkung der allgemeinen Unternehmenssteuerbelastung in den Kantonen – soweit es das Ausland erlaubt –, um dem Abwandern von Firmen vorzubeugen. Jeder Kanton hat seine eigenen Reduktionsziele formuliert, die alles in allem die Steuereinnahmen eventuell mindern werden. Aber diese kantonalen Steuersenkungen waren gar nicht Teil der Abstimmung vom Sonntag, sondern sind nur versprochen. Und den meisten war klar, dass es weitgehend leere Versprechen sind.

Seit langem ist bekannt, dass die kantonalen Steuersenkungspläne überhaupt nicht zum Finanzausgleich passen. Etliche Kantone haben keinen Anreiz, die versprochenen Steuersenkungen in die Tat umzusetzen. Würden sie mehr Firmen oder Steuersubstrat anlocken, würden sie genau dadurch im Finanzausgleich überproportional viel verlieren. Für elf finanzschwache Kantone wäre es ein Verlustgeschäft, wollten sie steuerlich attraktiver werden. Lassen sie es hingegen bleiben, fallen sie im Finanzausgleich noch weiter zurück und müssen von den Reichen noch mehr gestützt werden. Der Schweiz droht eine ZerreiSSprobe.

«Dein ist mein»

Es kommt noch schärfer: Das linke Lager wird nun, nachdem «seine» AHV-Spritze gesichert ist, in den Kantonen verbissen gegen Umsetzungen der Steuersenkungen kämpfen, etwa mit der soeben angekündigten Initiative für Mindeststeuern. Schon im November gab es im Kanton Bern ein Nein zu einer Entlastungsvorlage, im Kanton Solothurn nun am Sonntag. Gleichen Tags kam in Genf, wie schon 2016 in der Waadt, eine Steuerentlastung nur dank der Kombination mit höheren Sozialausgaben zustande. Im Kanton Basel-Stadt kam am Sonntag neben der Steuer-AHV-Vorlage eine Initiative der Juso zur höheren Besteuerung von «Topverdienern» auf eine Stimmenmehrheit. Die jungen Grünliberalen bringen die Frage auf, ob man die Reichen vom Bezug der AHV ausschliessen solle. Und soeben kam die Unterschriftensammlung für die Juso-99-Prozent-Initiative zustande, die das reichste Prozent der Bevölkerung nach dem Motto «Dein ist mein» zur Kasse bitten will. Die Mitte-Politiker aus CVP und FDP haben mit der Steuer-AHV-Verquickung zur Schwächung der Eigentumsrechte beigetragen, die Hemmungen, anderen etwas wegzunehmen, sind weiter abgebaut worden, die Umverteilung werden übermütiger, ja hemmungslos.

Mann, Hooligan



Desmond Morris, Verhaltensforscher.

Wenn der Hooligan, das strafverfolgte Unwesen, die «Pest des Fussballs» (so der Schweizer Verbandspräsident Blanc), ein bisschen in den überlieferten Genen von uns allen (Männern) steckt? Der Kronzeuge für diesen Verdacht lebt in Oxford und schreibt mit 91 Jahren immer noch Band um Band. Das heisst, Desmond Morris teilt sein Arbeitsjahr und seine Persona auf, sechs Monate ist er Schriftsteller und Forscher, die andern sechs Monate taucht er ins Irrationale, Imaginäre, Poetische ein, malt surrealistische Bilder. Sein jüngstes Buch kombiniert beides: Es sind Porträts der grossen Surrealisten. Schlagartig berühmt wurde Morris als junger Verhaltensforscher mit dem Bestseller «Der nackte Affe», seine Geschichte der menschlichen Evolution verkaufte sich weltweit zehnmillionenmal. Aber seine Leidenschaft galt einer Disziplin, die er in der Praxis etwas stolpernd beherrschte: dem Fussball.

Der Professor betrieb zehn Jahre lang Feldforschung als Manager und Vizepräsident des Drittligaklubs Oxford United. Er zeichnete sogar das Klubabzeichen. Und er veröffentlichte 1981 die Bibel zum Spiel: «The Soccer Tribe», der Stamm der Fussballer. Für den Zoologen Morris ist das Spiel eine tradierte Form der urzeitlichen Jagd, als die Männer des Stammes (Mannschaft) die Beute (den Ball) zum Überleben besorgten und schlau (Taktik) gegenüber hungrigen Raubtieren (dem Gegner) verteidigten. Die Sippe (die Fans) bejubelte die heimkehrenden Fleischbeschaffer. Der Hooligan als militanter Partisan wird historisch aktenkundig bei den Wagenrennen im antiken Rom. Im Januar 512 n. Chr. bekriegen sich rivalisierende Fanatikerbanden (Blaue gegen Grüne), am Ende der Mutter aller Rowdy-Schlachten bleiben 30 000 Tote liegen.

Der weise alte Mann hat einen Gewaltfleck in seiner Biografie: Als er 22 war, zerstörte Morris alle seine Bilder und fing neu an. In der modernen Gesellschaft, sagt er, habe das Business die Jagd abgelöst. Heute ist der Stadion-Hooligan in England ausgerottet. Dafür wird in der Premier League so fantastisch Fussball gespielt wie nie. Oder ist er ein Tarnschläfer? Peter Hartmann

Basler Kleingeist

Von Michael Bahnerth — Basel ist geworden, was es nie sein wollte: ein Reihenhauser unter den Städten.

Die Frage ist leider nicht, ob Basel dieser Tage dabei ist, sich selbst zu verstümmeln. Die Frage ist, ob es sich noch um selbstverletzendes Verhalten handelt, das der Selbstbestrafung dient, oder ob das Verhalten der Stadt schon in Richtung der Königsdisziplin der Selbstverstümmelung, der Automutilation, geht, bei der etwa wegen Persönlichkeitsstörungen der Wunsch aufkommen kann, ganze Gliedmassen zu entfernen, um sich besser zu fühlen. Offenbar sogar solche, die noch gar nicht am Körper der Stadt gewachsen sind, wie etwa das 100-Millionen-Gratis-Ozeanium, das an der Urne von der Mehrheit der Bevölkerung amputiert wurde, bevor es überhaupt physisch vorhanden war.

Warum tut die Mehrheit einer Stadt sich so was an, warum macht sie sich selbst klein, obwohl sie doch gross sein möchte? Weshalb ist aus diesem «Basler Geist», der einst eine grossartige Position dem Leben gegenüber war, eine Geisteshaltung geworden, wie man sie in den Reiheneinfamilienhäusern in Schweizer Vorstädten antrifft; kein Lärm, Rasen betreten verboten, Fahrradabstellen verboten, Leben bitte nur bis 22 Uhr? Vermutlich tut sie es, weil sie eben unter einer Persönlichkeitsstörung krankt, weil sie in ihren letzten Jahren nie mehr annähernd das sein konnte, was sie gerne wäre; die tollste kleinste Stadt der Welt. Es spielt dabei keine Rolle, dass sie das wahrscheinlich gar nie war, bei wankelmütigen Persönlichkeiten ersetzt die Einbildung ja die Realität.

Das bisschen mondäner Mut der Menschen dieser Stadt ist mürbegemacht worden, die Leute hier sind erschöpft, ermattet und konsterniert nach Jahren einer selbstherrlichen, rot-grünen Regierungsmehrheit, die arrogant und ignorant ihre diversen Gesinnungen auf dem Rücken der Bevölkerung auslebt und das Recht für sich in Anspruch nimmt, zu entscheiden, wie viel und welches Leben in der Stadt Platz hat. Ein paar der rot-grünen Regierungsräte regieren Gott gleich, andere streng nach Parteibuch und alle provinziell, was daher kommt, dass die meisten aus der Provinz stammen und geistig nie darüber hinweggekommen sind.

Sie haben ganze Arbeit geleistet und in zwei, drei Legislaturperioden eine Stadt um ihre wichtigsten Organe amputiert, ihre Fähigkeit zur Vision, ihren Mut zum Scheitern auch. Basel, das ist nur noch ein Friedhof von Ideen, ein Krematorium der Visionen. Basel ist geworden, was es nie sein wollte; nur ein Reiheneinfamilienhaus unter den Städten.

Versteckte Kamera

Von Tristan Brenn — Der Fall Strache zeigt, wie wichtig geheime Filmaufnahmen bei der Recherche sind. Hätte SRF das Ibiza-Video zugespielt bekommen, so hätten wir es wohl auch gebracht.

Der Coup ist einmalig. Ein bizarres, heimlich aufgenommenes Video mit dem österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache als Hauptakteur führt innerhalb von 24 Stunden nicht nur zum Rücktritt des FPÖ-Spitzenpolitikers, sondern zur Ausrufung von Neuwahlen in unserem Nachbarland. Der «Ibiza-gate»-Skandal hat wie kein anderer Fall die Sprengkraft von versteckten Bild- und Tonaufnahmen bei der journalistischen Recherche gezeigt. Trotzdem – oder gerade deswegen – stellt sich die Frage, ob es überhaupt legitim war, diese Bilder zu veröffentlichen. Hätte SRF ähnliche Bilder mit derart kompromittierenden Aussagen, zum Beispiel eines Bundesrates, ebenfalls veröffentlicht? Strache sprach von einer «rechtswidrig angelegten, akkordierten Schmutzkübelaktion», gegen die er Anzeige einreichen werde. Nun ist unbestritten, dass die versteckten Aufnahmen auf Ibiza ein krasser Eingriff in die Privatsphäre von Strache und seinem Parteifreund Johann Gudenus waren. Erschwerend kommt hinzu, dass hier jemand bewusst in eine Falle gelockt wurde, in täuschender Absicht ein Gespräch inszeniert wurde, das ohne dieses Täuschungsmanöver so wohl nie stattgefunden hätte. Der Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiges Rechtsgut, weshalb auch in der Schweiz solche Aufnahmen wie auch deren Weiterverbreitung grundsätzlich verboten sind.

Wir stellen keine Fallen

Versteckte Bild- und Tonaufnahmen können gemäss Rechtsprechung aber dann gerechtfertigt sein, «wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Publikation eines Sachverhalts besteht und dieser nur mit versteckten Aufnahmegeräten belegt werden kann». So steht es in den publizistischen Leitlinien von SRF, und so wurde es vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im inzwischen berühmten Fall des «Kassensturzes» auch ausgeführt. Das Konsumentenmagazin hatte dank verdeckten Aufnahmen beweisen können, dass ein Versicherungsberater einer jungen Frau ungeeignete Produkte mit weitreichenden Folgen verkauft hätte. Während das Bundesgericht die verantwortlichen «Kassensturz»-Mitarbeiter deswegen verurteilte, kam der EGMR im Jahr 2015, zwölf (!) Jahre nach Ausstrahlung des Beitrags, zu einem anderen Schluss. Das Gericht gewichtete das öffentliche Interesse an der Berichterstattung über Missstände in der Versicherungsbranche höher als die Persönlichkeitsrechte des Versicherungsberaters.



Höchste Brisanz: Ibiza-Video mit Strache (r.).

Seither hat SRF das Mittel der verdeckten Recherche mehrfach eingesetzt, wie jüngst erst in der «Rundschau». Dank heimlich installierter Kameras konnte die Sendung aufzeigen, wie die kroatische Polizei Flüchtlinge inoffiziell und illegal zurück nach Bosnien-Herzegowina abschiebt. Wofür es bis dato nur Verdachtsmomente und Indizien gab, gibt es jetzt Beweise. Die illegalen Rückweisungen an der EU-Aussengrenze sind erstmals vollständig dokumentiert und sorgen seither in der EU für Aufregung. Auch der «Kassensturz» filmte seit dem Richterspruch aus Strassburg mehrmals versteckt, so etwa bei der Begleitung illegaler «Kaffeefahrten» von Senioren, beim Aufdecken von Sicherheitslücken im WLAN von Starbucks oder bei der Migros-Geschichte über miese Arbeitsbedingungen des Degustationspersonals.

Nach wie vor gilt jedoch: Die Achtung der Privatsphäre und öffentliches Interesse gehören sorgfältig abgewogen. Nur wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse im Spiel ist und ein Missstand sich ausschliesslich mittels verdeckter Aufnahmen belegen lässt, sind diese gerechtfertigt. Was uns wieder zum Fall des in die Falle getappten Heinz-Christian Strache zurückbringt. Wer immer diese Falle aufgebaut hat, wie dubios auch immer die Interessen der Einfädler und Akteure im Hintergrund gelagert sind: Demokratieschädigende Hinterzimmer-Deals von Politikern in Regierungsverantwortung gehören an die Öffentlichkeit. Die Aussagen von Strache waren von solcher Brisanz, sie liessen der *Süddeutschen Zeitung* und dem *Spiegel*, die notabene nicht als Fallensteller agierten, gar keine andere Wahl. Hätte SRF das Material zugespielt bekommen, hätten wir wohl gleich gehandelt. Auch wenn es sich um Schweizer Bundesräte gehandelt hätte.

Tristan Brenn ist Chefredaktor von Fernsehen SRF.

Warum Araber Kriege verlieren

Von Eugen Sorg — Moderne Kriege gewinnt, wer Feuerkraft mit Schnelligkeit und Überraschung zusammenführen kann. Dazu braucht es flexible und kreative Kommandanten.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die arabischen Armeen jeden Krieg verloren, den sie anfangen oder in den sie hineingezogen wurden. Den Auftakt zur Desaster-Serie machten 1948 fünf arabische Staaten, die noch in der Gründungsnacht Israels dem jungen Staat den Krieg erklärten und schworen, die «Juden ins Meer zu treiben». Trotz grosser numerischer und waffenmässiger Überlegenheit wurden die arabischen Heere von den erst sich formierenden israelischen Kampfverbänden gedemütigt und aufgegeben.

Neun Jahre darauf, im Juni 1967, marschierten erneut ägyptische, syrische und jordanische Bataillone an den Grenzen zum Judenstaat auf. «Das Ende Israels ist gekommen», verkündete Radio Kairo auf Hebräisch, und der jordanische König Hussein stachelte seine Krieger an: «Tötet, tötet, tötet; mit Händen, Nägeln, Zähnen.» Sechs Tage später waren die Araber besiegt. Bilder von Militärstiefeln im Wüstensand gingen um die Welt. Die arabischen Soldaten hatten sie weggeworfen, damit sie schneller aus ihren Stellungen davonrennen konnten. Die Ägypter hätten zwar über die erforderlichen Waffen verfügt, bilanzierte Israels General Mosche Dajan, aber nicht über die «erforderliche Kampfmoral».

Am jüdischen Feiertag Jom Kippur 1973 erfolgte ein weiterer Angriff auf Israel. Ägypten war es gelungen, Zehntausende von Männern und Tonnen von Kriegsmaterial, unbemerkt von den jüdischen Geheimdiensten, über den Suezkanal zu transportieren und gleichzeitig mit syrischen und arabischen Verbänden in Richtung Israel vorzustoßen. Der Anfangserfolg war bald wieder verspielt, die panarabische Streitmacht innert zweieinhalb Wochen geschlagen.

Zu einem weiteren Debakel für die arabische Herrlichkeit geriet der erste Golfkrieg von 1980, als es den irakischen Kampfeinheiten des im islamisch-arabischen Raum gefeierten starken Mannes Saddam Hussein auch nach acht Jahren bellizistischer Ausblutung nicht gelingen wollte, den von Sektenrevolution, Wirren und internationaler Isolation geschwächten Iran in die Knie zu zwingen. Oder als im zweiten Golfkrieg 1991 Saddams Invasionsarmee

von einem westlichen Bündnis schmachlich und praktisch ohne Gegenwehr wieder aus Kuwait davongejagt wurde und erneut Bilder von verlassenen Militärstiefeln um die Welt gingen. Oder als 2003 eine amerikanisch-britische Koalition in zwanzig Tagen die irakischen Streitkräfte zerlegte, die modernsten und mächtigsten dieser Weltgegend, als bestünden sie aus Papp-Attrappen, und den geflüchteten Diktator Saddam, «Führer der arabischen Völker», aus seinem Versteck in einem Erdloch hervorzerterte.

Was ist der Grund für das chronische Versagen, für die schlechte Kampfbilanz der arabischen Heere? Diese Frage haben sich Beobachter immer wieder gestellt. Den neuesten Versuch einer Beantwortung liefert Kenneth M. Pollack, Militärhistoriker und ehemaliger CIA-Analyst. In seiner Studie «Armies of Sand» diskutiert er verschiedene gängige Erklärungsmodelle für die schwache militärische Leistung, wie den angeblich schädlichen Einfluss sowjetischer Kampfdoktrin und Waffensysteme, die wirtschaftliche Rückständigkeit oder die politische Kurzführung und lähmende Kontrolle der



Streitkräfte durch die diktatorischen und paranoiden Regime des Nahen Ostens. Pollack verneint den negativen sowjetischen Einfluss, relativiert die Bedeutung der Ökonomie und der Politisierung, glaubt indes in der Kultur jenen dominanten Faktor zu erkennen, der die Kampfmoral erstickt und zum militärischen Scheitern führte.

Traditionelle arabische Gesellschaften weisen gemeinsame kulturelle Verhaltensmuster auf. Familie, Stamm, Fabriken, Bürokratie, Unternehmen, Ausbildungssysteme, sämtliche sozialen Systeme sind von Autoritarismus, Hierarchie und Konformismus beherrscht. Historisches Modell des Lehrens und Lernens ist der Koranunterricht. Für heilig erklärte Texte werden papageienhaft memoriert, gedankenlos, passiv, unreflektiert. Individualität und Eigeninitiative werden abgewürgt, geistlose Beflissenheit und Unterwerfung belohnt.

Diese Art zu handeln, setzt sich im militärischen Apparat fort, wo sie sich als besonders fatal erweist. Moderne Kriege gewinnt, wer Feuerkraft mit Schnelligkeit und Überraschung zusammenführen kann. Dazu braucht es Kommandanten, die fähig sind, so Pollack, unter Gefechtsdruck eigenmächtig zu entscheiden, den taktischen Plan zu ändern und ihrer Einheit voranzugehen. «Sie zeigen Initiative, Flexibilität, Kreativität, Unabhängigkeit und ein Verständnis für Operationen mit kombinierten Waffen», alles Eigenschaften, die den Frontkommandanten der arabischen Truppen in den letzten sieben Jahrzehnten fehlten.

Wenig hilfreich ist dabei auch das archaisch-tribale Mentalkonzept von Ehre und Scham. Fehler sind keine individuellen Fehleinschätzungen, aus denen man lernen kann. Sie bedeuten eine Entehrung der eigenen Gruppe, einen beschämenden Angriff auf die Würde des eigenen Clans. Der Fehlbare versucht sein Missgeschick zu verbergen, er beschuldigt andere, lügt oder fabuliert fantastische Geschichten zusammen. Und wird beim nächsten Mal den gleichen Fehler wieder machen. Andere Traditionen der arabischen Zivilgesellschaft, wie zum Beispiel die beduinische Verachtung von manueller Arbeit, vertragen sich ebenso wenig mit den Erfordernissen einer elaborierten Kriegstechnologie. Als in den achtziger Jahren die Amerikaner die Wartung für die ägyptischen F-4 Phantoms einstellten, wurden die Kampfflieger bald *nonoperational*.

Wenn Pollack recht hat und die Kultur über Art und Effizienz der Kriegsführung entscheidet, dann ist dies keine gute Nachricht für die arabischen Völker. Kulturen ändern sich bekanntlich nur sehr langsam. Aber es ist eine gute Nachricht für Israel.

Was zwischen Maurer und Trump wirklich geschah

Von Christoph Mörgeli und Urs Gehriger — Bundespräsident Ueli Maurer ist ein glaubwürdiger Repräsentant der werktätigen Normalschweiz. Mit Trump habe er sich «glänzend verstanden». Maurer hätte den Ton «nicht besser treffen können», heisst es von Seiten der Amerikaner.



«Ueli, what's up?»: Präsidenten Trump (l.), Maurer.

Es war ein Coup, der den Politikern und Journalisten vorerst fast den Atem stocken liess: Am Mittwoch letzter Woche informierte der Bundesrat, dass Ueli Maurer anderntags den amerikanischen Präsidenten Donald J. Trump im Weissen Haus treffen werde. Noch nie in der Geschichte – so konstatierte die Presse – sei einem schweizerischen Bundespräsidenten eine derartige Ehre erwiesen worden.

Kaum hatte die Öffentlichkeit davon erfahren, wurde wild spekuliert. Der wahre Grund für das Blitztreffen seien die Spannungen mit dem Iran, lautete der Tenor. Die ehemalige Berner FDP-Regierungsrätin Dora Andres verstieg sich im Radio SRF zur Behauptung: «Das war keine Einladung, sondern ein Trump-Befehl.» Und die *Sonntagszeitung* titelte gar, Maurer sei ein «Werkzeug für eine aggressive Iran-Politik». Fake News made in Switzerland.

Basierend auf Gesprächen mit vier Quellen, die bei der historischen Visite persönlich zuge-

gen waren, rekonstruiert die *Weltwoche*, was im Weissen Haus wirklich geschah. Begonnen hatte alles mit einem Telefonat aus dem National Security Council. Am Dienstagnachmittag, 14. Mai, klingelte in der Schweizer Botschaft in Washington das Telefon. In der Agenda des Präsidenten öffnete sich ein Zeitfenster. Im Namen von Präsident Donald J. Trump möchte man Bundespräsident Maurer ins Weisse Haus einladen, um ein im Januar abgesagtes Gespräch nachzuholen. Man entschuldige sich für die spontane Anfrage, habe aber volles Verständnis, falls das so kurzfristig anberaumte Treffen nicht zustande kommen sollte.

Zwei richtige Entscheide

Unverzüglich informierte die Botschaft Maurers Finanzdepartement. Der Bundespräsident und sein Umfeld hielten die Einladung bis zur Bundesratssitzung anderntags geheim. Man war sich bewusst, dass die Kurz-

visite ansonsten kritisiert, zerredet und vielleicht gar verunmöglicht worden wäre. Auch der Argwohn einiger Bundesratskollegen war angesichts der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit dieses Zusammentreffens in Rechnung zu stellen. Doch Maurer hat mit seiner engen Entourage zwei völlig richtige Entscheide getroffen: erstens, den Besuch anzutreten und, zweitens, darüber so lange wie möglich Stillschweigen zu bewahren.

Wie recht er damit hatte, zeigte die Tatsache, dass es nach Bekanntgabe der Reise an Querschüssen denn auch nicht fehlte. Aus dem Auswärtigen Departement wurden schwere Bedenken geäussert: Die Zeit sei zu knapp, eine seriöse Vorbereitung unmöglich. Vor allem hegte die EU-fixierte Diplomatie die Befürchtung, man könne mit dem Besuch bei Donald Trump und mit Gesprächen über ein Freihandelsabkommen Schweiz–USA Brüssel vor den Kopf stossen. Staatssekretärin Pascale Baeriswyl er-

hob heftigen Einspruch und wollte den Trip verhindern. Der Bundesrat jedoch mochte das Vorhaben nicht mehr stoppen. Dies hätte zu erheblichen Irritationen in den gegenseitigen Beziehungen geführt. Nach «kurzem, aber solidem Briefing» durch das Aussendepartement bestieg Ueli Maurer am Donnerstagmorgen mit seinem Begleiterstab das Bundesratsflugzeug und entschwand in Richtung USA.

Im Zentrum des Gesprächs mit Trump würde das Freihandelsabkommen stehen; so weit hatten sich beide Seiten lange im Voraus verständigt. Ein solches Abkommen hat in Bern wie in Schweizer Wirtschaftskreisen hohe Priorität, gerade in Zeiten drohender Strafzölle und des zunehmenden Protektionismus.

Botschafter McMullen als Schlüsselfigur

Eine Schlüsselpersönlichkeit in den gegenseitigen Freihandelsbemühungen ist Edward T. McMullen, amerikanischer Botschafter in der Schweiz. Der erfolgreiche PR-Unternehmer gehörte zu den wichtigsten Wahlkampfgetreuen von Donald Trump und ist mit dem Präsidenten befreundet. Seit seinem Amtsantritt vor anderthalb Jahren hat er Treffen mit höchsten Amtsträgern eingefädelt: mit Steven Mnuchin (Finanzminister), Mike Pompeo (Aussenminister), Wilbur Ross (Handelsminister), Robert Lighthizer (Handelsbeauftragter), Betsy DeVos (Bildungsministerin), Alexander Acosta (Arbeitsminister) und Ivanka Trump (Präsidentenberaterin) sowie mit dem Präsidenten persönlich, am WEF 2018. Noch niemals zuvor hatte die Schweizer Regierung Gelegenheit, mit so vielen hochkarätigen amerikanischen Regierungsmitgliedern in so kurzer Zeit direkte Gespräche zu führen.

Zu Beginn seines Präsidialjahres teilte Maurer Botschafter McMullen mit, er würde sich gerne mit Trump treffen. Im gemeinsamen Gespräch festigte sich im Amerikaner die Überzeugung, der bodenständige Schweizer Bundesrat werde sich mit Trump auf Anhieb gut verstehen. Nachdem im Januar ein Treffen in Davos wegen des Shutdowns in den USA abgesagt werden musste, warb der Botschafter weiter und kommunizierte Washington eine Liste mit möglichen Daten. So stand die Schweiz oben auf der Pendenzenliste des vielbeschäftigten Präsidenten. Letzten Donnerstag öffnete sich nun ein Fenster.

Nach der Landung auf dem Flughafen Washington Dulles International fuhr Maurers Wagenkonvoi direkt vor dem Weissen Haus vor, wo Präsident Trump seine Schweizer Gäste aufgeräumt willkommen hiess. Das Oval Office erschien Maurer und seinen Begleitern zwar erstaunlich klein, hinterliess aber dennoch einen nachhaltigen Eindruck. Die Atmosphäre während des 45-minütigen Gesprächs war freundschaftlich und ungezwungen. «Ich habe noch selten ein Treffen erlebt, das in ähnlich offener Form als Gespräch abgelaufen ist», sagt ein Schweizer Delega-

tionsmitglied mit langer Erfahrung auf dem diplomatischen Parkett.

Der Gastgeber war gut gelaunt und durchaus zum Scherzen aufgelegt. Laut Aussage von Teilnehmern setzte sich Donald Trump beispielsweise hinter seinen Schreibtisch und erinnerte augenzwinkernd daran, es sei genau an diesem Ort geschehen, dass sich sein Vorgänger Bill Clinton in einem bestimmten Augenblick vergessen habe. Trump wollte sich von Maurer nochmals versichert haben, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU sei. Danach erkundigte er sich, wie die Schweizer Delegation den EU-Kommissions-Präsidenten Jean-Claude Juncker einschätze. Deren Urteil fiel entschieden

«Ich habe noch selten ein Treffen erlebt, das in ähnlich offener Form abgelaufen ist.»

diplomatischer aus als jenes von Trump selber. Dieser äusserte vor allem seine Zufriedenheit, dass Junckers Amtszeit auslaufe. Vernichtend fiel auch das Fazit des amerikanischen Präsidenten zur Flüchtlingspolitik von Angela Merkel aus. Er warf ihr und der EU vor, mit der Duldung einer illegalen Masseneinwanderung den Kontinent Europa zu zerstören.

Trump war neugierig, sprang von einem Thema zum nächsten. Besonders interessierte ihn das Erfolgsrezept der Alpenrepublik. «Euch geht es gut. Ihr findet immer wieder Lösungen», habe er konstatiert. «Wie schafft ihr es, dass ihr allseits so beliebt seid?» Maurer habe gepunktet, indem er dem Präsidenten das einzigartige politische System der Schweiz «hervorragend erklärte», wie es von amerikanischer Seite heisst. Er sei bereit – so Trump weiter –, mit der Schweiz ein Freihandelsabkommen abzuschliessen, noch bevor jenes mit der EU zustande komme.

Während der ganzen Visite erwiesen sich die später vieldiskutierten Englischkenntnisse des Bundespräsidenten übrigens durchaus als solide genug, um eine für beide Seiten flüssige, zielführende Unterhaltung zu gewährleisten. «Ein einziges Mal» habe er nach einem «komplexen Wort» gesucht, worauf ein Delegationsmitglied rasch Hilfe leistete.

Unmittelbar vor dem Treffen hatte Trump Ueli Maurer gebeten, sich im Roosevelt Room in das Gästebuch des Weissen Hauses einzutragen. Während Maurer schrieb, stand Trump die ganze Zeit in seinem Rücken – was eine gewisse Nervosität beim orthografisch zweifelhaften Eintrag erklären mag. Maurers Wahlspruch «Togethe ahead» [sic] hätte den Ton «nicht besser treffen können», so ein amerikanisches Delegationsmitglied. Die Schreibfehler in der Widmung hat vor Ort offenbar niemand bemerkt. Dass die Welt überhaupt davon erfuhr, geht auf den Kommunikationschef des Bundespräsidenten zurück, der wohl etwas euphorisiert sein iPad zückte, das Gästebuch foto-

grafierte und das Bild unverzüglich vertwitterte. Die Eile rührte übrigens daher, dass er vom amerikanischen Personal beim Fotografieren ertappt und mit Verweis auf das Mobile-Phone-Verbot im Weissen Haus aufgefordert wurde, sein Gerät abzugeben.

Derselbe Kommunikationschef war es dann auch, der das überstürzt anberaumte CNN-Interview trotz akustischer Probleme durchführen liess, wofür er sich nachträglich entschuldigte («Es war mein Fehler»). Die Panne allerdings dürfte in den USA kaum jemand zur Kenntnis genommen haben.

Iran-Konflikt ohne Bedeutung

Maurer habe bei Trump einen nachhaltig positiven Eindruck hinterlassen, bestätigt man von Seiten des amerikanischen Gastgebers. «Die beiden haben sich ausgezeichnet verstanden.» Auch auf Schweizer Seite ist man überzeugt, eine solide persönliche Beziehung aufgebaut zu haben. «Wenn Trump ihn wiedersieht, wird er ihn mit Vornamen ansprechen: <Ueli, what's up?>», so ein Delegationsmitglied.

Nach der Verabschiedung durch den Präsidenten passierten die Schweizer mit Sicherheitsberater John Bolton einige Gänge des Weissen Hauses, um in dessen Büro zu gelangen, wo ein Follow-up-Gespräch anberaumt war. Dabei fiel ihnen auf, wie eng die dortigen Arbeitsverhältnisse sind. So mussten sich einzelne Mitarbeiter von ihren Plätzen erheben, um die kleine Delegation durchzulassen.

Die Präsenz John Boltons sorgte in der Schweiz für galoppierende Verschwörungstheorien. Der Mann mit dem weissen Seehundschmuck sei ein Kriegstreiber und wolle die Schweiz im Konflikt mit dem Iran aktivieren, war überall zu lesen. Dazu gilt es zweierlei festzuhalten: Zum einen ist der Sicherheitsberater in der Regel bei Gesprächen mit dem Präsidenten präsent. Zum anderen habe beim Treffen der Iran «keine Bedeutung» gehabt, wie alle Quellen unabhängig voneinander erklärten.

Die USA hätten der Schweiz ausdrücklich für ihr Engagement als Schutzmacht gedankt, wobei Maurer dem Präsidenten gegenüber kurz ausführte, was dieses Schutzmandat genau beinhaltet. Bei Bolton habe Maurer angeboten: «Wenn wir mehr machen können, dann stehen wir bereit.» Das Angebot sei jedoch lediglich zur Kenntnis genommen worden. «Die Amerikaner sind nicht auf die Offerte eingestiegen.» Vielmehr ging es auch bei Bolton um Handel und Wirtschaft – die Schweiz ist siebtgrösster Investor in den USA –, insbesondere um das Freihandelsabkommen.

Die Schweizer Seite äussert sich überzeugt, dass man in Washington, wo das Personal derzeit durch den Handelsstreit mit China absorbiert ist, Boden gutmachen konnte. Die Schweiz habe ihr Anliegen bei Präsident Trump mit Erfolg auf die Agenda gesetzt, bestätigen ihrerseits die Amerikaner.

Personenkontrolle

Gössi, Keller-Sutter, Kägi, Blocher, Maurer, Gobbi, Fluri, Girod, Thorens, Knutti, Rebetez, Decrey, Tanner, Eymann, Wolffers, Frösch, Putin, Kyrill I., Zimmermann

Petra Gössi, Zahlenakrobatin mit rosaroter Brille, sang in der Sendung «Basler Zeitung – Standpunkte» das Hohelied auf die bilateralen Verträge mit der EU. Diese Abkommen würden es ausmachen, dass «wir in der Schweiz faktisch eine Vollbeschäftigung haben». Die Realität ist etwas weniger farbenprächtig. Selbst Gössis Parteifreundin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, musste vergangene Woche anlässlich einer Pressekonferenz eingestehen, dass die Personenfreizügigkeit ein paar Nachteile habe – zum Beispiel die Verdrängung von älteren Arbeitnehmern aus dem Arbeitsmarkt. Zwar ist die offizielle Arbeitslosenquote mit 2,4 Prozent so tief wie seit Jahren nicht mehr. Doch sie umfasst nur die Arbeitslosen, die bei den Arbeitsvermittlungszentren registriert sind. Nicht berücksichtigt sind ausgesteuerte Arbeitslose ohne Einkommen. Zählt man diese dazu, liegt die sogenannte Erwerbslosenquote laut Bundesamt für Statistik bei 4,9 Prozent. Das reicht im internationalen Vergleich bloss noch für einen Platz im Mittelfeld. (hmo)

Markus Kägi, Regierungsrentner, gab zum Abschied seiner Tätigkeit im Zürcher Regierungsrat ein rauschendes Fest. Zu den vielen prominenten Gästen gehörte auch Christoph Blocher, der in einer Ansprache Kägis Tätigkeit als SVP-Baudirektor würdigte. Dabei kam er auch auf die aktuelle Diskussion um Ueli Maurers Englischkenntnisse zu sprechen. Blocher nahm den Schweizer Finanzminister energisch in Schutz, indem er erklärte, Fremdsprachen gehörten nicht zu den zwingenden Voraussetzungen des politischen Erfolgs. Sein erster Chef bei der Ems-Chemie AG habe von ihm verlangt, dass er bei Geschäftsverhandlungen in den USA Englisch spreche. Er habe sich aber geweigert und sei in Wirtschaft und Politik mit Dolmetschern bestens gefahren. Immerhin hat Blocher als Bundesrat einige Wochen einen Französischkurs im Kanton Genf besucht. Offenbar mit durchschlagendem Erfolg. Als Blocher kurz danach einen Auftritt in französischer Sprache in der Waadt absolvierte, entschuldigte er sich beim Publikum für seinen Genfer Akzent. (WW)

Norman Gobbi, Tessiner Freiheitskämpfer, kann zufrieden sein. Zumindest mit seinem



Gewissensbisse: FDP-Nationalrat Fluri.



Hymne auf die EU: FDP-Chefin Gössi.



«Merkel-Raute»: Libero-Aktivistin Zimmermann.



Klima-Gottesdienst: Grünen-Nationalrat Girod.



Im Alleingang: Regierungsrat Gobbi.

eigenen Kanton, der als einziger in der ganzen Schweiz die Anpassung des Waffenrechts an die EU-Vorgaben abgelehnt hat, und zwar mit 54,5 Prozent der Stimmen. Der für Justiz und Polizei zuständige Regierungsrat Gobbi, führende Stimme der gegnerischen Kampagne, liess die Tessiner wissen, dass der Kampf für die Freiheit der Schweiz nun weitergehe. Im Alleingang gegen 25 Kantone ist das zwar keine einfache Aufgabe, doch immerhin ist es tröstlich, zu wissen, dass es nach dem Einknicken von sonst so auf Souveränität bedachten Kantonen wie Schwyz oder Appenzell Innerrhoden hierzulande wenigstens noch eine Widerstandszelle gibt. (fon)

Kurt Fluri, reuiger Sünder, konnte den vergangenen Abstimmungssonntag nur mit angezogener Handbremse auskosten. Er fand sich zwar sowohl beim Waffenrecht als auch bei der Steuervorlage mit AHV-Finanzierung (Staf) auf der Gewinnerseite. Doch den Solothurner FDP-Nationalrat plagten offenbar Gewissensbisse. Im Nationalrat hatte er der Staf noch zugestimmt. Auf Twitter schrieb er

nun, es dürfe «in Zukunft nicht mehr derartige offensichtliche Kuhhandel geben». Man darf gespannt sein, welchen Knopf Fluri beim nächsten «offensichtlichen Kuhhandel» im Nationalrat drückt. (fsc)

Bastien Girod, Regisseur des Klimawandels, tritt für Meinungsvielfalt innerhalb einer sehr engen Bandbreite ein. Diesen Freitagabend lädt er zu einem sogenannten «Klima-Public-Hearing», an dem «die wichtigsten Fragen zur Klimakrise» besprochen werden sollen. Die politische Färbung der Teilnehmer reicht von grün bis dunkelgrün. Neben dem grünen Nationalrat Girod tritt seine Partei- und Ratskollegin Adèle Thorens auf, befeuert von den beiden Klima-Professoren Reto Knutti und Martine Rebetez sowie den jungen Klimaaktivisten Marine Decrey und Sandro Tanner. Der Anlass verspricht kontroverse Debatten und rhetorische Hochspannung. Damit der grüne Gottesdienst auch einen würdigen Rahmen erhält, hat sich die grüne Glaubensgemeinschaft in der Französischen Kirche in Bern eingemietet. (fsc)

Christoph Eymann, neuer Frontmann, wird dieser Tage zum Präsidenten der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) gewählt, als Nachfolger des rot-grünen Führungsduos **Felix Wolfers** und **Therese Frösch**. Mit dem als bürgerlich geltenden Basler Nationalrat, der der liberaldemokratischen Partei angehört und im eidgenössischen Parlament der Letzte seiner Art ist, soll die Skos von ihrem linken Image wegkommen. Der 68-jährige Jurist stach in den letzten Jahren allerdings weniger mit liberalen als mit etatistischen Ideen hervor, so etwa der Forderung nach einem Bundesamt für Tourismus oder dem Ruf nach staatlichen Massnahmen zur Reduktion der Zahl von Kassenbelegen aus Papier. Bei der Sozialhilfe übrigens sieht der Bürgerliche Eymann keine Möglichkeit für Kürzungen. (fon)

Wladimir Putin, spätbekehrter Christ, denkt womöglich schon ans Jenseits. Immerhin zeigt er sich gegenüber Gottes Stellvertreter in Russland schon mal vorsorglich ziemlich grosszügig: Auf Staatskosten – vierzig Millionen Franken – wird südlich von St. Petersburg eine 2,5 Hektar grosse Zarenresidenz für den orthodoxen **Patriarchen Kyrill I.** hergerichtet – mit Privatkirche, Bibliothek und Pool. Über den Einbau eines Lifts ist noch nicht entschieden. Die letzte Auffahrt erledigen Gläubige ohnehin ohne technische Hilfe. (ky)

Laura Zimmermann, Gestenjongleurin, sah sich kürzlich mit einem wenig schmeichelhaften Titel von *20 Minuten* konfrontiert: «Bürger werfen Operation Libero Arroganz vor.» Anlass war der Video-Wutausbruch der Co-Präsidentin der Operation Libero zur Abstimmung über die EU-Waffenrichtlinie, in dem sie trotz der friedlichen «I love Schengen»-Kampagne (mit pinken Herzchen) zum Angriff auf die «wohlstandsverwöhnten» Gegner des Gesetzes blies, zu deren Argumenten sie die Augen verdrehte und sich entgeistert an den Kopf fasste. «Besserwisserisch», hiess es in der *20 Minuten*-Kopfzeile, die offenbar fruchtete: Denn nach dem Rüffel wandte sich Zimmermann mit einer fast schon staatsmännischen Videonachricht an das Volk: «Hallo Bern», begrüsst sie die Schweizer Hauptstadt, und im Hintergrund strahlte das Bundeshaus wie ein Leuchtturm unter blauem Himmel in der Berner Altstadt. Der Schengen-Vertrag sei «eine wahnsinnig grosse, freiheitliche Errungenschaft» – wobei Zimmermann weder fuchtelte noch zappelte. Sie stand, ein Bein leicht eingeknickt, in Bluejeans und gelbem Pulli vor der Kamera, die Ruhe in Person, wobei sich der Vergleich mit der bekennenden Europäerin **Angela Merkel** wohl auch ohne die von Zimmermann zum Besten gegebene «Merkel-Raute» ergeben hätte. (zr)

Nachruf



Grosser Kämpfer: Formel-1-Legende Lauda.

Andreas Nikolaus «Niki» Lauda (1949–2019) — Es war Montagmorgen am Flughafen Wien-Schwechat während der Fussball-Euro 2008. Ein Flieger der «Fly Niki» wartete auf dem Rollfeld – Ziel: Zürich. Schon aus dem Bus war die Person mit den markanten Gesichtszügen neben dem Eingang zu erkennen. Die Passagiere fragten sich: «Wirbt die Airline mit einer Kartonfigur ihres Gründers?»

Doch es war Niki Lauda aus Fleisch und Blut, der die Fluggäste begrüsst. Weil der Tower die Starterlaubnis zu spät erteilte, handelte sich der Flug dreissig Minuten

«Ich werde Gas geben und Sie trotz Turbulenzen pünktlich nach Zürich bringen.»

Verspätung ein. Kurz nach dem Start meldete sich der Kapitän: «Bitte entschuldigen Sie die Verzögerung. Aber Sie kennen mich vielleicht: Ich werde Gas geben und Sie trotz Turbulenzen pünktlich nach Zürich bringen.» Niki Lauda hielt Wort. Auf die Minute genau zur geplanten Zeit landeten wir in Kloten.

«Trottelsport»

Die Anekdote ist wie eine Metapher für das ganze Leben von Andreas Nikolaus Lauda. Im Nachkriegs-Wien als Sohn einer betuchten Industriellenfamilie geboren, kaufte er sich trotz elterlichen Widerstands schon mit fünfzehn Jahren sein erstes Auto: einen VW Käfer Cabriolet. Als sein Grossvater von

seinen Ambitionen als Rennfahrer erfuhr, nannte er die Formel 1 einen «Trottelsport». Das habe seinen Kampfgeist erst richtig geweckt, erzählte Niki Lauda später. Der Österreicher war ein grosser Kämpfer – noch mehr war er aber ein akribischer Analytiker und detailbesessener Stratege.

In einer Zeit, als der Tod auf den Rennstrecken noch ein ständiger Begleiter war, perfektionierte er das Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine. 1975 ge-

Er kaufte sich trotz elterlichen Widerstands schon mit 15 Jahren sein erstes Auto.

wann er im Ferrari seinen ersten WM-Titel. Am 1. August 1976 war dies alles nichts mehr wert. Auf der berühmten Nürburgring-Nordschleife verunglückte Lauda schwer. Abseits von TV-Kameras und Rettungskräften ging sein Wagen in Flammen auf. Ehe es seinem Konkurrenten Arturo Merzario gelang, Laudas Sitzgurten zu lösen, war der Verunglückte fast eine Minute im brennenden Auto gefangen. Sein Gesicht war entstellt, seine Lungen durch die giftigen Dämpfe verätzt. Später sagte Lauda: «Als ich mich nach dem Unfall erstmals im Spiegel sah, bin ich erschrocken.» Doch Lauda gab nicht auf. 42 Tage nach der Havarie fuhr er sein nächstes Rennen, den WM-Titel verpasste er in dieser Saison nur um einen Punkt. 1977 und 1984 holte er den Triumph doppelt nach.

Spätfolgen seines Unfalls

Lauda liebte das Tempo – und er liebte die Fliegerei. 1979 gründete er die Lauda Air. Doch auch in diesem Metier musste er Rückschläge einstecken: Im Mai 1991 verloren bei einem Absturz einer Boeing 767 über Thailand 223 Menschen das Leben. Später ging das Unternehmen an die Austrian Airlines über. Mit «Niki» und zuletzt mit dem Businessjet-Unternehmen Laudamotion blieb Lauda am Himmel präsent. Auch als Aufsichtsratsvorsitzender des Mercedes-Formel-1-Teams sowie als scharfer und pointierter TV-Experte hielt er sich im öffentlichen Bewusstsein.

Doch die Spätfolgen seines Unfalls konnte er nie überwinden. Im vergangenen Sommer erhielt er eine Spenderlunge. Noch vor wenigen Wochen kündigte er seine Rückkehr auf die Rennstrecken an. Doch diesmal kämpfte er vergeblich. In der Nacht auf Montag hörte sein Herz im Zürcher Universitätsspital auf zu schlagen. *Thomas Renggli*

Die Essenz des Optimismus

Von Urs Gehriger — Klimakrise, Kriege, Katastrophen: Täglich schreiben die Massenmedien, dass die Welt direkt auf den Untergang zusteuert. Starautor Gregg Easterbrook kontert die Endzeitszenarien. Im Gespräch erklärt er, «warum die Welt einfach nicht untergeht».

Lange mussten wir uns gedulden, doch Lendlich hält der Frühling Einzug. Wir sehnen uns danach, die Arme auszubreiten und die Frischluft in der wiedererwachten Natur zu genießen – wenn nur die Nachrichten aus aller Welt nicht so deprimierend wären.

Die Spannungen zwischen den USA und China nehmen zu. Venezuela taumelt in Richtung Bürgerkrieg. Die Kathedrale Notre-Dame ging in Flammen auf. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Katastrophen, die die Welt heimsuchen. In Sri Lanka werden Christen abgeschlachtet. Der Islamische Staat meldet sich zurück. Europa und die USA sind mit massiven Migrationskrisen konfrontiert. Die Kluft bei Ernährung, Wohlstand und Gesundheit vertieft sich weltweit. Und dann gibt es noch die Umweltkatastrophen, die viele Wissenschaftler der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung zuschreiben.

Inmitten dieser Endzeitstimmung taucht ein Buch in den Auslagen auf, das Zuversicht ausstrahlt. «Warum die Welt einfach nicht untergeht», lautet hoffnungsfroh der Titel. Gregg Easterbrook, amerikanischer Journalist beim renommierten *Atlantic*, greift zurück auf einen Fundus von Daten und Statistiken und postuliert: Der Mensch ist gesünder, reicher, friedlicher und demokratischer als je zuvor in der Geschichte.

Herr Easterbrook, die Medien überschütten uns mit einer Flut von Katastrophenmeldungen. Wie schaffen Sie es, in diesem Zeitalter der Angst ein unerschütterlicher Optimist zu bleiben?

Ich denke, die optimistische Sichtweise ist die rationale Sichtweise. Gewiss, es gibt viele Dinge, die einen in Angst versetzen können. Die Welt ist gross, wir sind sieben Milliarden Menschen. Es gibt immer etwas, das irgendwo schiefgeht. Doch wir beschäftigen uns viel zu stark mit den negativen Aspekten unseres Lebens.

Wir sehen uns mit einer Welle von Katastrophen wie Massenmigration, beispiellosen Hitzewellen, Stürmen und Überschwemmungen auf der ganzen Welt konfrontiert ...

Wenn man die Ereignisse so negativ wie möglich interpretiert, öffnet man der poli-

tischen Demagogie Tür und Tor. Politiker wie Donald Trump haben eine unerbittlich negative Wahlkampagne geführt, die auf wilden Übertreibungen der Probleme in den USA und auf der ganzen Welt basierte. Wir sehen, dass einige osteuropäische Politiker im Moment dasselbe tun. Historisch gesehen, gehen negative Behauptungen mit Demagogie und Politik einher. Dem sollten sich die Intellektuellen entgegenstellen. Dies ist einer der Gründe, weshalb ich das Buch «Warum die Welt einfach nicht untergeht» geschrieben habe. Praktisch alle Messwerte in den Vereinigten Staaten, in der europäischen Gesellschaft oder in Asien sind positiv. Der Trend geht seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten hin zum Positiven.

Seit es Menschen gibt, fürchten sie sich vor dem Weltuntergang. Obwohl wir heute in einem Zeitalter beispielloser Aufklärung und Masseninformation leben, herrscht weitum die Überzeugung, dass alles immer schlimmer werde. Warum?

Schlechte Nachrichten verkaufen sich gut. Sie bringen die Leute dazu, den Fernseher einzuschalten. Mit Schreckensmeldungen lassen sich politische Kampagnen machen. Dabei gilt es zu beachten, dass sich sämtliche Weltuntergangsprognosen der Geschichte als falsch herausgestellt haben. Nicht bloss einige, sondern alle haben sich als falsch erwiesen, jede einzelne. Einige der prognostizierten Weltuntergänge sind nicht eingetreten, weil die Menschen die nötigen Massnahmen dagegen ergriffen haben.

Nennen Sie uns ein Beispiel.

Die «Silent Spring»-Behauptung von 1962 ist das offensichtlichste Beispiel. [Sie basiert auf

«Schlechte Nachrichten bringen die Leute dazu, den Fernseher einzuschalten.»

dem gleichnamigen Buch von Rachel Carson, nach dem der zügellose Einsatz von Pestiziden massive Umweltschäden verursache, die Red.] Es wurde behauptet, dass alle Vogelarten in sehr kurzer Zeit aussterben würden. Heute sind fast alle Vogelarten in Nordamerika, von der Anzahl und Vielfalt her, ge-



«Uns Menschen geht es besser als je zuvor»:

sünder als vor fünfzig Jahren. Dies kommt mitunter daher, dass die notwendigen Reformen in Kraft gesetzt wurden.

Amerikas Vogelarten mögen gesünder sein, aber weltweit ist die biologische Vielfalt offenbar akut bedroht. Die Uno warnte neulich in einem Bericht, dass eine Million Arten vom Aussterben bedroht sei. Ist das nicht schockierend?

Als Schlagzeilenschreiber würde ich sagen: «Mensch, wie praktisch, dass sie vor genau einer Million bedrohter Arten warnen.» Ich denke, es handelt sich um eine computergenerierte Zahl. Jeder, der sich mit Computermodellen auskennt, weiss: Sie können so

legt. Niemand sollte daran zweifeln, dass es menschliche Auswirkungen auf den Klimawandel gibt. Doch ich bin der Auffassung, dass diese Probleme einfacher gelöst werden können, als man allgemein denkt. Treibhausgase sind grundsätzlich ein Problem der Luftverschmutzung. Die bisher schwerwiegendsten Luftverschmutzungsprobleme, Smog und saurer Regen, wurden beide viel schneller und viel billiger als gemeinhin erwartet behoben. Smog und saurer Regen sind heute in den USA kein Politikum mehr, weil sie aus der Atmosphäre verschwunden sind. Smog und saurer Regen sind in den meisten Ländern Europas deutlich zurückgegangen. Auch an der Küste Chinas nimmt der saure Regen ab. So verschmutzt China auch ist, beim sauren Regen macht es Fortschritte.

Sie sind zuversichtlich, dass Treibhausgasemissionen ebenso wie Smog und saurer Regen abnehmen werden?

Smog und saurer Regen sind strukturell ähnlich wie die Treibhausgasemissionen. In den 1970er Jahren hat die westliche Gesellschaft das Smog-Problem ernst genommen. In den 1980er Jahren hat sie die Problematik des sauren Regens ernst genommen. Mit den Treibhausgasen hat man sich noch nicht mit der gebotenen Dringlichkeit befasst. Wir werden feststellen, dass der Umgang damit billiger und effektiver sein wird, als man derzeit prophezeit.

Ihr Buch diskutiert sieben Endzeitszenarien. Eines dreht sich um Unterernährung. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno legen sich jeden Abend 13 Prozent der Weltbevölkerung hungrig ins Bett.

Das ist das niedrigste Niveau in der Menschheitsgeschichte.

Tatsächlich? Wir sprechen von Hunderten Millionen Menschen, die unterernährt einschlafen müssen.

Setzt man die 13 Prozent in Relation zur gesamten Erdbevölkerung, stellt man fest, dass die Unterernährung weltweit auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Menschheitsgeschichte ist. Die menschliche Bevölkerung ist heute grösser, als sie es je war. Wir sind mehr als sieben Milliarden Menschen auf der Welt. 13 Prozent von sieben Milliarden sind eine grosse Zahl. Es sind weit mehr Menschen, als in den Vereinigten Staaten leben. Aber wir haben keine globalen Hungerwellen erleben müssen, wie sie vor fünfzig Jahren vorausgesagt wurden.

Eine weitere Weltuntergangsprognose, die sich nicht bewahrheitet hat?

Ja, ein klassisches Beispiel dafür; aber Unterernährung ist weiterhin ein grosses Problem in der Welt. Allerdings ist sie in fast allen Fällen nicht die Folge von Nah-



«Sämtliche Weltuntergangsprognosen der Geschichte haben sich als falsch herausgestellt»: Easterbrook.

runismangel, sondern das Ergebnis von Verteilungsproblemen und Regierungskorruption. Venezuela ist das derzeit schlimmste Beispiel. Der Hunger, der in Venezuela

«Unsere Lebenserwartung hat sich in nur einem Jahrhundert fast verdoppelt.»

auftritt, ist die Folge katastrophaler Regierungspolitik. Er hat nichts mit der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu tun.

Sprechen wir über die menschliche Gesundheit. Der Alkoholkonsum stieg zwischen 1990 und 2017 weltweit um 10 Prozent – gemäss einer Studie in *The Lancet*. Die Menschen werden immer fettleibiger. Die männliche Unfruchtbarkeit nimmt zu. Wird der Mensch immer kränker?

Nun, um die menschliche Gesundheit könnte es besser stehen. Aber wenn sie sich tatsächlich verschlechtert, hat unser Körper eine ganz eigenwillige Art, damit umzugehen, denn fast überall auf der Welt leben die Menschen länger. In fast allen Nationen der Welt, einschliesslich der von Kriegen zerrissenen, bewegt sich die Lebenserwartung auf einem Rekordniveau. Die Zahlen sagen im Grunde alle das Gleiche: Die

menschliche Langlebigkeit steigt kontinuierlich an. Die Sterberaten bei allen grossen Krankheiten gehen zurück. Krebs, Herzkrankheiten und Schlaganfall, die grossen Killer, töten immer weniger Menschen. Das Zigarettenrauchen nimmt ab, nicht in China, aber fast überall sonst. Der Alkoholkonsum nimmt in gewissen Gebieten zu. Insgesamt steht es um die menschliche Gesundheit besser als je zuvor in der Geschichte. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung verlangsamen würde.

In Ihrem Buch blicken Sie oft weit zurück in die Vergangenheit. Was können wir in Bezug auf die menschliche Gesundheit aus der Geschichte lernen?

Die Lebenserwartung eines Kindes bei der Geburt beträgt heute in den USA 78 Jahre. Vor hundert Jahren waren es 46 Jahre. Unsere Lebenserwartung hat sich in nur einem Jahrhundert fast verdoppelt. In anderen Ländern ist sie sogar noch stärker angewachsen. In Japan beträgt sie heute 86 Jahre. Für Forscher ist dieser massive Anstieg ein Rätsel. Er scheint nicht durch ein bestimmtes Ereignis verursacht. Die Lebenserwartung schnellte nicht nach oben, als Antibiotika entdeckt wurden. Sie ist während der beiden Weltkriege nicht stark zurückgegangen. Die

Lebenserwartung steigt sukzessive an, als stünde die ganze Menschheit auf einer Rolltreppe, die langsam nach oben fährt.

Ein Grund zu grosser Sorge ist die Migration. Krieg in Syrien, Flucht der Rohingya. Menschen aus halb Afrika sind in Bewegung, um das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren. Wie passt Massenmigration mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu Ihrem Optimismus?

Die Migration wird noch weiter anwachsen, bevor sie zurückgehen wird. Sie hat zwei Ursachen. Erstens die Zunahme der Weltbevölkerung. Wahrscheinlich werden wir weiterhin in der Lage sein, die menschliche Bevölkerung zu ernähren, egal, wie stark sie wächst. Der andere Grund ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands. Das Wohlstandsgefälle zwischen der Nord- und der Südseite des Mittelmeeres ist das grösste in der gesamten Menschheitsgeschichte. Die Bevölkerung auf der Südseite des Mittelmeers wächst sehr schnell. Die Bevölkerung auf der Nordseite ist stabil oder sogar rückläufig. In den nächsten fünfzig Jahren wird der Druck auf den Mittelmeerraum von Süden her zunehmen. Das wird ein immer dringlicheres Thema für die ganze Welt werden.

Sicherheit hat für die meisten Menschen oberste Priorität. 2009 reiste der damalige US-Präsident Barack Obama nach Prag und forderte eine Welt ohne Atomwaffen. Davon sind wir heute weit entfernt. Vor kurzem haben die USA erklärt, dass sie sich aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme zurückziehen werden. Sind wir auf dem Weg zu einem neuen atomaren Wettrüsten?

Ich glaube nicht. Die USA und die Russische Föderation versuchen beide, ihre Trägersysteme zu modernisieren. Das ist der Hauptgrund für den Austritt aus dem Vertrag. Die Gesamtzahl aller Atomsprenköpfe in der Welt ist seit den siebziger Jahren bis heute um 86 Prozent gesunken. Ich bin mir nicht sicher, ob es möglich ist, alle Atomwaffen vollständig zu beseitigen. Aber möchten wir das überhaupt? Seit die Atombombe erfunden wurde, hat es keinen Krieg mehr zwischen Grossmächten gegeben.

Aus Angst vor einem Armageddon schreckten die Atommächte vor einem Einsatz von Nuklearwaffen zurück. Im Kalten Krieg sprach man vom «Gleichgewicht des Schreckens».

Die nukleare Abschreckung ist nicht der einzige, aber ein Hauptfaktor für die gegenwärtige Ära des Friedens. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass eine kleine Anzahl von Atombomben im Besitz der Grossmächte diese davon abhält, gegenei-

inander in den Krieg zu ziehen. Aber ein Restrisiko bleibt bestehen. Das Risiko besteht darin, dass ein Verrückter eine dieser Waffen einsetzt, die Folgen wären unbeschreiblich. **Trotz Frieden steigen die Rüstungsausgaben. 2018 wurden weltweit 1,8 Billionen Dollar dafür ausgegeben. Das entspricht gemäss dem Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) einer Steigerung um 2,6 Prozent gegenüber 2017. Die Welt ist bis auf die Zähne bewaffnet und scheint ein immer gefährlicherer Ort zu werden.**

Ist dem wirklich so? Es stimmt, dass die Gesamtausgaben für Waffen, seit wir ermitteln können, stetig gestiegen sind. Doch betrachten wir die Militärausgaben pro Kopf, sind sie in den vergangenen 25 Jahren weltweit um 30 Prozent gesunken. Und wir beobachten eine weitere wichtige Entwicklung. Die Häufigkeit und Intensität kriegerischer Konflikte ist in den vergangenen 25 Jahren ständig zurückgegangen. Nun kann man kritisch einwerfen, dass 25 Jahre eine relativ kurze Zeitspanne seien. Dann legen wir ein anderes Mass an: Seit ich auf der Welt bin, hat es keinen Grossmachtkrieg gegeben. Ich wurde 1953 geboren, bin also 66 Jahre alt. Ich fordere Sie auf: Blicken Sie von meinem Geburtsjahr zurück in die Geschichte, und nennen Sie mir irgendeine 66-Jahre-Periode, in der es keinen Grossmachtkonflikt gegeben hat. Viel Glück, denn Sie werden keine finden. Uns Menschen geht es besser als je zuvor in der Geschichte.

Wenn es stimmt, was Sie sagen, dann erklären Sie doch bitte, warum sich so viele Menschen selbst umbringen. Die Suizidraten sind in vielen westlichen Ländern ziemlich hoch. In den USA haben Selbstmorde in den letzten zwei Jahrzehnten sogar erheblich zugenommen.

Es besteht kein Zweifel, die Menschen haben Ängste, sie sind gestresst. Ich denke, es passieren mehrere Dinge gleichzeitig. Die Menschen stehen im Bann der sozialen Medien. Diese Medien vertiefen in erster Linie Wut und Zwietracht in der Gesellschaft. Sie kochen ständig Informationen auf, die uns angeblich in Aufregung versetzen sollen. Stellen Sie sich einen Menschen in der Schweiz vor hundert Jahren vor: Warum sollte er sich dafür interessieren, was in Pakistan passiert? Es ist quasi ausgeschlossen, dass ein Ereignis dort irgendeinen Einfluss auf sein Leben haben würde. Heute kursiert die Angst, ein Verrückter in Pakistan könnte eine schmutzige Atombombe zusammenbauen und sie irgendwie nach Europa schmuggeln. Wir leben in einer Welt, in der Menschen alle Arten von sehr intensiven, persönlichen Vorstellungen über schlechte Dinge hegen, die wahrscheinlich nicht passieren werden, aber bei denen man nicht völlig ausschliessen kann, dass sie nicht passieren werden. Das setzt Menschen

unter Dauerstress. Und es gibt Politiker, Opportunisten, die diese Ängste aufgreifen und versuchen, sie zu verstärken.

Kritiker werfen Ihnen vor, Ihr Optimismus sei bloss Selbstgefälligkeit und Sie würden das Negative selektiv ausblenden. Wie lautet Ihre Definition von Optimismus?

Es herrscht bisweilen die Vorstellung, dass Optimisten in fast naiver Weise glaubten, alles sei in Ordnung. Das ist nicht das, was Optimismus bedeutet. Optimisten können wütend sein. Optimisten können verärgert sein. Ich persönlich bin ein zynischer Opti-

«Seit die Atombombe erfunden wurde, hat es keinen Krieg mehr zwischen Grossmächten gegeben.»

mist. Ein Optimist glaubt daran, dass Probleme behoben werden können. Ein Pessimist meint, dass wir aufgeben müssen, weil wir Probleme angeblich nicht beheben können.

Was stimmt Sie zuversichtlich, dass Sie als Optimist richtigliegen?

Historisch betrachtet, haben Optimisten die Zukunft viel akkurater vorausgesehen als Pessimisten. In fast jedem Fall hat sich die optimistische Sicht als die richtige erwiesen. Optimismus muss wieder eine intellektuell respektierte Bedeutung erlangen. Schauen Sie sich die drei erwähnten grossen Probleme an, mit welchen sich die Menschheit konfrontiert sieht: Klimawandel, ungleiche Verteilung des Wohlstands und Migration. Angenommen, Sie sind ein Pessimist, dann bestellen Sie besser gleich eine Flasche Champagner und geben auf! Denn wie wollen Sie all diese Probleme lösen? Als Optimist hingegen sagen Sie: «Das wird hart, aber wir sind zuversichtlich, dass alle drei Probleme behoben werden können.» Das ist die Essenz des Optimismus, für den ich mit Überzeugung eintrete.

Gregg Easterbrook, 66, war Korrespondent bei *The Atlantic* und ist heute als Redaktor für das Monatsmagazin tätig. Er arbeitete für die renommierte Denkfabrik Brookings Institution und die Fulbright Foundation. Easterbrook ist Autor von zehn Büchern und regelmässiger Gastautor mit Beiträgen in den Zeitungen und Magazinen *New Republic*, *New York Times*, *New Yorker*, *Wall Street Journal*, *Wired*, *Esquire*, *Washington Monthly* und *Los Angeles Times*.

Eine ausführliche Fassung der Interviews auf Englisch auf www.weltwoche.ch



Gregg Easterbrook: Warum die Welt einfach nicht untergeht. Sieben Endzeitszenarien und wie wir sie abwenden können. Piper. 464 S., Fr. 37.90

Warum Populisten so erfolgreich sind

Von Ralf Schuler — Kaum jemand lebt vegan, kaum jemand fühlt sich einem dritten Geschlecht zugehörig. Während sich Politik und Medien mit immer neuen Minderheiten-Themen beschäftigen, verlieren sie das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten.

Es in Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des *Populismus*. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. » Vom Papst bis zu deutschen Polizisten. «Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als *populistisch* verschrien worden wäre?» Daraus geht hervor: «Der *Populismus* wird bereits von allen europäischen Mächten als Macht anerkannt.»

Es gehört zu den kleinen Scherzen der Weltgeschichte, dass man nur den Ismus in Marxens «Kommunistischem Manifest» von 1848 austauschen muss, um knapp 200 Jahre danach ein Déjà-vu zu erleben. Denn in Wahrheit war Marxens Kommunismus der (wissenschaftlich verbrämte) Populismus des heraufziehenden Industriezeitalters für die malochenden Massen, denen paradiesische Zeiten versprochen wurden, wenn man nur den Kapitalisten das Privateigentum entziehe und den Massen die Macht übertrage. Die Widerlegung dieser Theorie hat knapp 200 Jahre mit Stalinismus, realem Sozialismus und etlichen, zumeist blutigen Nebenformen gedauert und Millionen Tote gefordert. Die dem marxischen Weltbild zugrundeliegenden Illusionen von Gleichheit und Kollektivismus verlocken aber noch immer.

Ratlos und nahezu handlungsunfähig

Abgesehen von der kleinen Ideologie-historischen Delikatesse des Marx-Zitats, stand am Beginn meines Buchprojekts aber vor allem das Erstaunen darüber, wie gebannt, ratlos und nahezu handlungsunfähig Europas etablierte Parteien auf das Phänomen des vermeintlichen Populismus starren. Ausgerechnet auf einem Kontinent mit längst eingespielter demokratischer Kultur schien das Kerngeschäft von Demokratie, das Wahr- und Aufnehmen von Stimmungen, Problemen und Meinungen, nicht zu funktionieren.

Tatsächlich haben Bewegungen, die unter das politische Schlagwort «Populismus» oder «Rechtspopulismus» fallen oder daruntergeschoben werden, derzeit fast überall in Europa Konjunktur: vom Rassemblement national (ehemals Front national) in Frankreich über Geert Wilders' Freiheitspartei und Thierry Baudets «Forum für Demokratie» in den Niederlanden, die Ukip in Grossbritannien, die italienische Lega bis zur FPÖ in Österreich und AfD in Deutschland. Nach gängiger Lesart fallen auch die Regierungsparteien in Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei unter das

Rubrum. Der Wahlsieg von Donald Trump in den USA lässt sich ebenfalls in dieses politische Phänomen einordnen. Es ist also längst kein Gespenst mehr, das hier umgeht, sondern harte politische Realität.

Was zahlreiche linke Strömungen betreiben, ist zwar ebenfalls meist blanker Populismus, wird aber nicht in annähernd ähnlichem Masse gezeißelt. Für Linke sind die immergleichen Patentrezepte zur Auflösung aller (Klassen-)Widersprüche und zur finalen Verbesserung der Welt noch immer aktuell: Verstaatlichung, Enteignung (derzeit spielt sogar der rot-rot-grüne Berliner Senat mit dem Gedanken an Verstaatlichungen von Betrieben

und Wohnungen), Umverteilung, Zerschlagung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen.

Beste Beispiele sind die Syriza-Bewegung von Griechenlands Premier Alexis Tsipras, die im Zuge der Schuldenkrise seines Landes so ziemlich alles versprach, was die Menschen

Es ist längst kein Gespenst mehr, das hier umgeht, sondern harte politische Realität.

hören wollten, und 2015 sogar eine Volksabstimmung gegen neue Sparauflagen gewann, an die sich die Regierung dann aller-



Alarmzeichen aus der Wirklichkeit.

dings nicht hielt. Auch die spanische Podemos organisierte mit linkspopulistischen Parolen gegen die «elitäre Kaste» und für die Rückübertragung der Macht an das Volk beachtliche Aufmärsche.

Im Grunde sind auch die freitäglichen Schülerproteste für radikalen Klimaschutz blanker Populismus, weil sie suggerieren, harte Einschnitte und nationale klimapolitische Alleingänge ohne Rücksicht auf Menschen und Mehrheiten könnten das Klima retten. Linkspopulismus allerdings treibt Europa nicht wirklich um und wird oft als normal, jugendlich frisch oder einfach sympathisch hingenommen. Links eben. Was soll's.

Bankrotterklärung erster Klasse

Am eklatantesten fiel die Hilflosigkeit im Angesicht des erstarkenden «Populismus» in Deutschland auf. Hier versuchten namhafte Politiker wie etwa der mächtige damalige Unionsfraktions-Vorsitzende Volker Kauder (CDU), die AfD durch Ignorieren und Aussitzen wieder verschwinden zu lassen. Er setze



sich nicht mit denen aufs Podium oder in eine Talkshow, erklärte er damals. Flankiert wurde diese Taktik von einem einflussreichen Berater der Kanzlerin, dem Chef der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, Matthias Jung, der 2015 in einer «Expertise» schrieb, die AfD sei eine «Chance für die Union», weil diese neben der AfD noch klarer als Partei der Mitte erscheine. Demokratietheoretisch ist das eine Bankrotterklärung erster Güte, wenn nicht mehr das Gewinnen von Menschen und Meinungshoheit im Mittelpunkt der Politik steht, sondern eine diffuse soziodemografische Mitte-Verortung.

Ganz grundsätzlich muss man sagen: Der sogenannte Populismus ist ein demokratisches Mangelzeichen, ein Indikator für Themen, die von den anderen Parteien nicht mehr glaubhaft aufgegriffen, geschweige denn gelöst werden. Unabhängig von den speziellen nationalen Ausprägungen dieser Bewegungen sind dies immer wieder Migration, nationale Kultur und Identität, Umgang mit dem Islam und innere Sicherheit.

Dem Thema Migration kommt dabei eine Sonderstellung zu. Zum einen, weil Migration – anders als andere politische Sachthemen – an archaische Muster von Fremd- und Vertrautheit rührt. Der renommierte Angstforscher Borwin Bandelow spricht sogar davon, dass Reserviertheit gegenüber Fremdem und Fremden sich als ein Evolutionsvorteil eingepreßt habe, mit dem die eigene Gruppe geschützt werde. Zum anderen ist Migration ein Sonderthema, weil ihre Folgen in Form von

Nein, man muss sich nicht wundern. Es würde schon reichen, endlich aufzuwachen.

materiellen Aufwendungen, Integrationsproblemen, Kriminalität und kulturellen Konfrontationen präsent bleiben und nicht wieder so schnell verschwinden, wie Politiker dies gerne hätten. Es ist deshalb kein Wunder, dass das Vertrauenstrauma des Migrationsherbstes 2015 bis heute nachwirkt und nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa Spuren hinterlassen hat, die mit «Werkstattgesprächen» wie jenem der neuen CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer nicht so leicht aufzuarbeiten sind.

Das Phänomen des Populismus ist aber auch deshalb interessant, weil es über rein politische Richtungsstreite weit hinausgeht. Das liegt auch daran, dass im digitalen Zeitalter der sozialen Netzwerke den Massen die Medien zurückgegeben wurden und sich Informationen rasch zu Nebenrealitäten verdichten, die von politischen Akteuren und den klassischen Medien nur noch schwer zu beeinflussen sind. Ausserdem ist «Populismus» eine Reaktion auf das Auseinanderdriften von Lebenswelten und ein Indiz für

wachsenden Verdruss am etablierten Politikbetrieb mit seinen Kompromissen und taktischen Winkelzügen, die als nicht authentisch und als verlogene wahrgenommen werden. Sowohl beim Brexit als auch bei der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten konnte man exemplarisch sehen, wie vor allem Metropolen und ländlicher Raum gegensätzlich abstimmten.

Besonders tiefer Graben

Was die Lebensweise angeht, zeigt sich etwa die Überpräsenz von Veganismus in den Medien als gutes Beispiel für verzerrte Wahrnehmung, denn tatsächlich sind (in Deutschland) deutlich unter ein Prozent der Menschen Veganer. Drei Viertel der Menschen geben an, keine Ernährungsregeln zu befolgen. Ein besonders tiefer Graben tut sich in der Geschlechterpolitik auf. So hat das deutsche Bundesverfassungsgericht etwa die Einführung eines dritten Geschlechts («divers») verfügt, um Menschen nicht in das binäre Geschlechtersystem zu zwingen. Eine erste Umfrage in den 72 grössten deutschen Städten ergab 53 Anträge auf diese sexuelle Spielart. Und das sind nur zwei vergleichsweise randständige Themen, die sich mit undurchschaubaren Entscheidungsprozessen in Brüssel, der nicht vorankommenden Sicherung der EU-Aussengrenzen, islamistischem Terror und Spiegelstrich-Fechtereien im Parlament zu einem ungunstigen Bild von Politik verdichten.

Muss man sich also wirklich wundern, dass Bürger die Politik als etwas Entferntes, Fremdes wahrnehmen, das mit ihrem Alltag nichts zu tun hat? Muss man sich wundern, dass US-Wähler die Grobheiten von Donald Trump als immerhin authentisch würdigen im Vergleich zum hohen taktischen Ton seiner Ex-Herausforderin Hillary Clinton? Muss man sich wundern, dass die Werte sogenannter Populisten auch dann durchweg hoch bleiben, wenn Skandale und Unsäglichkeiten über sie die Schlagzeilen beherrschen und die reale politische Performance der Bewegungen kaum messbar ist?

Nein, man muss sich nicht wundern. Es würde schon reichen, endlich aufzuwachen. «Populisten» sind eine Projektionsfläche für alles, was im sonstigen Politikbetrieb nicht funktioniert, und für das Strafen der Etablierten. Nicht das Kopieren populistischer Strömungen ist das Gebot der Stunde, sondern das Lösen der Probleme, die Populisten die Sympathisanten zutreiben.



Ralf Schuler ist Leiter der Parlamentsredaktion der Bild-Zeitung in Berlin. Sein Buch «Lasst uns Populisten sein. Zehn Thesen für eine neue Streitkultur» befasst sich mit den Ursachen des Populismus und möglichen Reaktionen darauf. (Herder-Verlag; 240 S., Fr. 29.90).

Wir sollten uns was schämen

Von Christoph Mörgeli

Unsere Firmen und Konzerne leiden. Nicht an zu wenig Aufträgen. Da läuft's wie geschmiert. Doch sie leiden an Flugscham. Wegen der Greta. Die Einschränkung des klimaschädlichen Flugverkehrs gehört zu den zentralen Forderungen der nordischen Klimaaktivistin. Laut *Handelszeitung* ist «Flugscham» das Wort der Stunde. Wie soll unsere global ausgerichtete Wirtschaft damit umgehen? Wo doch Dienstreisen mit dem Flugzeug zum Alltag gehören.

Das «Shaming» ist in aller Munde. Schämt euch! Die linken Politiker fordern jetzt Einschränkungen für Staatsangestellte beim Flugverkehr. Warum auch nicht? Nur sollten sie bei Innenminister Alain Berset ansetzen, der sich lieber im Äusseren aufhält. Eben erst jettete er zum Staatsbesuch in die Zentralafrikanische Republik. Angeblich zwecks «Stärkung der lokalen Gesundheitssysteme». Ohne Witz. Die überflüssige Sause berappen wir Steuerzahler. Dem SP-Innenminister gehören die Flugreisen gestrichen. Er soll sich was schämen.

Stattdessen schämen sich unsere grossen Unternehmen fürs Fliegen. Swiss Life verlangt möglichst umweltfreundliche Transporte. Nestlé prüft jeweils Alternativen. Swiss Re legt Bahnreisen nahe. Man schämt sich für die Autos und verspricht, klimafreundliche Fuhrparks zu schaffen. Dazu kommt die Fleischscham. Wer nicht vegetarisch lebt, schadet der Umwelt. Die Fleischbauern, Säulihalter und Kälblizüchter sollten sich schämen. Wir werden selbst im Dunkeln rot aus Ölheizungsscham. Und möchten vor Plastikverpackungsscham fast im Erdboden versinken. Vergessen wir nicht die Geschlechtsscham für alle, die entweder Mann oder Frau statt irgendetwas dazwischen sind. Angesagt ist demnächst sicher auch die Sexscham. Sie lesen die *Weltwoche*, ohne sich zu entschuldigen? Dann haben Sie keine Ahnung von Zeitungslesescham.

Nur müssen wir Schamroten nicht glauben, dass sich die Grünen und Roten für irgendetwas schämen. Schamlos erhöhen sie die Energieabgaben und den Benzinpreis. Schamlos bereichern sie sich mit Pseudo-Energiefirmen an der Umverteilung. Schamlos zerstören sie unsere moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Irgendwann befällt uns Schämende hoffentlich die kollektive Scham, für all diesen rot-grünen Schwindel noch Steuern zu bezahlen. Goethe sagte es so: «Dann ist einer durchaus verarmt / Wenn die Scham den Schaden umarmt.»

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Attentat mit Mozart-Kugeln

Von Peter Bodenmann — Unsere österreichischen Fremdenfeinde kurz nach dem Anschlag des *Spiegels*, der *Süddeutschen Zeitung* und des *Böhmermann*.



Derweil demonstrieren 100 000 in Mailand mit Salvini und Meuthen für mehr Schuldenwirtschaft.

Die fremdenfeindliche Rechte hat die EU als relevanten politischen Raum entdeckt. Die rechten Grüselkraten wollen – im Gegensatz zur SVP – nicht mehr raus aus dem Binnenmarkt, nicht mehr raus aus der EU. Sie wollen neu den Euro behalten und die EU nur etwas zurechtstutzen.

Le Pen, Salvini, Meuthen, Strache und Co. haben trotzdem über alles gesehen ein beschissenes Wochenende hinter sich. Vorab in Mailand, aber auch in Wien.

Die Deutschen profitieren vom Euro und vom Binnenmarkt. Sie haben mit ihrer rot-grünen Tieflohnpolitik – Marke Schröder und Fischer – Frankreich und Italien wirtschaftlich an die Wand gedrückt. Deshalb sind Le Pen in Frankreich und Salvini in Italien so stark. Und deshalb hat es in Bayern und Baden-Württemberg inzwischen dreimal weniger Erwerbslose als in der Schweiz.

Eigentlich müssten Frankreich und Italien die Deutschen aus dem Euro-Raum rauskippen. Damit die Deutschen unter einer zu starken Deutschen Mark litten wie die Schweizer unter dem zu starken Franken. Diese Forderung haben sowohl Le Pen wie Salvini fallengelassen. Weil viele ihrer Wählerinnen und Wähler irgendwo noch Euros gebunkert haben und Angst vor dessen Abwertung haben.

Salvini forderte am letzten Samstag auf dem Domplatz von Mailand die Aufhebung der

Maastrichter Kriterien. Der ehemalige Kommunist – noch immer beraten von marxistischen Ökonomen – will die Nachfrage stärken, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dies mittels Steuersenkungen für die Reichen, mittels höheren Renten für die Alten und mittels Investitionen in die marode italienische Infrastruktur. Das geht in einer ersten Phase nur – wie die Politik von Trump zeigt – mit mehr Schulden, mit mehr Schuldenwirtschaft.

Vor nichts haben die Anhänger der AfD in Deutschland mehr Angst, als für italienische Schulden geradestehen zu müssen. Der Ball liegt für AKK auf dem Penalty-Punkt.

Beim Aufmarsch vor dem Mailänder Dom nicht dabei waren die Freiheitlichen aus Österreich. Denn Strache und Co. kippten zeitgleich in Wien aus der Regierung. Schon bei den alten Römern galt: *in vino veritas*. Oder, was nicht drin ist, kann nicht rauskommen. War Strache nur besoffen, oder war – wie Böhmermann auf Twitter vorab meldete – auch Koks im Spiel? Haben sowohl Strache wie Kurz Millionen an Kapital erhalten?

Video-Attentat in Ibiza. Fieses CNN-Video-Attentat auf unseren Seidenstrassen-Ueli in Washington. *Tu felix Helvetia* ...

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Journalismus als Spionageroman

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn man mit einem Video einen Politiker abschiessen kann, sind alle Mittel erlaubt.

Der klassische Fall stammt von 1987. Er kostete einem potenziellen US-Präsidenten den Kopf.

Der *National Enquirer* druckte Bilder des Präsidentschaftskandidaten Gary Hart bei einem Bootsausflug in Florida ab. Auf seinen Knien sass ein Model namens Donna Rice. Der Politiker war in eine Falle geraten, die seine politischen Gegner raffiniert arrangiert hatten. Hart, der klare Favorit der Wahl, war nach der Affäre weg vom Fenster.

Weg vom Fenster ist auch Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache. Auch er lief bei einer Party auf Ibiza in eine Falle, die seine politischen Gegner raffiniert arrangiert hatten. Hier nannte sich das Model Aljona Makarova. Im Video, das der *Spiegel* und die *Süddeutsche* verbreiteten, ging es um die mögliche Käuflichkeit des Politikers.

Wir sind bei einer speziellen Form des Medienschaffens. Es ist die Kunst, wo sich der Journalismus dem Detektiv- und Spionageroman nähert.

Es gibt Dutzende von Fällen. Nahezu immer geht es um Sex oder um Korruption. Ein famoses Beispiel war etwa das Video von Motorsport-Präsident Max Mosley und seiner Sodomasochie mit Prostituierten, das die *News of the World* publizierte. Mosley trat zurück. Der österreichische EU-Parlamentarier Ernst Strasser wiederum wurde von getarnten Reportern der *Sunday Times* zur Video-Aussage verführt, dass er Geld gegen Gesetze nehme. Strasser trat zurück.

Attacke im Sinne des Gemeinwohls

Interessant an den publizistischen Undercover-Agenten ist der rechtsfreie Raum, in dem sie sich bewegen. Im Grunde ist verdeckte Ermittlung verboten. Doch von Gary Hart bis Heinz-Christian Strache spielen Elemente wie Persönlichkeitsschutz und Privatsphäre jeweils nicht die geringste Rolle. Wenn man einen Politiker mit illegal aufgenommenen Bildern abservieren kann, hat – wie zuletzt – kein Journalist das geringste Problem.

Ich denke auch, dass man nicht zimperlich sein sollte. Ich bin, im Fall Strache wie auch sonst, gegen übertriebene Persönlichkeitsrechte im Mediengeschäft. Einen Politiker dürfen Redaktionen auch mit umstrittenen Methoden abschiessen, wenn der Abschuss als öffentliches Interesse zu legitimieren ist. Meistens können Journalisten dabei einen Zirkelschluss anführen. Der Politiker tritt nach der Medienattacke zurück – und bestä-



Sicher ist sicher: Gary Hart mit Model Donna Rice.

tigt somit, dass die Attacke im Sinne des Gemeinwohls gerechtfertigt war.

Es gibt bei der verdeckten Ermittlung zwei Methoden, eine aufwändige und eine simple Methode.

Die aufwändige Methode ist, wenn die Journalisten selber zu Detektiven werden. Das tat etwa der «Kassensturz», der in der Praxis des Schönheitschirurgen Peter Meyer-Fürst heimliche Videos drehte. Vergleichbar waren Journalisten der *Times*-Gruppe, die den früheren Fifa-Generalsekretär Michel Zen-Ruffinen mit einem klandestinen Video hereinlegten.

Die kinderleichte Methode ist es, sich in den Dienst von Drittinteressen zu stellen, die als Gehilfen eine Redaktion suchen. So war es soeben im Fall Strache. Man nennt das Scheckbuch-Journalismus. Manchmal zahlen die Medienhäuser mit Geld für den Coup, manchmal immateriell mit der Zusage, aggressiv gegen die Zielperson zu schiessen.

Ein hübscher Fall in diesem Verhältnis von Politik und Journalismus war Piero Marrazzo. Er war bei Italiens Landessender Rai ein journalistischer Star. Dann ging er in die Politik und wurde Regionalpräsident in Rom. Ein heimliches Video, das ihn innig mit einer Transsexuellen zeigte, beendete seine politische Karriere.

Politiker Marrazzo wurde darauf wieder TV-Journalist. Sicher ist sicher.

Sündenstolz

Von Henryk M. Broder — Zeichen für Deutschland.

Immer mehr deutsche Städte rufen den Klimanotstand aus. Der Gemeinderat von Konstanz am Bodensee fasste Anfang Mai den Beschluss, alle künftigen Entscheidungen unter einen «Klimavorbehalt» zu stellen. Zwar sei der Klimanotstand kein Notstand im herkömmlichen Sinne, allerdings wolle die Stadt durch den Beschluss den «Klimawandel als akute Bedrohung» anerkennen und «ein wichtiges Zeichen für ganz Deutschland» setzen. Es folgten die Städte Heidelberg, Kiel, Herford, Bremen-Neustadt und Ludwigslust, eine herzogliche Residenz aus dem 18. Jahrhundert in Mecklenburg-Vorpommern, die sich gerne auch das «Versailles des Nordens» nennt. Weitere Städte und Gemeinden wollen folgen, unter anderem Berlin, Köln, Mölln, Kleve und Chemnitz. Am Klima wird sich dadurch nichts ändern, aber es wird zahllose neue Initiativen geben, die aus Mitteln des Bundes, der Länder und der Kirchen, die gerade ihre «Verantwortung für die Schöpfung» neu entdecken, gefördert werden.



Und wie immer, wenn Deutschland der Welt ein Vorbild sein will, fällt das Land der Selbstüberschätzung anheim. Zwischen Konstanz und Kiel leben etwa 82 Millionen Menschen. Das ist ein Prozent von knapp acht Milliarden der Weltbevölkerung. Die wächst jährlich um ungefähr 80 Millionen, also um die Zahl der Menschen, die in Deutschland leben. Der deutsche Anteil an der Weltwirtschaft ist grösser als an der Weltbevölkerung, er lag im vergangenen Jahr, gemessen am globalen Bruttoinlandsprodukt, bei 3,22 Prozent.

Zu glauben, Deutschland könnte das Weltklima beeinflussen, indem es ein paar Kohlekraftwerke abschaltet und eine CO₂-Steuer einführt, ist eine Wahnidee. Keine exklusiv deutsche – auch Basel und Vancouver haben den Klimanotstand ausgerufen –, aber eine, die mit der deutschen Geschichte zu tun hat. Der Soziologe Hermann Lübke, der den Begriff «deutscher Sündenstolz» geprägt hat, spricht von einem «Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft», und das ist noch eine sehr höfliche Umschreibung für den Ausstieg aus der Wirklichkeit zugunsten einer Dystopie, in der Deutschland die Hauptrolle spielen möchte. Die Nachkommen derjenigen, die Europa verwüstet haben, treten nun an, die Welt zu retten. Der Klimanotstand hat auch eine komische Seite.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man einen Porsche kaufen, obschon ein Familienmitglied als ehrgeiziger Verkäufer für BMW arbeitet? *Fabian Räber, Jönen*

Zwei Faktoren sind entscheidend. Erstens: Wie nahe steht Ihnen das Familienmitglied? Zweitens: Welches Modell haben Sie im Auge? Bei einem Cousin dürfen Sie fahren, was Ihnen gefällt. Beim eigenen Bruder wäre etwas mehr Rücksicht angebracht. Interessiert Sie ein Porsche Cayenne, wäre ein BMW X5 sicherlich keine schlechtere Wahl. Soll es dagegen ein 911er sein, können Sie guten Gewissens sagen, das sei ein einzigartiger Klassiker. Aber grundsätzlich gilt: Familienrabatt kommt vor Familienkrach. *David Schnapp*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Spätestens seit den eklatanten Fällen von Missachtung der Volksentscheide, des Souveräns also, ist das Vertrauen dahin.» *Hans Sutter*

Sendungsbewusstsein

Nr. 19 – «Pervertierter Islam»;
Kolumne von Herodot

Der Unterschied zwischen Juden- und Christentum und dem Islam liegt in der kulturellen Entwicklung dieser Religionen. Bei den Juden regierten alsbald Herrscher, die die Religion mehr als Machtmittel denn als Dienst an der Gottheit sahen und laufend die göttlichen Vorschriften brachen. Jesus Christus schliesslich trennte weltliche und göttliche Macht radikal («Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist»). Im Gegensatz dazu fusst der Islam von seinen frühen Zeiten bis heute auf den rigiden Gesetzen der Scharia. Daher sahen und sehen sich islamische Herrscher immer als Vertreter Allahs und sprechen Recht nach diesem System. Wie Herodot schreibt, hat sich Mohammed nicht als Religionsgründer, sondern als «Korrektor» der Botschaft Gottes verstanden. Mit diesem Sendungsbewusstsein ausgestattet, verbreiteten er und seine Nachfolger ihr Religions- und Gesellschaftssystem gewaltsam von Südasien über Afrika bis Westeuropa. Letzte Negativbeispiele: die Entwicklung in der Türkei und im Sultanat Brunei. *Ernest Weszelits, Wiener Neustadt (A)*

Der Leistungsausweis fehlt

Nr. 20 – «Ständig diese Schicksalsfrage»;
Micheline Calmy-Rey zur Europafrage

In einem Punkt irrt die Ex-Bundesrätin gewaltig, wenn sie schreibt: «Unsere Regierung verfügt über eine hohe Glaubwürdigkeit.» Spätestens seit den eklatanten Fällen von Missachtung der Volksentscheide, des Souveräns also, ist das Vertrauen dahin. Sogar auch in Brüssel, wenn auch aus anderen Gründen. Der Leistungsausweis fehlt. *Hans Sutter, Bonaduz*

Ganz und gar unlogisch

Nr. 19 – «Verrückte Wissenschaft»;
Editorial von Roger Köppel

Vor vierzig Jahren hatte ich die Ehre, in der *Weltwoche* einen Artikel mit dem Titel «Palmenstrand am Limmatquai?» zu publizieren. Darin hatte ich schon damals auf die Klimaveränderung aufmerksam gemacht. Zu diesem Artikel kann ich heute noch stehen. Ich bin also kein Klimaleugner, im Gegenteil, ich schätze das Klimaproblem als schwerwiegend ein. Trotzdem bin ich Ihnen für die Philippika an die Klimaaktivisten dankbar. Mit weniger Fleisch essen, weniger in die Ferien fliegen und mehr Velofahren den CO₂-Ausstoss bis 2035 zu halbieren oder gar auf null herunterfahren zu wollen, ist lächerlich.



Schicksalsfrage: Ex-Bundesrätin Calmy-Rey.

Das ist «Pflasterlipolitik», und die Aktivisten wissen das. Warum soll man die CO₂-Kompensation auf die Schweiz beschränken, wenn man anderswo mit dem gleichen Geld das Zehnfache erreichen könnte? Ganz und gar unlogisch ist der Widerstand der Klimaaktivisten gegen die fast CO₂-freie Kernenergie. Diese Inkonsequenz lässt für mich nur einen Schluss zu: Es geht den Klimaaktivisten gar nicht ums Klima! Das Klima dient lediglich als Vorwand für eine diabolische Strategie, Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Gusto der Kapitalismus-Abschaffer umzukrempeln. Sicher gilt das für den harten Kern um Greenpeace, Grüne und Rote. Die zahlreichen Mitläufer, die das üble Spiel nicht durchschauen, halten sich für die Jünger einer Erlösungsbotschaft. Dass sich sogar Teile der Freisinnigen als «nützliche Idioten» missbrauchen lassen, zeigt, wie erfolgreich die Strategie ist – leider! *Simon Aegerter, Wollerau*

Die Temperatur auf der Erde steigt seit ein paar Jahren, das ist unbestritten. Beim Streit geht es darum, ob der Mensch daran schuld ist. Der ETH-Professor Reto Knutti und das Mädchen Greta Thunberg behaupten das – ich weiss es nicht. Ob der magnetische Nordpol Einfluss auf das Wetter hat? Dieser wandert immer schneller in Richtung Sibirien, zur Zeit um fünfzig Kilometer pro Jahr. Beeinflusst der Erdmagnetismus den Golfstrom oder die Winde und damit das Wetter? Es ist jedenfalls Zeit, dieses Phänomen zu untersuchen. *F. A. Simonetti, Breitenbach*

Wo liegt das Problem?

Nr. 20 – «Wann ist eine Frau eine Frau?»; Katharina Fontana zur Transgender-Debatte

«Es kann doch nicht sein» (in Variationen) ist die Kampffloskel der Fantasielosigkeit. Katharina Fontana bedient sich ihrer, weil sie zu befürchten scheint, das Frauen-WC stürze ein, wenn sich eine (noch) nicht operierte Transfrau dort die Hände wäscht. Das habe ich, als Transfrau, dort auch schon getan. Die Anlage blieb heil. Und mein Genital war beim Händewaschen wieder ordentlich in die Hose verpackt. Auch die anderen Frauen wuschen sich die Hände nicht nackt, wie ich feststellte. Und ein freundliches Lächeln haben wir einander auch noch geschenkt beim Verlassen der Anlage. Wo genau liegt das Problem? *Liv Markus, Biel-Benken*

So schön!

Nr. 20 – «Ikone der Woche»; Peter Keller über die Kuh

Wie schön ist doch diese Kuh! Sie ist so gebaut, wie es sein sollte: mit Hörnern und normal grossem Euter. Man stelle sich daneben eine der herangezüchteten und enthornten Kühe, wie sie die meisten Bauern haben, vor. Entsetzlich! Schade, dass Armin Capaul mit seiner Initiative nicht durchgekommen ist. Alle Bauern sollten zu natürlicher Landwirtschaft in allen Belangen aufgerufen werden. *Hans Schlegel, Chur*

Schalom

Nr. 20 – «Integration, nicht Selbstaufgabe»; Christine Brinck über jüdische Assimilation

Die jüdische Gemeinschaft hat es seit Jahrtausenden immer wieder geschafft, sich zu behaupten, und dies in mannigfaltiger Weise. Kein noch so schlimmes Ereignis konnte sie von ihrer Bestimmung abhalten. Damit will ich aber nicht ausdrücken, dass ich immer mit den Handlungen der Israelis einverstanden bin. Israel ist meiner Meinung nach ein Hafen für die jüdische Gemeinschaft geworden. Schalom. *Robert O. Renfer, Raperswil TG*

Korrigenda

Im Artikel «Öko-Paradies Schweiz» (*Weltwoche* Nr. 19/19) heisst es, der Erdölverbrauch in der Schweiz sei in den letzten 25 Jahren um die Hälfte zurückgegangen. Das ist falsch. Richtig ist, dass der Heizölverbrauch sich in diesem Zeitraum praktisch halbiert hat. Die *Weltwoche* entschuldigt sich für diesen Fehler.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Auch wenn ich mich dagegen zu wehren versuche, bei mir wirkt der grassierende Moralismus. Ich habe ein schlechtes Gewissen, wenn ich ins Flugzeug steige oder wenn ich viel Fleisch esse. Vieles, was Freude macht, steht heute unter Verdacht. Müssen wir es einfach hinnehmen, dass die Zeit des unbeschwertten Genusses vorbei ist? *Helga W., Altbüren*

Sie haben Mühe, sich gegen «den grassierenden Moralismus» zu wehren. Es plagt Sie dann ein schlechtes Gewissen, wenn Sie etwas tun, was Ihnen die Moralisten vorkommen. Der Moralismus sieht immer wieder neue schlechte Dinge, die er den Leuten vorwerfen kann. Damit stellt sich der Moralist gleichzeitig in ein gutes Licht. Er glaubt zu wissen, was gut und was schlecht ist.

Zurzeit haben es die Moralisten mit dem Klima. Das geht so weit, dass Sie sogar ein schlechtes Gewissen haben, wenn Sie ins Flugzeug steigen oder wenn Sie Fleisch essen, wie Sie schreiben. Das tut mir wirklich leid für Sie. Ich esse mit Freude Fleisch und habe auch kein schlechtes Gewissen,

wenn ich ins Flugzeug steige. Ich glaube auch nicht, dass sich etwas ändern würde, wenn ich es nicht täte. Wäre das Fliegen so schlimm, müsste man es weltweit verbieten, was dann aber auch die Moralisten treffen würde. Darum fordern sie es dann doch wieder nicht.

Es liegt nur an Ihnen, ob Sie den Moralisten nachlaufen wollen. Sie haben Ihre Meinung, und Sie können selbst überprüfen, ob etwas richtig oder falsch ist. Auf die Moralisten würde ich nicht hören. Auch die Moralisten wissen, dass sie mit ihren Vor-

Auch die Moralisten wissen, dass sie mit ihren Vorschlägen die Welt nicht verbessern.

schlägen die Welt nicht verbessern, aber sie können auf die Menschen einen beherrschenden Zugriff erreichen.

Das gilt allerdings nicht nur beim Klima, auch wenn dies heute Mode ist. Es wird nicht lange dauern, so kommt wieder eine neue moralistische Welle, welcher Sie auch wieder nicht folgen müssen, wenn Sie die Lebensfreude wahren wollen.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

«Neugier und Freude altern nicht.»

Danilo Zweifel
Leiter Kundenbetreuung und
Beratung Pensionskassengeschäft
zum selbstbestimmten Leben



Unfreiwillige Gegenspieler: Bundesanwalt Lauber, Aufsichts-Präsident Uster.

Linke und rechte Haken

Bundesanwalt Michael Lauber liefert sich mit Aufsichts-Chef Hanspeter Uster einen filmreifen Kampf voller Animositäten und Emotionen. Die Parlamentarier, die über Laubers Wiederwahl entscheiden, schauen irritiert zu. Doch Lauber ist selber schuld am Schlamassel. *Von Philipp Gut*

Hat da jemand gesagt, die Schweizer Politik sei langweilig? Sicher nicht in diesem Fall. Er hat alle Ingredienzen eines politischen Thrillers. Es geht um schillernde, teils weltbekannte Persönlichkeiten, konspirative Geheimtreffen, Macht und Gesetz. Das Einzige, was im Drehbuch bisher fehlt, ist eine weibliche Hauptrolle. Es ist eine Männerwelt; ein Kampf mit starken Egos und festgefühten Weltbildern, die nun krachend aufeinanderprallen. Auf der einen Seite steht der braungebrannte, smarte, rhetorisch glänzende, von sich selbst eingenommene Bundesanwalt Michael Lauber, der sich als resoluter Macher sieht und mit Vorliebe ins Rampenlicht und auf die internationale Bühne drängt.

Der Fall Fifa kam ihm da wie gerufen. Nichts garantiert weltweit grössere Schlagzeilen als dieser elektrisierende Mix aus dem populärsten Spiel des Planeten und seinen mächtigen, immer wieder – ob zu Recht oder Unrecht – in den Dunstkreis mafioser Machenschaften gerückten Spitzenfunktionären. Hier blühte Lauber auf, hier konnte er sich inszenieren

und sich mit Weltfussballer Gianni Infantino, mit dem er gemäss SMS-Verkehr per du ist, treffen. Doch über diese Zusammenkünfte droht er jetzt zu stolpern.

Dabei war es Laubers Pech, dass seit Anfang Jahr mit Hanspeter Uster ein neuer Präsident der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA) vorsteht. Uster hat sich, unfreiwillig, in kürzester Zeit zum gefährlichen

Es ist eine Männerwelt; ein Kampf mit starken Egos und festgefühten Weltbildern.

Gegenspieler von Lauber gemausert. Denn kaum war er im Amt, bestätigte sich nicht nur, dass sich Lauber zweimal ausserhalb jedes Protokolls mit Fifa-Präsident Infantino verabredet hatte; es wurde ein drittes Treffen publik, das die Bundesanwaltschaft zunächst nicht angeben hatte.

Verschärfend kam hinzu, dass sich sämtliche Beteiligten – Lauber, Infantino, André Marty,

der Sprecher der Bundesanwaltschaft (BA), und der Walliser Oberstaatsanwalt und Infantino-Intimus Rinaldo Arnold – nicht mehr daran erinnern wollten. Dieser kollektive Gedächtnisschwund ist das Dümme, was Lauber passieren konnte: Er lässt Raum für alle möglichen Spekulationen. Was haben die Chefs von BA und Fifa besprochen? Was war daran so brisant, dass sie es vergessen mussten? Kam es sogar zu einer Amtsgeheimnisverletzung, weil mit Arnold ja auch ein Aussenstehender daran teilnahm?

Der Maulwurf wühlt wieder

Diese Fragen riefen Hanspeter Uster auf den Plan, und der konnte nach Ansicht von Kennern gar nicht anders handeln, als er gehandelt hat. Am 10. Mai kündigte er «die Eröffnung einer Disziplinaruntersuchung betreffend Bundesanwalt Michael Lauber» an. Mit der Untersuchung sollen «mögliche Amtspflichtverletzungen des Bundesanwaltes innerhalb des Fifa-Verfahrenskomplexes disziplinarrechtlich geklärt werden». Bis zum

Abschluss der Untersuchung will sich Uster nicht mehr dazu äussern. Sein konsequentes Vorgehen hat in Bern manche verblüfft. Usters Vorgänger Niklaus Oberholzer (SP) führte die Aufsichtsbehörde im kollegialen Pas de deux mit Lauber, weshalb gewisse Politiker, wie die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala, nun ausrufen, unter Oberholzer wäre es nie zu jener Eskalation gekommen, die jetzt eingetreten ist. Die Beobachtung ist ebenso richtig wie kurzichtig. Hätte Uster denn einfach weggeschauen sollen? Dem standen sowohl die brisante Sachlage wie auch seine Persönlichkeitsstruktur entgegen. Weggefährten bescheinigen ihm ein ausgesprochenes Pflichtbewusstsein, das sich auch aus seiner Herkunft ableite.

Uster, Jahrgang 1958, wuchs als Protestant in katholischer Umgebung in Baar auf, und in der Diaspora habe sich die klassische protestantische Pflichtethik eben noch stärker entwickelt. Dahinter steht eine interessante Familiengeschichte: Usters Grossvater kam als Verdingkind in den Kanton Bern, wo er protestantisch erzogen wurde. Später kehrte er nach Baar zurück, aber seine Konfession und das Berndeutsch nahm er mit.

Die Biografie von Hanspeter Uster im Schnelldurchlauf: Der Vater war Metallarbeiter mit Traumberuf Schulhausabwart, doch das wurde ihm verweigert, weil er nicht zum katholischen Stamm gehörte. Haushalt ohne Bücher, der Sohn intellektuell, Vielleser auf eigene Faust, Kantonsschule Zug. Politisches Erweckungserlebnis: der Putsch von Pinochet gegen den Sozialisten Allende in Chile 1973. Eintritt in die Revolutionäre Marxistische Liga (RML). Kommunistische Wühlarbeit in der Jugendgruppe «Maulwurf». Jurastudium, Anwalt. 1986 Kantonsrat, 1990 Regierungsrat für die ideologisch gehäutete Sozialistisch-Grüne Alternative. Erfolgreiche Polizeireform.

Uster setzt linke Ausrufezeichen, wie die Weigerung, Ausschaffungen vorzunehmen. Beim Attentat von Friedrich Leibacher 2001 erleidet er einen Lungendurchschuss. Als man ihm im Spital den Lederkittel auszieht, fällt die Kugel herunter, die ihn von vorne nach hinten durchbohrt hat. Uster glaubt, es gehe zu Ende. Er überlebt. Drei Regierungskollegen sterben, zwei treten nicht mehr an. Uster geht in die nächste Runde. Wieder spielt die Pflicht eine Rolle: Nur nicht aufgeben, «jetzt braucht mich der Kanton», zuckt es ihm durch den Kopf. Rücktritt 2006. Wiedereinstieg als Anwalt, Kanzlei in Baar. Rasch wird er zu einem Experten für heikle Untersuchungen und komplexe Organisationsreformen im Justiz- und Polizeibereich. Mandate von SVP-Justizminister Christoph Blocher bis zum Tierquälerei-Fall Hefenhofen machen ihn zum Gutachter der Nation.

Auch wenn sich jetzt viele die Augen reiben angesichts des Showdowns zwischen Uster und Lauber, überraschen kann der Crash der so unterschiedlichen Charaktere nicht. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Bundesanwaltschaft, diese notorische Cowboy-Behörde, die in der Vergangenheit mit illegalen Doppelagenten, Drohfax-Affären, Lügengeschichten und spektakulären Fehlschlägen von sich reden gemacht hatte, den gestrengen Oberaufseher Uster alarmierte.

Dass ausgerechnet der Bundesanwalt selbst im Fokus der ersten scharfen Intervention von Uster steht, kann man diesem nicht anlasten. Das hat Lauber seinem eigenen Verhalten, in erster Linie seiner obsessiven Vergesslichkeit, zuzuschreiben. Parlamentarier sagen es deutlich: Wäre Lauber zum dritten Infantino-Treffen gestanden und hätte er betont, es habe sich im Rahmen der vorherigen bewegt, nur wisse er nicht mehr im Detail, was alles besprochen worden sei, wäre ihm die Sache nicht so um die Ohren geflogen.

Parteiungen spielen kaum eine Rolle

Noch mehr Drive erhält die ganze Geschichte, weil die Wiederwahl von Lauber ansteht. In hektischen Anhörungen haben sich letzte Woche sowohl die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wie auch die Gerichtskommission des Parlaments über den Fall gebeugt und die beiden Kontrahenten zu Anhörungen eingeladen. Das Ergebnis ist bekannt: Die auf die Sommersession terminierte Wahl wird verschoben. Was hinter den Kulissen passierte, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Für einmal spielen die politischen Parteiungen kaum eine Rolle. Spricht man mit Linken und Rechten, sind die Aussagen auf beiden Seiten disparat. Auch die Auftritte der beiden werden völlig unterschiedlich bewertet. Die einen sagen, Uster sei ungewohnt emotional und persönlich gewesen. Die anderen behaupten dasselbe von Lauber. In der GPK scheint man eher Sympathien für den Bundesanwalt zu hegen, während die Gerichtskommission vorsichtige Distanz zu ihm markiert.

Sicher ist: Die Nerven liegen blank. Auf Usters Ankündigung der Disziplinaruntersuchung reagierte Lauber seinerseits mit einer aggressiven Pressekonferenz. «Ich lüge nicht. Und ich verschweige auch nichts», wehrte er sich und ging zum Gegenangriff über. Die Kritik an ihm sei anmassend, und es sei «einfach nur absurd», die Frage seiner Leistung als Bundesanwalt auf sein Erinnerungsvermögen zu reduzieren. Er sprach von einem «Eingriff in die Unabhängig-

keit der Bundesanwaltschaft» und einer «heraufbeschworenen institutionellen Krise».

Einflussreiche Mitglieder der zuständigen Subkommission, der GPK und der Gerichtskommission neigen dazu, den Fall rein «strafprozessual» zu betrachten. Was sie meinen: Beim Bundesstrafgericht wurden in Sachen Fifa bereits Ausstandsbegehren eingereicht.

So werde sich auf gerichtlichem Weg klären, ob die Geheimtreffen von Lauber & Co. zulässig waren. Ein jüngst publiziertes Urteil im Geldwäschereifall Karimowa könnte da die Richtung weisen: Die Bundesstrafrichter sahen den fallführenden Staatsanwalt des Bundes als befangen an, der für ein Treffen nach Usbekistan gereist war. Nicht aber Bundesanwalt Lauber selbst, der ebenfalls an der Reise teilgenommen hatte.

Politiker, die sich eher auf die Seite Laubers schlagen, argumentieren so wie die Aargauer SP-Nationalrätin Yvonne Feri. Sie sagt auf Anfrage: «Ich habe keine Aussagen gehört, welche die fachliche oder persönliche Eignung des Bundesanwalts in Frage stellen würden. Jedoch scheint das Vertrauensverhältnis von der BA zur AB-BA gestört zu sein. Insofern gibt es Handlungsbedarf.»

Kritischer, auch selbstkritischer, beurteilt ihr Parteikollege Matthias Aebischer die Situation. Er forderte in einem Antrag in der Rechtskommission, dass die Arbeit der Bundesanwaltschaft und auch der Aufsichtsbehörde evaluiert werde. «Wir haben es zu lange schlittern lassen. Da müssen wir Politiker uns selbst an der Nase nehmen», so Aebischer. Der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner, Mitglied der Gerichtskommission, geht noch weiter und sagt: «Als Bundesanwalt muss man total integer sein.» In dieser Funktion dulde es «nichts». Für ihn ist Lauber zu weit gegangen.

Auch wenn juristisch alles in Ordnung sein sollte, stellt sich die politische Frage, ob der Wahlkörper, also die Vereinigte Bundesversammlung, einem Bundesanwalt noch vertraut, der sich an das dokumentierte Geheimtreffen mit Infantino partout nicht erinnern will und die Aufsicht frontal angreift, die es wagt, den Vorfall abklären zu lassen. Es scheint, dass Lauber, der ehemalige Darling der Presse, die Bodenhaftung im Rausch internationaler Flugzeugdiplomatie-Ermittlungen längst verloren hat. Mit seiner verunglückten Medienkonferenz hat der begnadete Selbstdarsteller den ohnehin schon bestehenden politischen Druck auf sich und seine Behörde noch erhöht. Während von allen Seiten linke und rechte Haken auf Lauber einprasseln, kann sich Hanspeter Uster zurücklehnen und entspannt die Ergebnisse der von ihm angestrebten Untersuchung abwarten. ○



«Es duldet nichts»: Frehner (SVP).



Selbstkritisch: Aebischer (SP).

Keller-Sutter lullt die Linken ein

FDP-Justizministerin Karin Keller-Sutter beschwört eine neue Allianz der Sozialpartner. Die von ihr vorgeschlagenen Massnahmen zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials enthalten viele Ideen der Linken. Dabei desavouiert sie sogar Parteikollegen. *Von Hubert Mooser*

Es war ein Sprung ins lauwarmer Wasser: Als Karin Keller-Sutter im Januar von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) übernahm, erbt sie auch die Anpassung des Waffengesetzes an die EU-Richtlinie. Das Referendum, mit dem sich vor allem die Schützenverbände gegen die Nachregistrierung von Ordonnanzwaffen, gegen die Kriminalisierung oder Enteignung von legalen Waffenbesitzern wehrten, war zustande gekommen. Keller-Sutter stieg mit Eifer in den Abstimmungskampf. Und die Abstimmung wurde wie erwartet ihr erster Erfolg: Die Stimmbürger nahmen die Revision des Waffengesetzes letzten Sonntag mit fast 64 Prozent Stimmenanteil an.

Dieser Sieg dürfte Keller-Sutter bei ihren künftigen europapolitischen Plänen erst recht befähigen. Denn hier will sie hoch hinaus. Das hat sie am Sonntag nach dem Urnengang durchblicken lassen. Der Abstimmungskampf sei intensiv gewesen. Das fördere jedoch den Zusammenhalt im Lande und zeige, dass die Schweizer souverän mitdiskutieren könnten, sagte sie. Souverän mitdiskutieren? Das hörte sich an, als wolle sie die Stimmbürger bereits auf die Abstimmung zur Begrenzungsinitiative der SVP einstimmen, welche die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangt. Der Bundesrat lehnt diese Initiative ab, Keller-Sutter will in den kommenden Wochen die entsprechende Botschaft vorlegen. Die Abstimmung wird aber erst 2020 über die Bühne gehen.

Parmelin legte sich mit Keller-Sutter an

Für die Justizministerin hat der Kampf gegen dieses Volksbegehren jedoch absolute Priorität; sie will die Vorlage zusammen mit den Sozialpartnern bodigen. Und dabei hat sie keinerlei Berührungängste. Am Mittwoch vor einer Woche präsentierte sie im Gespann mit SP-Bundesrat Alain Berset einen Massnahmenkatalog zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials – eine Art neues Teamwork der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Die bisherige Sozialpartnerschaft sei wegen des Streits um die flankierenden Massnahmen im letzten Jahr in die Brüche gegangen, gab sie zu verstehen: «Die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative hat gezeigt, dass ohne Unterstützung der Sozialpartner keine europapolitische Abstimmung gewonnen werden kann.» Mit dem Massnahmenkatalog wurde nun der neue Pakt besiegelt.



Beflügelt: Bundesräte Keller-Sutter (FDP), Berset (SP).

Für Störgeräusche sorgte, wie die FDP-Bundesrätin dabei Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) ausbootete. Wenn schon, wäre es an Parmelin gewesen, den Massnahmenkatalog vorzustellen. Das fällt in sein Aufgabengebiet. Doch der SVP-Bundesrat fehlte an der Pressekonferenz. Und als Keller-Sutter von einem Journalisten prompt gefragt wurde, weshalb sie diese Massnahmen vorstelle und nicht Parmelin, gab sie zurück, als Vorsteherin des Polizei-

Der Vizekanzler musste eingreifen und präzisieren, dass Parmelin auswärts Verpflichtungen habe.

und Justizdepartements sei sie für die Personenfreizügigkeit zuständig. Vizekanzler André Simonazzi musste intervenieren und präzisieren, dass Parmelin auswärts Verpflichtungen habe wahrnehmen müssen. Der Wirtschaftsminister nahm an der Eröffnungsveranstaltung der neuen Handelskammer Kosovo–Schweiz in Zürich teil. Für den Anlass waren einige kosovarische Regierungsmitglieder angereist.

Schon in den Wochen davor kam es wegen dieses Dossiers zum Streit zwischen Parmelin und Keller-Sutter. Dem Vernehmen nach hat der Wirtschaftsminister den ursprünglichen Plänen der Justizministerin eine Absage erteilt.

Keller-Sutter wollte die Förderung des Arbeitskräftepotenzials als grosses Gegenprojekt zur Begrenzungsinitiative präsentieren. Dem habe sich Wirtschaftsminister Parmelin erfolgreich widersetzt. In der Pressemitteilung des EJPD zum Thema fehlt denn auch der Link zur Begrenzungsinitiative. Den stellte Keller-Sutter bei ihren Ausführungen vor den Medien her.

Das von ihr und Berset präsentierte Massnahmenpaket sieht Aus- und Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer vor, um deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Es geht dabei auch um eine bessere Integration von anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und um finanzielle Zuschüsse für besonders schwer vermittelbare Flüchtlinge. Das Filetstück ist eine Überbrückungsrente für über sechzigjährige Arbeitnehmer, die von der Arbeitslosenkasse ausgesteuert wurden. Besonders diese Massnahme trägt die Handschrift des neuen Gewerkschaftsbundpräsidenten Pierre-Yves Maillard. Er hat als Regierungsrat eine solche Überbrückungsrente schon 2011 in der Waadt eingeführt.

Verbale Hiebe für Schneider-Ammann

Keller-Sutter hat sich mit diesem Programm weit nach links hinausgelehnt. Es mutet vor diesem Hintergrund ironisch an, dass die Linke sie vor acht Jahren nicht im Bundesrat

haben wollte. Sie galt während ihrer Zeit als Regierungsrätin wegen ihrer harten Gangart in der Asylpolitik als der «Blocher im Jupe». Das schreckte damals viele Linke ab. Bei der Nachfolgewahl für Bundesrat Johann Schneider-Ammann im Dezember 2018 war die SP plötzlich Feuer und Flamme für Keller-Sutter.

Dafür verstärkt sich jetzt bei rechtsbürgerlichen Kreisen der Eindruck, mit der St. Gallerin habe man sich eine Art trojanisches Pferdchen der Linken eingehandelt.

Sie selber verstärkt diesen Eindruck noch zusätzlich durch Äusserungen und Manöver im Hintergrund. So macht sie mit der Linken Front gegen den eigenen Parteikollegen, also Aussenminister Ignazio Cassis. Der Tessiner und die St. Gallerin seien sich über das Vorgehen beim Rahmenabkommen uneins, heisst es in Bern. Es passt auch perfekt ins Bild, wenn Keller-Sutter den bei der SP verhassten früheren Wirtschaftsminister und Parteikollegen Johann Schneider-Ammann wegen der von ihm jahrelang propagierten Fachkräfteinitiative öffentlich abfertigt. Diese habe nie wirklich Konturen angenommen, «um das einmal zurückhaltend zu formulieren», sagte Keller-Sutter. Selten hat sich ein Bundesrat in der Öffentlichkeit so abschätzig über ein anderes früheres Regierungsmitglied geäussert.

Starkes Signal?

FDP-Nationalrat und Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler nimmt die eigene Bundesrätin in Schutz: «Viele der aktuell präsentierten Massnahmen sind keine linken Forderungen, sie werden schon lange breit diskutiert», betont der Zürcher Liberale. Die Gewerkschaften haben aber vor allem die Überbrückungsrente eingebracht, das eigentliche Herzstück der gesamten Vorlage. Es stellt sich die Frage: Was hat Keller-Sutter dafür von den Linken bekommen? Für SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi dienten die ganzen Manöver dazu, eine Allianz zu schmieden, um die Begrenzungsinitiative zu versenken, aber gleichzeitig das umstrittene Rahmenabkommen durchzuboxen. Kein Wunder, reagierte Keller-Sutters FDP irritiert auf den von der eigenen Bundesrätin geplanten Sozialausbau ohne Entgegenkommen der Linken beim Rahmenvertrag. Die präsentierten Massnahmen seien «unbedingt» in eine europapolitische Gesamtschau einzubetten. In diese Betrachtung gehöre insbesondere das für den Erhalt der Bilateralen unerlässliche Rahmenabkommen, so die FDP.

Und was sagt Keller-Sutter dazu? Es sei ein starkes Signal, dass die Sozialpartner wieder miteinander redeten, meinte sie bei der Präsentation des Massnahmenpaketes zur Förderung des Arbeitskräftepotenzials. Ein starkes Signal? So kann man das auch sehen, wenn man seine Trümpfe vorzeitig ausspielt und am Ende bloss noch mit ein paar leeren Karten dasteht.

Schweiz

Verschärfung in zaghaften Schritten

Vorläufig aufgenommene Asylbewerber sind vom Heimreiseverbot für Flüchtlinge nicht betroffen. Wann greift der Bundesrat auch hier endlich durch?

Seit Jahren regt sich die halbe Schweiz darüber auf, dass Asylsuchende zeitweilig in ihre Heimatstaaten zurückreisen. Aber bis heute ist es dem Bundesrat nicht gelungen, diesem grotesken Treiben definitiv den Riegel zu schieben. So hat das Parlament in der Wintersession 2018 das Heimreiseverbot für Flüchtlinge verschärft. Vorläufig aufgenommene Asylbewerber sind davon aber nicht betroffen. Es braucht hier eine separate Regelung. Laut Staatssekretariat für Migration (SEM) arbeitet der Bundesrat an der Umsetzung einer Motion von CVP-Präsident Gerhard Pfister, die ein Heimreiseverbot für vorläufig Aufgenommene vorsehe.

Häufige Reisen in Nachbarstaaten

Bei dieser Kategorie handelt es sich um Asylbewerber, die zwar kein Asyl erhalten, aber trotzdem in der Schweiz bleiben dürfen, weil die Heimreise in ihren Herkunftsstaat nicht möglich, nicht zumutbar oder nicht zulässig ist. Aber auch sie fliegen zwischendurch gerne in die Heimat zurück, in die sie offiziell nicht zurückgeführt werden können, weil das nicht zumutbar oder zu gefährlich ist – manchmal sogar mit offizieller Bewilligung des SEM, wie man im Vorstoss von Pfister nachlesen kann.



«Nicht nachvollziehbar»: CVP-Präsident Pfister.

Dabei haben Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, anders als anerkannte Flüchtlinge, keinen Anspruch auf Reisen ins Ausland. Diese können vom SEM aber in begründeten Fällen ausnahmsweise erlaubt werden. Und es gibt viele begründete Fälle. 2017 wurden von vorläufig Aufgenommenen 2352 Gesuche für Auslandsreisen eingereicht, davon bewilligte das SEM 886. 2018 kamen 2484 Gesuche herein, 1101 wurden gutgeheissen. Die meisten Reise gesuche stellten vorläufig aufgenommene Asylbewerber aus Afghanistan, Syrien, Somalia, dem Irak und dem Kosovo.

Laut SEM werden vor allem Reisen in Länder beantragt, in denen eine grosse Diaspora der jeweiligen Nationalität besteht. Das sind häufig auch die Nachbarstaaten der Heimatländer, zum Beispiel der Iran oder Pakistan im Fall

Letztes Jahr kamen 2484 Gesuche herein, 1101 wurden gutgeheissen.

von Asylsuchenden aus Afghanistan oder Äthiopien bei vorläufig Aufgenommenen aus Somalia. Wie viele über die Nachbarstaaten in ihre Heimatstaaten zurückreisen, darüber hat niemand einen Überblick. Gesuchen für Heimreisen von vorläufig Aufgenommenen hat das SEM in der Praxis nach eigenen Angaben nur zurückhaltend entsprochen, etwa bei schwerer Krankheit oder beim Tod von Familienangehörigen.

Der Bundesrat lässt sich viel Zeit

Nun soll, gestützt auf die Motion Pfister, auch für vorläufig Aufgenommene das Heimreiseverbot verschärft werden. «Es ist nicht nachvollziehbar, dass Personen, die in der Schweiz Schutz suchen und von der Schweiz vorläufig aufgenommen werden, in ihr Heimatland zurückreisen können», begründete der CVP-Präsident seinen Vorstoss. Für Pfister muss jegliche Reise in den Heimatstaat die sofortige Aufhebung der vorläufigen Aufnahme zur Folge haben. So weit ist es noch nicht. Die Motion wurde zwar schon in der Sommersession 2016 von National- und Ständerat angenommen. Der Bundesrat hat sich jedoch für die Ausarbeitung der Gesetzesgrundlage viel Zeit gelassen – obschon das Thema in der Öffentlichkeit ein ständiger Aufreger ist. (hmo)

Fussball ist Wahnsinn

Alle reden über GC, aber fast niemand kennt den neuen Präsidenten Stephan Rietiker. Der Arzt und Medtech-Unternehmer, der in den USA aufgewachsen ist, sagt, was er denkt. Gegen die Hooligans müsse die Politik Härte zeigen. Das EU-Rahmenabkommen sei verheerend für die Schweiz. *Von Roger Köppel und Nathan Beck (Bild)*

Den neuen Präsidenten des Grasshopper Club, einst die absolute Schweizer Nobeladresse im Fussballsport, treffen wir nicht auf dem Zürichberg. Früher hätte man die Lage wohl im Hotel «Dolder» oder im Hotel «Baur au Lac» erörtert.

Wir aber treffen uns in den allerdings eleganten Räumen einer Zürcher PR- und Strategieberatung, diskret an einer Wiese hinter dem Zürcher Paradeplatz gelegen. Die Stimmung ist locker, geschäftsmässig. Die Dramatik der letzten Tage ist Stephan Rietiker nicht anzumerken. Der neue GC-Chef ist seit bald zwei Monaten im Amt.

Orgasmus des Meistertitels

Rietiker ist Arzt, Spitzenmanager, Sanierer, Unternehmer. Alles an ihm wirkt vernünftig, wohlüberlegt. Er ist die wandelnde Gegenthese zu jener Sphäre, in die er sich jetzt hineinwagt.

Fussball ist verrückt, irrational, übertrieben, hochgepeitscht und vollgedröhnt mit Emotionen. Das Mass des Fussballs ist das Unmass. Gestandene Männer werden zu Teenagern. Erfolgreiche Unternehmer, die rechnen können, werfen Millionen zum Fenster raus, nur um als Klubpräsidenten einmal im Leben die flüchtige Ekstase zu erleben, die einem offenbar das Hochstemmen eines Meisterschaftspokals verschafft.

In diesem Geschäft des entfesselten Wahnsinns ist der Walliser Christian Constantin vermutlich noch der Vernünftigste, weil er seinen Fussball-Wahnsinn voll, aber kontrolliert auslebt.

Bei Rietiker gibt es nicht einmal die Aussicht auf den Orgasmus eines Meistertitels. Er übernahm den Klub fast am Tiefpunkt von dessen Geschichte, kurz vor dem Abstieg, der inzwischen Tatsache wurde. Unter den Präsidenten ist er eine Art Schmerzensmann, der Masochist. Man könnte aber auch sagen: ein Idealist. Der mutigste Mann der Schweiz.

Was ist das für einer, der sich so etwas antut?

Rietiker kommt ins Erzählen. Sein Leben begann vor 62 Jahren in den USA. Seine Eltern, beide Schweizer, heirateten in Kanada, danach arbeitete der Vater als Architekt in den Vereinigten Staaten. Bis zu seinem 6. Lebensjahr lebte und redete Stephan – «Steve» – Rietiker amerikanisch. Seit damals verbindet ihn eine Faszination mit seiner alten zweiten Heimat.

Kindheit in den USA

Was ist die wichtigste Prägung? «Die Amerikaner können ohne Vorbereitung aufstehen und

drei Minuten lang über ein Thema vernünftig reden», sagt Rietiker, «und vor allem können sie einem Nichtamerikaner ihr Land in ein paar einprägsamen Sätzen erklären.» Das habe seine Mutter auch von ihm immer wieder verlangt. Hinstehen, seinen Standpunkt vertreten – das sei amerikanisch.

Die Rietikers sind eine solidschweizerische Familie aus der Gemeinde Maur. Der Grossvater war Schreiner, Hobbyschwinger und Mitglied der BGB, der Vorgängerpartei der SVP. Rietikers Vater wirkte «aus Familientradition» bei der SVP, als Gemeindepräsident von Maur und Kantonsrat. Obwohl den Eltern das Leben in den USA gut gefallen habe, kehrten sie in die Schweiz zurück. Warum? «Weil ihnen bewusst wurde, dass man als Ausländer von den Amerikanern bei aller Offenheit immer zu spüren bekommt, dass man keiner von ihnen ist.»

EU? Nein danke

Rietiker studierte Medizin in Zürich, arbeitete am Uni-, am Triemli-Spital, wurde dann aber recht schnell bei Roche für die Wirtschaft rekrutiert. Parallel lief sein Einstieg in die Politik. «Ich ging zuerst zur FDP. Die SVP war

«Immer wieder wollte man mich in die FDP ziehen, aber die ist mir einfach zu verwässert.»

mir etwas zu hemdsärmelig», erzählt er, «aber bei der FDP störte mich, dass da mehr geredet als gehandelt wurde.» Auf die FDP folgte, wie er sagt, seine «rebellische Phase». Er ging in die Autopartei, die als Reaktion auf die Hysterie ums Waldsterben gegründet wurde. Inzwischen sei er, «auf Befehl meiner Frau», Mitglied bei der SVP geworden. Und ergänzt: «Immer wieder wollte man mich in die FDP ziehen, aber die ist mir einfach zu verwässert.»

Rietiker machte sich einen Namen als Sanierer von Sulzer Medica/Centerpulse. «Das war eine Nahtoderfahrung», erzählt er, «wir mussten das Unternehmen buchstäblich vor dem Untergang retten.» Später leitete er erfolgreich die Medtech-Firma Lifewatch mit Sitz in Zug und operativem Hauptsitz in Chicago. 600 Mitarbeiter und knapp 120 Millionen Franken Umsatz.

Ist es ein Problem, dass ein bekennender SVPLer im freisinnigen Nobelklub GC die Fussballsektion führt? Rietiker schmunzelt

die Frage weg. Klar, im Zentralpräsidium sei es nicht wie an einem *Puurezmorge*, doch für Befindlichkeitsmessungen sei angesichts der Probleme keine Zeit.

Bevor wir seine Konzepte für den Fussball besprechen, kommen wir aufs EU-Rahmenabkommen. Rietiker arbeitet in einer Branche, die mit am lautesten nach diesem Vertrag schreit, der die Schweiz unter die Fuchtel Brüssels bringen möchte. Er selber ist dezidiert dagegen.

Er findet das Abkommen verheerend für die Schweiz, verheerend aber auch für seinen



Mutigster Mann der Schweiz? GC-Präsident Rietiker.

Medizinaltechnikbetrieb. «Wir dürfen uns von der EU doch nicht die Industrienormen diktieren lassen.» Die EU verfolge die Absicht, der Schweiz politisch, wirtschaftlich, unternehmerisch dreinzureden, «und die EU schaut am Ende für die EU und nicht für die Schweiz».

Die von Branchenkollegen an die Wand gemalten Gefahren sieht er nicht. Ob man nun einmal oder zweimal eine Produktzulassung für die EU durchführen müsse, sei doch vollkommen irrelevant, das könne die Schweiz möglichst unbürokratisch selber regeln. Gefährlich aber sei es, sich von der EU die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft diktieren zu lassen. «Die müssen wir selber festlegen, und zwar so, dass sie nicht gleich, sondern besser sind als in der EU.»

Wie ein Arzt, der eine Diagnose stellt

Wo er auch immer hinkomme, ob Indien oder China, überall lobe man die Schweiz dafür,

dass sie «nicht in der EU» sei, dass sie an ihrer Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit festhalte. Und jetzt, fährt er fort, könne die Schweiz sogar mit den USA ein Freihandelsabkommen schliessen, und zwar vor der EU: «Wir glauben doch nicht, dass Trump mit der Schweiz einen Deal machen würde, wenn ihm die Schweiz nicht passt?» Gerade weil sie ausserhalb der EU geblieben sei, sagt Rietiker, gebe es diese Chance mit den USA.

Rietiker sagt es nüchtern, wie ein Arzt, der eine Tumordiagnose stellt: «Wir sollten uns nicht an die EU ketten. Die EU ist wirtschaftlich auf dem Abstieg. Das Wachstum findet in den USA und in Asien statt. Daran muss sich die Schweiz orientieren.» Wie erklärt er sich, dass Politik und Teile der Wirtschaft das Gegenteil predigen? «Leider werden wir von der Politik immer öfter angelogen.»

Seine Pläne sind unkonventionell. Nicht alle im Zentralvorstand frohlockten, als er den früheren Präsidenten und den früheren Sport-

chef des weit erfolgreicherer Erzrivalen FC Basel bezog. «Man kann nicht mit den gleichen Leuten weiterwursteln und glauben, so gebe es Erfolg», sagt der GC-Präsident. Die Professionalität müsse gesteigert werden: «Ein Profi-Klub kann nicht wie ein Amateur-

Von den Amerikanern habe er gelernt, dass man immer einen «Deal» machen müsse.

verein geführt werden.» Er selber arbeite auf seine baldige Überflüssigkeit hin: «Das habe ich immer so gemacht: Die besten Leute anstellen, damit es mich irgendwann nicht mehr braucht.»

Wird Rietiker Erfolg haben? Das weiss niemand. Aber ein ungewöhnlicher Präsident ist er nur schon deshalb, weil er sagt, was er denkt. Nach dem unrühmlichen Abstieg, als GC-Hooligans in Luzern den Spielbetrieb lahmlegten, um die Spieler zu demütigen, prangerte Rietiker die Politik an. Die Polizei bekomme von den Behörden zu wenig Unterstützung. Die Zürcher Stadtregierung war alles andere als amüsiert.

Er trifft einen wunden Punkt. In der Schweiz werden Parksünder viel härter angefasst als Fussball-Hooligans mit Neonazi-Hintergrund. Rietiker redet nicht wie einer, der das tolerieren will. Er findet es schon störend, dass mit Blick auf die Polizei das Wort «Repression» fällt. «Repression ist für mich ein linker Kampfbegriff», sagt Rietiker. Er fordere nicht «Repression» von der Polizei, so würden nur Leute reden, die in der Polizei ein Instrument der Unterdrückung sähen. Er will, dass «die Polizei einfach ihren Job macht und Leute, die im Stadion die Sicherheit gefährden, einpackt und hinter Gitter bringt».

Endlich gesunden

Von den Amerikanern habe er gelernt, dass man immer einen «Deal» machen müsse, eine «Win-win-Situation» für alle. «Man darf schlitzohrig sein, aber lügen und betrügen, das darfst du nicht, da sind sie knallhart.»

Wo liegt das tiefere Problem bei GC? Wie war ein solcher Absturz überhaupt möglich? Rietiker ist noch nicht fertig mit seiner Analyse, aber gewisse Fehlentwicklungen seien ihm klar. Man habe bei Problemen zu lange zugeschaut und den Verein um Einzelpersonen herum gebaut. Es habe zu viel Geld gegeben, das verleite zu Dummheiten. Jetzt brauche es halt einen, der die unpopulären Entscheidungen trifft.

Rietiker steht auf, um den Fotografen zu treffen. Wird auch ihn, den nüchternen Arzt und Vernunftunternehmer, irgendwann der Fussball-Wahnsinn packen? Rietiker winkt ab. Der Abstieg sei für GC eine grosse Chance, endlich zu gesunden. ○





Die Branche operiert gerne mit grossartigen Zahlen.

Preis des Gewissens

Wer sich von seinen Klimasünden freikaufen will, kann auf ein breites Angebot zurückgreifen. Die gleiche Tonne CO₂, die beim Luxus-Dealer bis zu 90 Franken kostet, ist beim Discounter für 5 Franken zu haben. Wohin das Geld fliesst, ist in beiden Fällen nebulös. *Von Alex Baur*

Die grossen Airlines bieten den Service gleich beim Kauf von Tickets an. Wer vom Klimagewissen geplagt wird, kann sich mit einem Mausclick Erleichterung verschaffen. Bei einem Flug mit Swiss nach Los Angeles hin und zurück (1,3 Tonnen CO₂) werden dann zusätzlich 31 Franken berechnet, welche direkt an die NGO Myclimate fliessen. Für Business-Class-Passagiere wird ein Zuschlag von 66 Franken fällig, in der First Class kostet es zusätzlich 98 Franken.

Preisbewusste Konsumenten könnten nun auf die Idee kommen, die CO₂-Kompensation direkt und aus erster Hand bei Myclimate einzukaufen. Eigentlich müsste das ja günstiger sein. Doch weit gefehlt, das Gegenteil ist der Fall. Derselbe Flug nach Los Angeles kostet an der Quelle 104 Franken (Economy Class), 200 Franken (Business Class) oder 312 Franken (First Class) Klimabusse – also dreimal mehr als beim Wiederverkäufer Swiss. Für besonders Reumütige hält Myclimate darüber hinaus eine nochmals dreimal teurere Luxusvariante bereit: «Kompensation mindestens zur Hälfte in der Schweiz». Für First-Class-Sünder macht das dann 975 Franken.

Diese Preisspanne für dasselbe Produkt ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Swiss die Myclimate-Tonne CO₂, die im Direkt-

verkauf mindestens 29 Franken kostet, für 24 Franken verkauft. Zum andern liegt es daran, dass Myclimate den CO₂-Ausstoss fast dreimal höher berechnet als die Luftfahrtgesellschaften. Denn gemäss einer – freilich umstrittenen – Theorie soll die Fliegerei die Atmosphäre dreimal stärker belasten als andere Klimafrevler.

Enorme Preisspanne

Vielleicht hat es aber auch allein mit Marketing zu tun. Nur Aficionados kaufen direkt bei Myclimate ein. Sie bezahlen gerne etwas mehr. Bei den Airlines fallen dagegen eher Zufallskunden an, bei denen das schlechte Gewissen noch nicht so gefestigt ist. Durch ein Discountangebot sollen sie erst mal auf den Geschmack des klimasorgenfreien Fliegens gebracht werden. Da höchstens einer von hundert Fluggästen kompensiert, will man den Bogen nicht überspannen.

Schaut man sich auf dem deutschen Markt um, findet man auf der Website der Stiftung Warentest für «gut» befundene Angebote zwischen 5 und 23 Euro pro Tonne CO₂. Sowohl die Anbieter Klima-Kollekte und Atmosfair (23 Euro) für gehobene Ansprüche wie auch der Discounter Primaklima (15 Euro) erhalten das Prädikat «sehr gut». Myclimate

(22 Euro) schneidet dagegen nur mit «gut» ab, aber dafür bekommt man noch etwas Swissness mitgeliefert. Der Superdiscounter Klima-Manufaktur (5 bis 12 Euro) zielt dagegen mit «ausreichend» auf die kostenbewusste Klientel.

Die enorme Preisspanne hat letztlich auch damit zu tun, dass die CO₂-Kompensation alles andere als eine exakte Wissenschaft ist. Zwar operiert die Branche gerne mit grossartigen Zahlen. Scrollt man etwa durch die Webseiten von South Pole – einem CO₂-Dealer, der seinen direkten Draht zur ETH Zürich anpreist –, könnte man fast euphorisch werden. Zwanzig Millionen Menschen will die weltweit vernetzte NGO schon mit Klimaprojekten im Wert von über 15 Milliarden Dollar beglückt haben. «Unsere Projekte erzeugen bisher mehr als 140 000 GWh erneuerbare Energie», ist da zu lesen, «das entspricht ungefähr 50 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs des Vereinten Königreichs.» Von 12 Billionen Dollar ist die Rede, welche im Rahmen der Uno in den nächsten zehn Jahren fürs Klima umverteilt werden sollen. Die Realität sieht freilich etwas nüchterner aus.

Untersucht man die konkreten Projekte der verschiedenen Anbieter genauer, sind sie meistens nach demselben Muster gestrickt: Solar-

kocher, Biogasanlagen oder Kochstellen für Kleinbauern, Kleinwasserkraftwerke, Windmühlen, Forstprojekte oder Kläranlagen für arme Gegenden in Entwicklungsländern. Gemeinsam ist den Projekten, dass sie im kleinen Rahmen stattfinden und eine starke soziale Komponente aufweisen – klassische Dritte-Welt-Entwicklungshilfe eben, die sich selber lieber «Entwicklungszusammenarbeit» nennt und früher dieselben Projekte unter den Labels «Armut», «Frauen», «Gesundheit» oder «Kinder» verkaufte.

80 Prozent für Bürokratie

Allerdings ist es unmöglich, das theoretisch errechnete Einsparungspotenzial von CO₂ an der Realität zu messen. Solarkocher klingen gut, doch kein Mensch richtet seine Essgewohnheiten nach der Sonne aus und fastet, wenn sie mal gerade nicht scheint (was auch im Süden öfter vorkommt, als man denkt). Der Schreibende hat sich einmal die Mühe gemacht, das grossangelegte Qori-Q'oncha-Projekt von Myclimate im abgelegenen peruanischen Weiler Umanes vor Ort zu inspizieren. Über 100 000 Holzkocher sollen angeblich im Rahmen des Projektes in ganz Peru eingerichtet worden sein. Wie sich zeigte, war nach vier Jahren kein einziger der 46 in Umanes installierten Kocher mehr vorhanden. Nichts weist darauf hin, dass es anderswo besser war («Sündenmeilen», *Weltwoche* Nr. 19/14).

Wie die Schweizerische Lauterkeitskommission bereits vorher festgehalten hatte («Unlautere Klima-Propaganda», *Weltwoche* Nr. 48/11) dürften die Holzöfen von Qori Q'oncha auch kaum CO₂ eingespart haben, selbst wenn das Projekt funktioniert hätte. Stossend, aber geradezu klassisch für die NGO-Branche war sodann die Tatsache, dass über 80 Prozent der Spendengelder auf dem Weg zu den Indio-Bauern in einer kafkaesken

Bürokratie – Marketing, Zertifizierung, Controlling, lokale Trader – versickert waren. Allein für die eigene Verwaltung zweigt Myclimate Ausgaben in Höhe von rund 20 Prozent des Budgets ab, weitere 15 Prozent flossen gemäss dem Jahresbericht 2017 in die «Klimabildung» an den Volksschulen. Damit lassen sich wohl künftige Spender anwerben, ob CO₂-Emissionen verhindert werden, erscheint zumindest fraglich.

Zu den Klienten der CO₂-Trader gehören neben Privaten und Firmen auch öffentliche Verwaltungen. Seit 2006 wird im Rahmen des Rumba-Projektes Buchhaltung geführt über die Umweltbelastung aller 59 Verwaltungseinheiten des Bundes. Ziel ist eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis Ende 2019. Gemäss dem letzten Bericht (2016) wurden bislang bloss 13 Prozent erreicht. Überall wurde gespart, ausser bei der

Die Bundesverwaltung ist dazu übergegangen, ihre Flugsünden mit CO₂-Zertifikaten zu kompensieren.

Fliegerei: Hier gab es eine satte Zunahme um 16 Prozent, beim Aussendepartement gar von 32 Prozent. Zwar fliegen nur noch 23 Prozent der Beamten Business – zehn Jahre zuvor waren es noch 59 Prozent –, doch das reicht nicht.

Die Bundesverwaltung ist deshalb dazu übergegangen, ihre Flugsünden zusehends mit CO₂-Zertifikaten zu kompensieren. Damit lassen sich die Emissionen auf dem Papier um mehr als die Hälfte reduzieren. 2016 kaufte die Verwaltung insgesamt 19 166 Tonnen CO₂ bei diversen NGOs ein, 2017 waren es 23 029 Tonnen und im letzten Jahr bereits 26 968 Tonnen. Prognosen für das laufende Jahr mochte Annetta Bundi, Sprecherin des Bundesamtes für Umwelt, noch keine machen.

Nichts weist allerdings darauf hin, dass der Trend nach oben gebrochen wird.

Das Problem der Kompensation: Sie mag die Statistik verschönern und die gewissengeplagten Beamten und Politiker besser schlafen lassen, doch es ist letztlich der Steuerzahler, der für ihre Klimasünden aufkommt. Juristisch heikel ist zudem der Goodwill-Faktor, der bei der freiwilligen Kompensation stets mitschwingt. Bei den vom Bund unterstützten Projekten von Myclimate, First Climate und South Pole (Schweiz), Atmosfair (Deutschland) und Tricorona Climate Partner (Schweden) ist nämlich nie klar, wie viel Geld effektiv in die Minderung von CO₂ fliesst und wie viel durch soziale Anliegen begründet wird. Auf die Frage, warum das Geld nicht direkt in klimafreundliche Projekte des Deza fliesse, erklärte Bundi: «Die Kompensationen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Vorbildfunktion der Bundesverwaltung.»

Bund verhandelt vorbildlich

Es ist denn auch ein Staatsgeheimnis, wie viel Steuergelder der Bund für CO₂-Kompensationen ausgibt. Die Verwaltung verweigert mit Verweis auf den Datenschutz jede Auskunft. Über Umwege lässt sich der ungefähre Betrag allerdings eruieren. Im letzten Februar schrieb die Bundesverwaltung nämlich den Einkauf von CO₂-Zertifikaten für die nächsten drei Jahre im Betrag von 510 000 Franken nach den WTO-Richtlinien aus. Geht man aufgrund der bisherigen Werte und Trends von rund 100 000 Tonnen aus, ergibt dies rund 5 Franken pro Tonne. Gemessen an den 29 bis 90 Franken, die Myclimate seinen Privatkunden für die gleiche Tonne abknöpft, ist das ein Super-Discount-Preis. Der Bund scheint für einmal vorbildlich verhandelt zu haben, auch wenn er das lieber verschweigt. ○

Was bringt 5G? Wie sicher ist es? 33 Fragen – und Antworten.

Diese Woche:
Das neue Mobilfunk-Netz im Test.



www.handelszeitung.ch | Kostenloser Newsletter | Jeden Donnerstag am Kiosk | Als mobile App für iPad und iPhone | Digital-Abo zum Kennenlernen

Zur Wirtschaft. Zur Sache.

Handelszeitung

«Ich war immer Anti-Nationalist»

SP-Nationalrat Corrado Pardini ist der lauteste Kritiker des Rahmenabkommens von links. Die Personenfreizügigkeit verteidigt er trotzdem. Dass offene Grenzen und ausgebauter Sozialstaat nicht zusammengehen würden, weist er zurück. *Von Erik Ebnetter*

Corrado Pardini hat ein verrücktes Wochenende hinter sich, als er am Montagmorgen das Restaurant «Da Keli» in Bern betritt. «Ich musste 53 werden, um an einem Abstimmungssonntag bei allen Vorlagen auf der Gewinnerseite zu stehen, national wie kantonal», sagt er. «Politik ist eben ein Marathon, und ein langer Atem zahlt sich aus.» Er ist sichtlich beschwingt und hat das nächste Etappenziel schon vor Augen: der SVP die Meinungsführerschaft in der Europapolitik abzunehmen.

Herr Pardini, Ihre Losung in der Debatte um das Rahmenabkommen lautet: «Ja zu Europa, Ja zu mehr Lohnschutz». Wie erklären Sie das den Arbeitern, die Sie vertreten?

Die Frauen und Männer, für die ich Politik mache, wissen ganz genau, was ich meine. «Ja zu Europa» heisst: Die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union ist gut für uns, wirtschaftlich, sozial, kulturell. In offenen Gesellschaften lebt man besser. Und wir sind ein Teil von Europa. Die Bilateralen erlauben schweizerischen Unternehmen, unkompliziert Fachkräfte auf dem ganzen Kontinent zu rekrutieren. Das sichert die wirtschaftliche Prosperität, also auch die Jobs der Einheimischen.

Sie klingen ja fast wie ein Wirtschaftsvertreter.

Warten Sie! Einige Unternehmen versuchen ihre Profite zu erhöhen, indem sie die Personenfreizügigkeit missbrauchen und Dumpinglöhne zahlen. Um das zu unterbinden, haben wir seinerzeit die berühmten flankierenden Massnahmen eingeführt. Diese müssen wir nicht nur verteidigen, sondern ausbauen. Also: «Ja zu mehr Lohnschutz». Politisch und sozial ist das die richtige Lösung.

Das sehen längst nicht alle Arbeiter so.

Früher haben auch manche Gewerkschafter geglaubt, ein geschlossener Arbeitsmarkt schütze die Arbeiterinnen und Arbeiter. Aber das stimmt nicht.

Nicht?

Nein. Ich arbeite seit 1987 als Gewerkschafter und habe beides erlebt: das Regime mit den Saisoniers und der Kontingentierung – und das Regime mit der Personenfreizügigkeit. Was ich mit Sicherheit sagen kann: Das alte Regime war klar schlechter.



«Unsere Sozialversicherungen profitieren von der Einwanderung»: Gewerkschafter Pardini.

Wie zeigt sich das?

Das Saisonierstatut hatte üble Folgen für den gesamten Arbeitsmarkt. Die Löhne waren tief, weil die Saisoniers keine Möglichkeit hatten, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern oder einen besseren Job anzuneh-

men. Sie waren in Geiselhaft. Und das hat die Löhne und Rechte aller gedrückt, auch der Alteingessenen.

Wer das Saisonierstatut schlecht findet, muss ja nicht gleich für die Personenfreizügigkeit sein.

Die Personenfreizügigkeit bewirkte noch ganz andere Dinge, zum Beispiel den Familiennachzug, der für mich ohnehin ein Menschenrecht ist. Ein gutausgebildeter Stuckateur aus Spanien, 35-jährig, verheiratet, zwei Kinder, käme sicher nicht in die Schweiz, wenn er seine Familie nicht mitnehmen könnte.

Das wäre für einheimische Stuckateure, die Sie als Gewerkschafter vertreten, ja nicht nur schlecht.

Um unser Wohlstandsniveau zu halten – und dazu gehört auch eine tiefe Arbeitslosigkeit –, müssen wir Produkte herstellen, die eine hohe Wertschöpfung haben. Und diese Wertschöpfung erreichen wir nur mit den besten Leuten aus Europa, in manchen Branchen sogar nur mit den besten aus der ganzen Welt. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Die Personenfreizügigkeit nützt den Arbeiterinnen und Arbeitern, weil sie den Wohlstand sichert – solange dabei die Löhne nicht unter Druck kommen. Darum: «Ja zu Europa, Ja zu mehr Lohnschutz».

Die EU will die flankierenden Massnahmen aber gar nicht mehr. Die beiden Ziele, die Sie formulieren, lassen sich nicht vereinbaren.

Das stimmt nicht. Ich stelle fest: Wir konnten die flankierenden Massnahmen in den letzten zehn Jahren ausbauen, und es gibt keine Klage und schon gar kein Urteil, die uns diese Ausbauschritte streitig machen. Der Trend in der EU geht ohnehin in Richtung mehr Lohnschutz. Viele sehen in der Schweiz ein Vorbild.

Warum bekämpfen Sie denn das Rahmenabkommen?

Ich kämpfe für ein besseres Rahmenabkommen. Wenn ich zusammenfassen müsste, was in den letzten zwölf Monaten geschehen ist, würde ich sagen: Es war ein sozialpolitischer Putschversuch der FDP. Bundesrat Cassis verkündete vor seiner Wahl, er werde den Reset-Knopf in der Europapolitik drücken. Man wusste nicht recht, was er damit meinte. Jetzt wissen wir es: Er will den Lohnschutz massiv lockern.

Die Schweiz bot an, über den Lohnschutz zu verhandeln?

Ich weiss von internen Quellen, dass die Schweiz der EU bei der Unionsbürgerrichtlinie weiter hätte entgegenkommen sollen. Das lehnte der Chefunterhändler von Cassis ab, bot aber an, über den Lohnschutz zu reden. Cassis überschritt damit die rote Linie des Bundesrats. Nun sagt er, das ominöse Protokoll, bei dem es um die flankierenden Massnahmen geht, sei lediglich ein Vorschlag der EU. Die EU betonte hingegen mehrmals, es handle sich dabei um eine gemeinsame Position. Mit anderen Worten: Eine Seite lügt.

Und Sie sagen, Cassis lüge?

Ich sage, dass ich der EU in dieser Frage mehr glaube als diesem Bundesrat. Alles deutet darauf hin, dass Cassis einen sozialpolitischen Putschversuch unternahm.

Weshalb hätte er das tun sollen?

Die SVP will keine flankierenden Massnahmen, sie ist gegen Gesamtarbeitsverträge und möchte die Gewerkschaften schwächen. Das hat sie immer wieder deutlich gemacht, zuletzt an einer grossen Medienkonferenz der Parteispitze mit Thomas Aeschi und Magdalena Martullo.

Was hat das mit Cassis zu tun?

Er steht für den rechten, neoliberalen Flügel der FDP. Und welcher Partei verdankt er seine Wahl in den Bundesrat?

Sie werden die SVP meinen ...

Ich kann mich gut erinnern, wie die SVP nach der Wahl verkündete: «Das ist unser Bundesrat!» Und wenn ich jetzt all diese Indizien bewerte, komme ich zum Schluss, dass Bundesrat Cassis einen Hintergedanken verfolgt: Er will, im Bündnis mit Economiesuisse und SVP, die flankierenden Massnahmen eliminieren.

«Ich sage, dass ich der EU in dieser Frage mehr glaube als diesem Bundesrat.»

Aber die SVP würde doch nicht um den Preis eines Rahmenabkommens die flankierenden Massnahmen beseitigen. Das Rahmenabkommen widerspricht allem, wofür diese Partei im vergangenen Vierteljahrhundert eingestanden ist.

Was das Kalkül der SVP ist, müssen Sie Christoph Blocher fragen. Vielleicht will man einen Keil zwischen die europafreundlichen Kräfte treiben. Ich beobachte einfach, wie die SVP gegen die flankierenden Massnahmen agitiert und alles versucht, um die gegenwärtige Europapolitik der Schweiz zu sabotieren.

Sie sagten kürzlich: «Der Bundesrat soll der Europäischen Union bei der Unionsbürgerrichtlinie entgegenkommen. Das stärkt die Rechte aller.» Die Unionsbürgerrichtlinie vereinfacht den Zugang zum Sozialsystem. Weshalb soll das die Rechte der Schweizer Arbeitnehmer stärken? Es gibt kaum einen Sozialstaat, der so gut ausgebaut ist wie der schweizerische.

Für mich beruht eine moderne Gesellschaft auf der Idee, dass sich alle Menschen, unabhängig von ihrem Status, unabhängig von ihrer Herkunft in Sicherheit entfalten können. Das gilt auch für die Schweiz. Denken Sie nur an die Präambel der Bundesverfassung: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.»

Stehen Sie hier nicht vor einem Dilemma? Sie wünschen sich einen gut ausgebauten Sozialstaat und gleichzeitig offene Grenzen. Das geht nicht zusammen.

Im Gegenteil! Unsere Sozialversicherungen profitieren von der Einwanderung. Als Ganzes sind die Migrantinnen und Migranten fast überall Nettozahler, auch bei der Invalidenversicherung. Es gibt nur eine Ausnahme: die Arbeitslosenversicherung. Aber das lässt sich leicht erklären: Die Berufe, die saisonalen Schwankungen unterliegen, werden vor allem von Ausländern ausgeübt.

Sie glauben nicht, dass die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie zu einer Einwanderung in das Sozialsystem führen könnte?

Wer das behauptet, betreibt Angstmacherei. Die Unionsbürgerrichtlinie käme ja nicht vollumfänglich, weil wir nicht EU-Mitglied sind. Unsere Sozialwerke würden sicher nicht überstrapaziert – das würde die Linke nie zulassen. Eine gewisse Öffnung der Sozialwerke kann sogar sinnvoll sein, wenn wir dafür auch etwas erhalten. Ich verstehe mich als pragmatischen Politiker. Ich bin es gewohnt, Deals auszuhandeln.

Wenn es um die flankierenden Massnahmen geht, sind Sie nicht als der grosse Kompromisspolitiker bekannt.

Beim Rahmenabkommen kennen wir das Verhandlungsergebnis, und das ist einfach schlecht. Über die Unionsbürgerrichtlinie kann ich erst reden, wenn es ein Ergebnis gibt. A priori zu sagen, das sei des Teufels – das ist nicht mein Stil.

Wie soll es mit dem Rahmenabkommen weitergehen?

Wir müssen abwarten, wie sich der Bundesrat dazu äussert.

Der Bundesrat hat nun erst einmal Vorschläge gemacht, wie sich ältere Arbeitnehmer unterstützen liessen. Was sagen Sie dazu? Ist das alles nötig?

Das Paket ist gut, und ich will es jetzt nicht mit dem Seziermesser aufschneiden. Wichtig ist: Frau Keller-Sutter, die im Bundesrat neu für das Geschäft zuständig ist, hat verstanden, dass es sozialpolitische Massnahmen braucht, um die unsägliche Initiative der rechtsnationalen Abschotter zu bodigen.

Sie meinen die SVP-Begrenzungsinitiative.

Kündigungsinitiative trifft es besser, denn genau das will die SVP: die Personenfreizügigkeit kündigen – und damit die Bilateralen. Diese Initiative ist Gift für unser Land. Ich bekämpfe die SVP und ihre Vision der Schweiz mit allen demokratischen Mitteln.

Müssen Sie sich nun besonders abgrenzen, nachdem es zuletzt geheissen hatte, Sie beförderten mit Ihrer Opposition gegen das Rahmenabkommen die Interessen der SVP?

O nein, ich war immer Anti-Nationalist! Wenn die SVP einen entschiedenen Kontrahenten hat, dann bin ich das. Ihre nationalkonservative und antigewerkschaftliche Politik schadet nicht nur den Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern dem ganzen Land. Das sage ich immer und überall. ○

Leiser Aufsteiger

Yves Serra hat das Unternehmen Georg Fischer diskret zur Renditeperle gemacht. Er erklärt, warum Investitionen in der Schweiz umso wichtiger sind, je internationaler das Geschäft wird. Und er sagt, wie es gelingt, bescheiden zu bleiben. *Von Beat Gygi*

Vor dem Treffen mit Yves Serra blieb noch Zeit, um sich auf dem Firmengelände von Georg Fischer in Schaffhausen umzusehen. Es ist enorm, wie da gebaut wird: Grosse Fabrikgebäude, ganze Strassenfluchten befinden sich im Umbau. Wird da der 1802 gegründete Industriekonzern Georg Fischer (GF) einmal mehr neu aufgestellt? «Wir bauen unsere Anlagen um, damit die Kunden, die zu uns kommen, direkt ein Gefühl von unserer Qualität und unserer Zuverlässigkeit erhalten», sagt Yves Serra bald darauf im Gespräch. «Wenn Besucher unsere Produktionsanlagen sehen, erhalten sie unwillkürlich den Eindruck: Aha, die arbeiten zuverlässig, mit diesen Produkten haben wir keine Probleme.» GF investiere in der Schweiz, weil man als Schweizer Unternehmen wahrgenommen werden wolle.

Am Standort mit hohen Arbeitskosten und starker Währung müsse man die höchste Qualität und die höchste Zuverlässigkeit bieten, perfekte Automatisierung, auch optisch: «Entsprechend müssen auch unsere Gebäude die höchste Qualität aufweisen. Diese Attraktivität für Talente und für Kunden ist für uns noch wichtiger als für die Konkurrenz.» Serra kennt das Geschäft. Elf Jahre war er Chef des Konzerns, der 2018 mit 15 000 Mitarbeitern gut 4,5 Milliarden Franken erzielte; kürzlich übergab er mit Erreichen des Pensionsalters den Posten an seinen Nachfolger Andreas Müller und wechselte in den Verwaltungsrat, wo er das Vizepräsidium übernahm. Was macht GF genau? Wie würde er es einem Schüler erklären?

Serras Rugby-Knie

Serra münzt es wie folgt auf die Jugend: GF sei ein internationales Unternehmen, weltweit tätig, dessen Rohrleitungen den Verlust von Trinkwasser reduzierten, dessen Leichtbauteile für Autos, Lastwagen und Flugzeuge Energie einsparen halfen und mit dessen Bearbeitungsfräsen Bauteile für Handys produziert würden. Was Serra bezüglich des Standorts Schaffhausen vor allem meint, sind Rohrleitungsverbindungen, sogenannte Fittings, Muffen, die Rohre verbinden, Ventile, Hähnen und Verzweigungen. Sie machen beim Bauen meist nur einen kleinen Teil der Kosten aus, sind aber von grösster Bedeutung, wenn es darum geht, Lecks in den Leitungssystemen zu vermeiden, die Millionenschäden verursachen könnten. Serra: «Wir müssen zeigen, dass wir uns im Bereich Qualität und Präzision von der Konkurrenz abhe-

ben, dann sind auch höhere Preise und Margen gerechtfertigt.»

Die Geschäftszahlen 2018 passen ins Bild. Die Rendite auf dem bei GF eingesetzten Kapital machte gut 22 Prozent aus, das heisst: Jeder Franken, der ins Unternehmen investiert wurde, brachte 2018 rund 22 Rappen Ertrag, im Jahr vorher rund 20 Rappen. So etwas gelingt nur wenigen. Damit bewegt sich GF in der obersten Liga der Schweizer Wirtschaft, solche Werte erreichen etwa auch Stars wie der Kunststoffspezialist Ems-Chemie oder der Sanitärkonzern Geberit. Es war in der Periode Serra, dass sich GF zu einer derartigen Ertragsperle entwickelt hat. Mindestens so bemerkenswert wie diese Wandlung ist der Umstand, dass Serra den Aufstieg des Unternehmens nicht im Scheinwerferlicht auf der Bühne feiert, sondern zurückhaltend bleibt und wiederholt daran erinnert, dass dabei auch das Glück eine Rolle spiele. Von seiner Erscheinung, Körperhaltung und Energie her könnte er zwar durchaus den Dynamiker spielen – wobei jetzt, wie er sagt, sein Knie lädiert sei, unter anderem vom vielen Rugby-Spielen in der Jugend.

Rugby in einer hiesigen Karriere? Ja, stimmt – Serra ist Franzose, er stammt aus Perpignan, hat in Paris und in den USA Bauingenieur studiert und war anschliessend bis 1979 stellvertretender Handelsbeauftragter der französischen Botschaft auf den Philippinen. Er wechselte

«In der Krise verstehen alle, dass man hart und rasch reagieren muss.»

dann für drei Jahre zum französischen Industriekonzern Alstom und ging danach zu Sulzer, wo er zuerst in Paris, dann in Tokio die Verantwortung für das Asiengeschäft und schliesslich auch die Leitung einer Sulzer-Gesellschaft in Japan übernahm. 1992 wechselte sein Chef von Sulzer zu Georg Fischer als Leiter der Division Werkzeugmaschinen und fragte Serra, ob er mitkomme und in seiner Einheit die Region Asien führen wolle. Serra wollte.

GF war damals viel kleiner, viel weniger international und in Japan weniger bekannt als das Vorzeigeunternehmen Sulzer – und genau darin sah Serra den Reiz. «Ich fand diesen Job sehr interessant. Ich konnte Japanisch, Asiens Märkte in Korea, Taiwan, Malaysia oder Singapur waren rasant am Wachsen, und der japanische Markt war am grössten.» So übernahm er

die Aufgabe, für die GF-Werkzeugmaschinen-sparte Charmilles Asiens Märkte zu bearbeiten. «Die Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt waren japanische Firmen, und gegen diese Marken in ihrem eigenen Heimmarkt mit unseren Produkten anzutreten, das war wirklich ein spezieller Anreiz», meint Serra heute.

1998 zog er um an den Charmilles-Standort in Genf, und 2003 rückte er in die Konzernleitung von GF auf. Dabei verliess er die Werkzeugmaschinen-sparte, er wechselte quasi die Disziplin und wurde Chef bei den Rohrleitungssystemen. Die grösste der drei Divisionen von GF war damals Automotive (Produktion von Autoteilen, heute GF Casting Solutions), die zweitgrösste Machining Solutions und die kleinste Piping Systems. Bildlich kann man es so sehen: Serra nahm damals als Neankömmling in der Geschäftsleitung im kleinsten Auto Platz und machte dieses mit der Zeit so stark, schnell und glänzend, dass es schliesslich die andern überholte und den ganzen Konzern vorwärts- und nach oben schob.

Ein entscheidender Augenblick kam 2008, als Serra als Nachfolger von Kurt Stirnemann Konzernchef wurde – und fast gleichzeitig kam der zweite entscheidende Moment, als GF in den Sturm der Finanzkrise geriet. Mehrere Firmen mussten verkauft werden, die Belegschaft ging um 2000 Personen zurück. War das Glück oder Pech? Was ist schwieriger: in der Krise durchzugreifen oder in guten Zeiten umzubauen? «In der Krise verstehen alle, dass man hart und rasch reagieren muss, da ist es vielleicht etwas einfacher, Entscheidungen zu fällen, die in guten Zeiten wohl nicht getroffen würden», meint Serra. Gerade in guten Zeiten vergesse man leicht, warum man erfolgreich sei, und er fügt an: «Warum wurden wir profitabler? Weil wir uns auf die höhermargigen Geschäfte konzentrierten.» Die Krise und die Rezession von 2008 zwangen zu einem Umbau, durch den die widerstandsfähige und rentable Division Rohrleitungssysteme ihren Umsatz von rund einem Viertel auf die Hälfte des Konzernumsatzes steigern konnte, dies auch wegen der Beharrlichkeit des Chefs.

Aber Serra mahnt zur Bescheidenheit: «Wir haben auch Glück gehabt. Mit Ausnahme der beiden Frankenschocks hatten wir eine gute Wirtschaftslage. Das hat uns geholfen, stetig zu wachsen und die Profitabilität zu erhöhen.» Zudem seien die getätigten Akquisitionen fast alle erfolgreich gewesen, auch die Expansion auf neue Felder wie die Triebwerkindustrie.



«Aha, die arbeiten zuverlässig»: Manager Serra.

Wie stellt man denn sicher, dass Manager bescheiden bleiben, wenn es in der Firma gut läuft und der Erfolg das Image aufpoliert? «Man muss nur zu den Kunden gehen», meint Serra. Die Geschäfte liefen nie so gut, dass alle Kunden super zufrieden seien, es gebe immer irgendwo Kritik an Produkten oder Dienstleistungen. «Wenn wir Kunden besuchen, sehen wir sofort,

dass wir nicht perfekt sind», fügt er an. Etwa wenn es heisse, bei einem Maschinenausfall sei der Konkurrent in vier Stunden da, bei GF dauere es einen Tag. Das lehre Bescheidenheit. Und Serra ist bekannt dafür, dass er sehr oft zu Kunden gegangen ist. Zweiundzwanzig Fabriken stehen in China, zehn in Amerika, sechs in Deutschland.

Gibt es bei GF eine «Kultur Serra»? Nein, meint er, man habe 2009 beim Bestimmen der Strategie einfach ein paar Werthaltungen formuliert, etwa: «Tun, was man sagt» oder «gegenseitiger Respekt». Hinzu kamen Leitsätze, um offensichtliche Defizite zu beheben, zum Beispiel: «Wir sind schnell» oder «Kunden kommen zuerst». Grundlage war das Buch «The 7 Habits of Highly Effective People» von Stephen R. Covey. Das wird in Kursen trainiert, um die GF-Mitarbeiter weltweit auf eine ähnliche Wellenlänge zu bringen. «Weltweit» wird immer wichtiger. Vor zehn Jahren machte Europa 70 Prozent des Umsatzes aus, heute noch 45 Prozent. Dies zeigt sich auch in der heute international besetzten Konzernleitung.

«Die haben das gut gemacht»

Serra ist seit vier Jahren auch Schweizer, Bürger von Laufen, und er lobt den Standort. «Die Sozialpartnerschaft funktioniert sehr gut, viel besser als in vielen anderen Ländern in Europa», meint er. Die Rahmenbedingungen

Wie stellt man denn sicher, dass Manager bescheiden bleiben, wenn es in der Firma gut läuft?

für die Unternehmen und die allgegenwärtige Kompromissbereitschaft führten zu einer viel besseren Kohäsion des Landes als anderswo. Die Bürger seien sich in der direkten Demokratie viel mehr bewusst, was in Gemeinden und Kantonen und oder in der Wirtschaft vor sich gehe. Auch in der Firma führe dies zu mehr Verantwortungsgefühl. Er sagt es so: «Wir haben in manchen Ländern bestimmt grössere Herausforderungen als in der Schweiz.»

Und in seinem Heimatland? Was heute in Frankreich passiere, stimme ihn traurig. Einige Franzosen sollten vielleicht einmal in die Schweiz kommen und die Kompromissbereitschaft und den Zusammenhalt des Landes studieren. Der Hinweis auf die Kompromissbereitschaft taucht mehrmals auf und erinnert ansatzweise an Diplomatie, wie auch seine Internationalität. Seine Frau ist Chinesin, und die Tochter studiert in China. Serra lernte China früh kennen: «Ich war erstmals 1978 in China, da gab es kein Auto, kein Taxi, kein Hotel, kein Restaurant, nichts, nur Velos.» Wenn man jetzt sehe, dass China bei Bahnlinien, Autobahnen, Autos et cetera. führend sei, müsse man sagen: «Hut ab, die haben das gut gemacht.» Ob sie das auf die gleiche Art angegangen seien, wie wir in der Schweiz oder in Europa das getan hätten, sei eine andere Frage. Wenn es aber um die Beurteilung gehe, welche Regierung, welches System richtig sei, sagt Serra: «Wer sind wir, um das zu beurteilen?» ○

Riskante Symbolik

Stadt um Stadt, Kanton um Kanton ruft derzeit den «Klimanotstand» aus. So harmlos, wie man die Leute glauben machen will, ist das Ganze nicht.

Von Katharina Fontana

Die Basler waren hierzulande die Schnellsten. Von der streikenden Klimajugend unter Druck gesetzt, rief der Grosse Rat im Februar den «Klimanotstand» aus. Im Eiltempo zogen Liestal, Olten und weitere Städte nach, und jüngst hielt auch der seit den Wahlen grüner gewordene Zürcher Kantonsrat fest, dass sich Zürich im «Klimanotstand» befinde. Das freute nicht nur die als Eisbären verkleideten Klimaschüler auf der Besuchertribüne, der Entscheid blieb auch international nicht unbemerkt: Die Zürcher durften dafür Lob von der höchsten Stelle, nämlich vom sechzehnjährigen schwedischen Klimaoberhaupt Greta Thunberg, entgegennehmen, die den Beschluss auf den sozialen Medien anerkennend vermerkte.

Dass sich in diesen Wochen eine Schweizer Stadt nach der anderen, ein Kanton nach dem anderen im «Klimanotstand» wähnt, kommt nicht von ungefähr. Unter dem Titel «Climate Emergency» – oder eben «Klimanotstand» – läuft seit ein paar Jahren eine weltweite Kampagne, der sich nicht mehr nur Metropolen wie San Francisco und Vancouver oder Städtchen wie Konstanz und Delémont anschliessen, sondern die inzwischen schon ganze Länder ergriffen hat. Erst jüngst haben Grossbritannien und Irland den klimabedingten Notstand ausgerufen, weitere Staaten dürften folgen. Vielleicht bald auch die Schweiz: Im eidgenössischen Parlament ist eine Motion der Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti hängig, die den Bundesrat auffordert, den nationalen «Klimanotstand» zu erklären. Angesichts der kollektiven Klimaerregung ist den National- und Ständeräten zuzutragen, dass sie dem Anliegen tatsächlich zustimmen werden.

Trams fahren, Leute arbeiten

Nicht nur in der Schweiz fragt man sich, was der Begriff «Klimanotstand» denn eigentlich meint. Immerhin handelt es sich beim Notstand um ein staatsrechtliches Ausnahmeinstrument, das bei jedem Bürger die Alarmglocken schrillen lassen muss. Notstand heisst Notrecht. Es bedeutet: Man muss derart rasch handeln, dass keine Zeit bleibt für die üblichen demokratischen Verfahren. Gilt der Notstand, dürfen sich die Behörden über bestehendes Recht hinwegsetzen. In der Schweiz können Regierung und Parla-



SP-Nationalrätin Marti.



Oberste Priorität: Jungaktivisten in Zürich.

ment eigenmächtig befristete Verordnungen erlassen, ohne gesetzliche Grundlage Massnahmen beschliessen oder Gesetze unter Ausschluss des Referendums in Kraft setzen.

Nun braucht es keine höheren Rechtskenntnisse, um zu sehen, dass von Notstand im juristischen Sinn vorliegend nicht die Rede sein kann. Eine unmittelbare Bedrohung oder schwerwiegende Störung der öffentlichen Sicherheit ist nirgends auszumachen. Wer etwa durch Basel oder Zürich spaziert, wähnt sich nicht in einem Notstandsgebiet: Die Trams

fahren, die Leute arbeiten, niemand läuft mit einer Atemmaske herum, und der eine oder andere wagt sogar, im Fluss oder im See zu baden. Nichts deutet darauf hin, dass dies in

einer Woche, in einem Monat oder in einem Jahr anders sein wird und man heute mit Notrecht intervenieren müsste, um eine baldige Katastrophe zu verhindern.

Ganz so streng wollen es die Klimaaktivisten denn auch nicht verstanden wissen. In den Erklärungen und Resolutionen zum «Klimanotstand» heisst es jeweils in einer Fussnote, dass diese keine Grundlage für eigentliche Notstandsmassnahmen bildeten und der Begriff bloss symbolisch zu verstehen sei. Kann die Bevölkerung also beruhigt sein, dass nicht über ihren Kopf hinweg entschieden wird? Handelt es sich lediglich um dramatische Töne ohne Folgen? Nicht unbedingt. Ein Blick auf die jeweils etwas unterschiedlich formulierten Vorstösse zum «Klimanotstand» zeigt, dass es darum geht, die CO₂-Emissionen innert weniger Jahre auf null zu senken. Jedes staatliche Handeln, so die Forderung, muss sich an die-

sem Ziel ausrichten. Neue Gesetze dürfen nur dann eingeführt werden, wenn sie keine zusätzlichen Emissionen verursachen, jedes Vorhaben, das dem Klima dient, ist zeitlich und inhaltlich vorzuziehen. Die Klimaneutralität muss für die Behörden oberste Priorität haben, sie prägt sämtliche politischen Vorhaben – und wird damit zum eigentlichen primären

Mit dem «Klimanotstand» werden die Weichen klar in Richtung grüner Politik gestellt.

Verfassungsgebot, das allen anderen Staatsinteressen vorgeht.

Wenn nun beruhigt wird, dass die Ausrufung des «Klimanotstandes» keine direkten Auswirkungen haben werde, so mag man dieser Aussage nicht so recht glauben. In den Bereichen, in denen die kantonalen oder städtischen Behörden allein handeln können, dürfte das neue implizite Verfassungsziel sehr wohl Konsequenzen haben, sei dies bei der Immobilienbewirtschaftung, dem Parkplatzregime, vielleicht auch bei der Verkehrsregelung und anderem mehr. Weiter ist die Regierung durch die Notstandserklärung nicht nur legitimiert, sondern geradezu verpflichtet, einzig noch solche Gesetzesvorhaben voranzutreiben, die dem Klimaziel entsprechen oder dieses fördern – Geschäfte, die anderes anstreben, gelten als sekundär. Selbstredend wird der «Klimanotstand» auch in jeder künftigen Budgetdebatte all jenen Politikern um die Ohren gehauen werden, die das Steuergeld nicht nur für den ökologischen Umbau, sondern beispielsweise für neue Strassen oder anderes nutzen wollen. Kurz gesagt: Mit dem «Klimanotstand» werden die Weichen klar in Richtung grüner Politik gestellt, und die Bevölkerung wird das früher oder später zu spüren bekommen.

Ausgeprägter Vernunftsnotstand

Staatspolitisch gesehen ist das Vorgehen auf jeden Fall dreist. Voreilig einen symbolischen Notstand auszurufen, um unter diesem Titel einfacher handeln – sprich: das grüne Klimaprogramm durchdrücken – zu können, hat etwas Missbräuchliches an sich. Wenn dieses Vorgehen Schule macht, wird die Politik unseriös. Zudem müsste man dann in einigen anderen Bereichen ebenfalls den Notstand ausrufen, beispielsweise bei der AHV, wo das Finanzdebakel nicht mehr lange auf sich warten lässt. Auch wenn man sich angesichts der seit Wochen herrschenden Klimahysterie nicht mehr über vieles wundert: Was die Politik mit dem «Klimanotstand» veranstaltet, ist unsinnig und riskant – man ist versucht, von einer ausgeprägten Form von Vernunftsnotstand zu sprechen, der die Volksvertreter derzeit heimsucht. ○

Australien

Wende in Down Under

Die Wahl des erzkonservativen Scott Morrison zum Premier Australiens ist ein Sieg der ruhigen Leute über den grün-alternativen Mainstream. *Von Oliver Hartwich*

Der Sieg des konservativen Premierministers Scott Morrison bei den australischen Parlamentswahlen am vergangenen Wochenende war kein Ergebnis wie jedes andere. Tage vor der Wahl hatte ein Wettbüro bereits Gewinne für Wetten auf einen Erfolg der Opposition ausgezahlt – und musste dies dann nach der Wahl gleich noch einmal tun, nur umgekehrt.

Paul Kelly, der Doyen des australischen Journalismus, nannte Morrisons Triumph «das erstaunlichste Wahlergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg». Das war es zweifellos. Seit über zwei Jahren hatte die australische Labor-Partei in den Umfragen geführt. Die Regierungskoalition von Liberaler Partei und Nationaler Partei hingegen rieb sich in innerparteilichen Machtspielen auf, die im vergangenen Jahr zum Sturz des damaligen Regierungschefs Malcolm Turnbull führten. Sein Nachfolger Morrison galt als Übergangspremier.

Doch Morrison hat mit seiner überraschenden Wiederwahl nicht nur die Demoskopen widerlegt. Er hat vor allem bewiesen, dass er ein besseres Gespür für die Befindlichkeiten gewöhnlicher Australier hatte als die Opposition, sie unterstützende Aktivistengruppen und weite Teile der Medien.

Gegen illegale Einwanderung

Mit seinem demonstrativen Konservatismus, seinem traditionellen Familienbild und einem klaren christlichen Bekenntnis war Morrison von Anfang an eine Provokation für die australische Linke. Seine Zeit als Einwanderungsminister, in der er mit militärischer Konsequenz die illegale Einwanderung auf dem Seeweg unterband, hatte ihn zu einer Hassfigur gemacht.

Dass Morrison dann auch noch offensiv für den Kohlebergbau eintrat, passte ins Bild. Vor zwei Jahren benutzte er ein Stück Steinkohle als Requisite bei einer Parlamentsrede, um der Opposition eine ideologische Energiepolitik vorzuwerfen. Mit seinen Positionen passte Morrison nicht in den Mainstream der australischen veröffentlichten Meinung. Dort dominieren grün-alternative Sichtweisen, insbesondere in den Programmen des staatlich finanzierten ABC-Rundfunks.

Gegen den erklärten Konservativen Morrison setzte die Opposition auf das konsequente Gegenprogramm. Labor-Chef Bill Shorten führte seine Partei weit nach links. Er versprach höhere Steuern für Reiche, mehr Staats-



Besseres Gespür: Wahlsieger Morrison.

ausgaben und Umverteilung. All dies verband er mit einer Klassenkampfrhetorik, die Australien so lange nicht gehört hatte.

Nicht zuletzt setzte Shorten auf das Klimathema. Die erneuerbaren Energien sollten massiv ausgebaut und der Kohleabbau gebremst werden. Die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens wollte er übererfüllen. Man konnte fast den Eindruck gewinnen, Shorten und das *commentariat* schaukelten sich gegenseitig hoch in ihrem Weltverbesserungseifer. Am Sieg der modernen Labor-Partei über den vermeintlichen Dinosaurier Morrison gab es keine Zweifel.

Dass es am Ende ganz anders kam, bezeichnete Morrison selbst als ein Wunder. Doch eigentlich war es keins. Es war vielmehr, ebenfalls in Morrisons eigenen Worten, «ein Sieg für die ruhigen Leute» («a victory for the quiet people»).

Es sind diese ruhigen Leute, die sich um ihr eigenes Fortkommen und das ihrer Familien sorgen, nicht um anonyme Sozialstaatsversprechen. Denen bezahlbare Energie und Jobs im Kohlebergbau im Zweifel zumindest ebenso wichtig sind wie das Weltklima.

Die ruhigen Leute sahen in Morrison einen Fürsprecher, der ihre Anliegen verstand. Australische Arbeiter und Angestellte haben ihre neue politische Heimat bei den Konservativen gefunden.

Scott Morrison kam als Übergangs-Premier ins Amt. Mit seinem guten politischen Instinkt dürfte er dort noch lange verweilen.

Oliver Hartwich ist geschäftsführender Direktor der Denkfabrik The New Zealand Initiative in Wellington. www.nzinitiative.org.nz

Was Buffett besser macht

Warren Buffett hat mit Berkshire Hathaway eine der grössten Erfolgsgeschichten der amerikanischen Finanzindustrie geschrieben. Wenn der Superkapitalist wollte, könnte er beide Schweizer Grossbanken aus der Portokasse bezahlen. Aber er will nicht. *Von Florian Schwab*

Seit 1967 schlägt jeweils Anfang Mai eine jährliche Sternstunde des amerikanischen Kapitalismus. Und zwar tief in der Provinz: Omaha, Bundesstaat Nebraska, fast genau im geografischen Herzen der USA. Dorthin nämlich laden Warren Buffett und sein Kompagnon Charles «Charlie» Munger zur Aktionärsversammlung ihrer Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway ein.

Durch geschickte Anlagepolitik hat Buffett seine Teilhaber reich gemacht, darunter auch seinen grössten Aktionär, sich selbst. Buffett gehören 36,8 Prozent von Berkshire Hathaway, was ihn mit einem Vermögen von 84,4 Milliarden Dollar momentan zum drittreichsten Mann der Erde macht. Wer im Jahr 1967 tausend Dollar bei Buffett investierte, besitzt heute knapp 25 Millionen.

Drastischer Gewinnrückgang

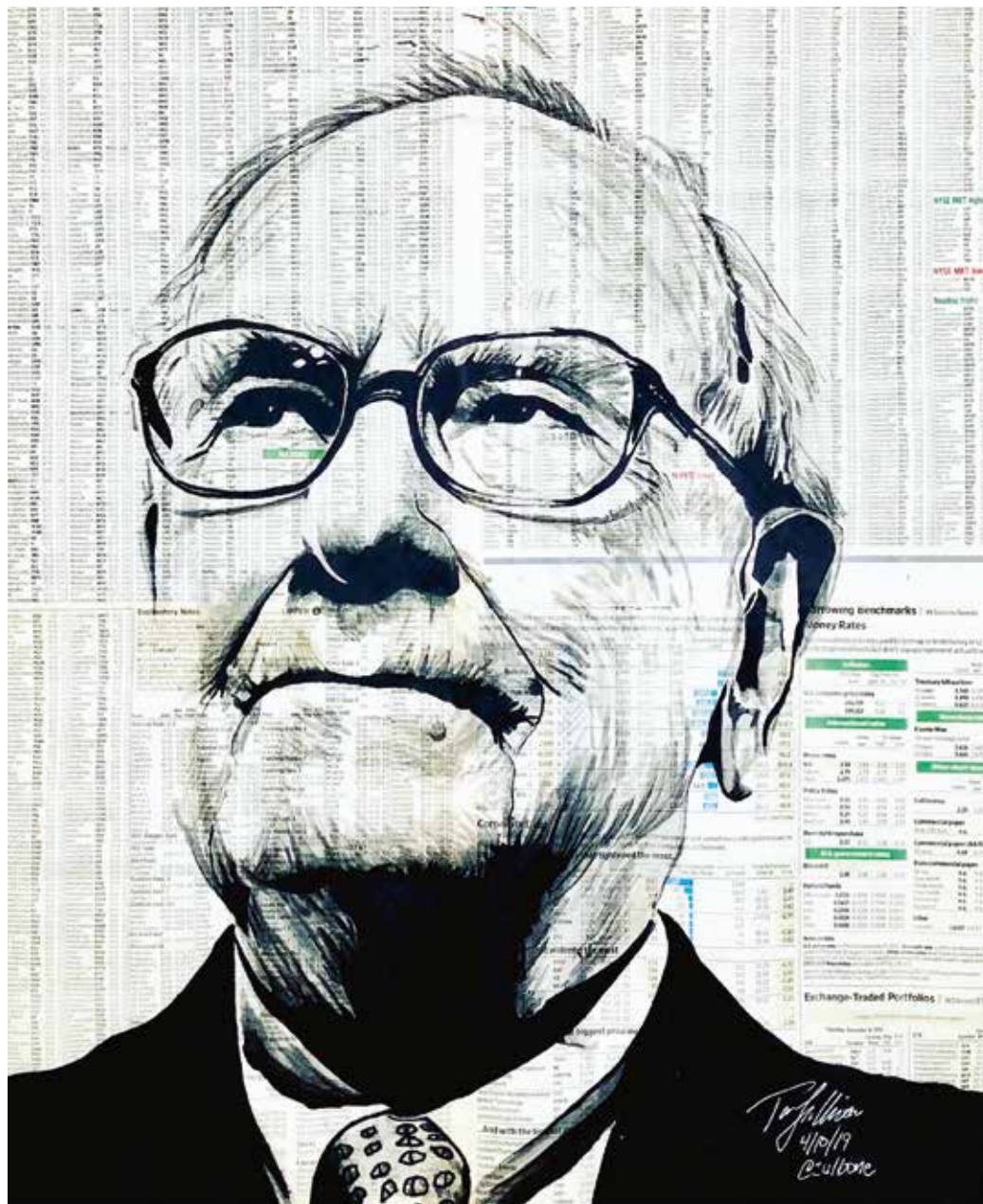
Dieses Jahr musste Buffett allerdings ein auf den ersten Blick etwas durchzogenes Ergebnis verkünden. Im letzten Jahr legten die Titel von Berkshire Hathaway nur um bescheidene 2,8 Prozent zu. Der Jahresgewinn brach von fast 45 Milliarden US-Dollar im Vorjahr auf nur noch 4 Milliarden US-Dollar ein.

Der Grund für den wilden Einbruch war ein buchhalterischer: Neue Vorschriften für die Rechnungslegung verlangen von Berkshire Hathaway, unrealisierte Kapitalgewinne und -verluste im Unternehmenserfolg zu verbu-

Die neue Buchhaltungspraxis widerspricht diametral Buffetts Investment-Philosophie.

chen. Bislang war es so, dass die Firma – nachdem sie Beteiligungen an anderen Unternehmen erworben hatte – Bewertungsgewinne und -verluste erst zum Zeitpunkt eines späteren Verkaufs verbuchen musste. Mit der neuen Vorschrift schlägt die Börsensituation per Ende Jahr (Bilanzstichtag: 31.12.) voll auf die Erfolgsrechnung durch. Somit forderte das schwache Börsenjahr 2018 seinen Tribut. Allein die gigantische Beteiligung Berkshire Hathaways am Technologiekonzern Apple verlor 2018 im zweistelligen Milliardenbereich an Börsenwert.

Die neue Buchhaltungspraxis widerspricht diametral der Investment-Philosophie, die Warren Buffetts Markenzeichen ist und die ihm den Titel «Wunder von Omaha» eingetragen hat: *value investing* – langfristiges, oft jahr-



Fünf Dosen Coca-Cola pro Tag: Milliardär Buffett.

zehntelanges Investieren in Firmen mit einem erfolgversprechenden Geschäftsmodell. Oder, in Buffetts Worten: «Wir kaufen Aktien, wenn wir glauben, dass sie tiefer gehandelt werden, als es einer konservativen Schätzung ihres intrinsischen Wertes entspricht.»

Getreu dieser Philosophie hielt sich Buffett auch nicht mit Kritik an den neuen Vorschriften zur Buchungspraxis zurück. Diese würden, so schrieb er, zu «wildem Schwankungen» beim Unternehmensgewinn führen, welche man den Aktionären nur schwer erklären könne. Er verwies darauf, dass die finanziellen

Rückflüsse aus den Beteiligungen bei Berkshire Hathaway sehr stabil seien.

Seinen Aktionären empfahl er daher, vor allem auf diese *operative earnings* zu schauen und weniger auf die Bewertung der Beteiligungen. Diese habe «auf Quartals- und Jahresbasis keinerlei Wert für Analyse und Prognose», aber «Charlie und ich erwarten, dass sie in der langen Frist substantiell an Wert zulegen». Und tatsächlich: Schon im ersten Quartal 2019 spielte die Börse die spiegelbildliche Rolle zum Jahr 2018. Berkshire Hathaway verbuchte dank Kursfeuerwerk einen Gewinn von fast 22 Milliarden US-Dollar.

Mit dem Werkzeugkasten seines *value investing* hat Warren Buffett eines der abenteuerlichsten Konglomerate der Welt gezimmert. Im Kern ist Berkshire Hathaway ein Versicherungskonzern. Vier Fünftel der Erträge stammen aus dem Versicherungsgeschäft, welches von Autoversicherungen bis zu Rückversicherungen fast alle Segmente der Branche abdeckt. Die Gewinne und Kapitalreserven aus diesem Geschäft investiert Buffett in ein breit diversifiziertes Portfolio von Beteiligungen, das von Diamanten-Shops über Möbelfirmen und chinesische Hersteller von Elektroautos bis zu Konzernen wie Coca-Cola (9,4 Prozent des Aktienkapitals), Bank of America (9,5 Prozent), American Express (17,9 Prozent) und Apple (5,4 Prozent) reicht. Berkshire Hathaway nimmt für sich in

Er sei ein «Idiot» gewesen, die Amazon-Aktie nicht früher gekauft zu haben.

Anspruch, eine breite Auslese der werthaltigsten Firmen der USA zu sein.

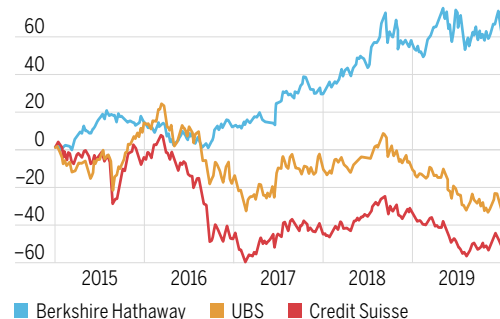
Total beschäftigt Berkshire Hathaway bei den von ihr kontrollierten Firmen fast 390 000 Mitarbeiter. Die Zentrale in Omaha, von der aus Buffett und Munger ihr Imperium steuern, ist mit gut zwei Dutzend Mitarbeitern bemerkenswert schlank aufgestellt.

Beim US-Nahrungsmittelkonzern Kraft Heinz gehört Warren Buffett zu einer Gruppe von Aktionären, welche das Unternehmen kontrollieren. Der 88-jährige selber rühmt sich seiner betont ungesunden Ernährung. Er trinkt fünf Dosen Coca-Cola pro Tag, isst gerne Hamburger und Steaks und kaum Gemüse.

Keine der wichtigeren Schweizer Aktien kann sich mit der langfristigen Performance von Berkshire Hathaway messen. Besonders augenfällig ist der Unterschied zu den Grossbanken UBS und Credit Suisse. Seit einer kurzen und heftigen Blüte vor der Finanzkrise befinden sich deren Papiere im Krebsgang. Wer im Jahr 2000 sein Kapital bei Buffett investierte, hat es seither verfünffacht. Dem-

Entwicklung Aktienkurs

Letzte 5 Jahre (Mai 2014 = 0), in Prozent

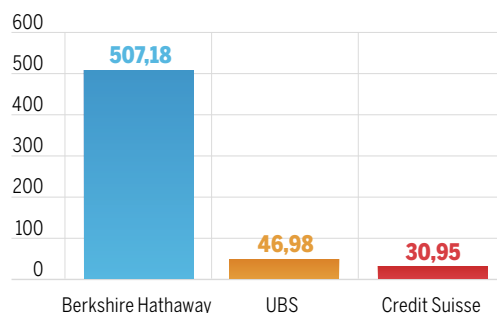


QUELLE: BLOOMBERG MARKETS

Buffett gewinnt, Schweizer Grossbanken verlieren.

Gegenwärtiger Börsenwert

In Milliarden Franken



QUELLE: BLOOMBERG MARKETS

Börsen-Gigant Berkshire Hathaway.

gegenüber verlor das Papier der Credit Suisse seither gut 70 Prozent, jenes der UBS knapp 40 Prozent.

«Morgen nicht Steak essen»

Auch in den letzten fünf Jahren zeigt sich ein ähnliches Bild: Die UBS verlor an der Börse rund 30 Prozent, die CS etwa 50 Prozent. Währenddessen legte Buffetts Berkshire Hathaway um 60 Prozent zu (Grafik unten). In absoluten Zahlen wirkt Berkshire Hathaway wie ein Riese im Vergleich zu den Schweizer Grossbanken (Grafik oben). Der Marktwert aller Aktien der Buffett-Firma beträgt gigantische 507 Milliarden Franken, gut das Zehnfache der UBS (46 Mrd. Franken) und fast das Fünffache der Credit Suisse (31 Mrd. Franken). Der Vergleich von Buffetts Imperium mit den Finanzinstituten mag etwas willkürlich erscheinen. Schliesslich haben die Banken mit ganz eigenen Schwierigkeiten zu kämpfen. Doch Investoren müssen bei der Suche nach Anlagen immer das ganze Spektrum von Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Buffetts Konglomerat sitzt auf Barreserven von über 110 Milliarden US-Dollar. Eine der grössten Sorgen des «Wunders von Omaha» besteht aber darin, dass es in der Nullzinswelt schwierig geworden ist, so grosse Beträge profitabel anzulegen. Viele Firmen seien heute einfach zu teuer. In den letzten drei Jahren hat Berkshire keine grösseren Akquisitionen getätigt, und in den ersten Monaten des laufenden Jahres investierte das Unternehmen lediglich etwas über eine Milliarde, grösstenteils in Amazon. Das liege «weit unter meinen Ambitionen», so Buffett in Omaha. Den Einstieg bei Amazon erklärte er damit, er sei ein «Idiot» gewesen, die Aktie nicht früher gekauft zu haben. Ähnlich äusserte sich Geschäftspartner Charlie Munger über Google: «Wir haben es vermässelt.» Er fühle sich «wie ein Pferdehintern», weil er Google nicht rechtzeitig als Anlageobjekt identifiziert habe.

Die Nullzinsen, sagte Buffett, bedeuten für Leute, die in festverzinsliche Papiere investieren, dass sie «morgen nicht Steak essen werden, wenn sie heute Hamburger essen», wie er

das über dreissig Jahre lang gepredigt habe. Er glaube nicht, so Buffett bei anderer Gelegenheit, dass die Zinsen auf Dauer so tief bleiben würden. «Wenn man glaubt, dass 3 Prozent Zins auf eine 30-Jahres-Anleihe sinnvoll sind, dann bedeutet das, dass Aktien lächerlich günstig sind.» Er wisse zwar nicht, wie man wieder zu einer vernünftigen Beziehung zwischen kurzfristigen sowie langfristigen Zinsen und Staatsschulden zurückkehren könne, aber «Ich glaube nicht, dass diese Variablen lange in der aktuellen Beziehung zueinander stehen können.»

Warren Buffett hat sich immer wieder als grosser Kritiker der Banken profiliert. Auch dieses Jahr in Omaha schlug er wiederum in die gleiche Kerbe. Es gebe «eine lange Liste von Banken», bei denen sich die Leute schlecht verhielten. Den Preis dafür zahlten stets die Aktionäre. «Ich habe vorgeschlagen, dass der CEO einer Bank, die Staatshilfe in Anspruch nimmt, all sein Vermögen und das seiner Frau verlieren sollte», so Buffett.

Trotz seiner vehementen Bankenkritik investiert Berkshire Hathaway in grossem Umfang in Finanzinstitute. Die Bank of America steht auf seiner Liste, Wells Fargo und auch JP Morgan. Und wenn Warren Buffett wollte, könnte das «Wunder von Omaha» beide Schweizer Grossbanken aus der Portokasse bezahlen. ○

Jetzt bestellen:
Checkliste Pensionierung
vzch.com/checkliste

Pensionierung

- **AHV**
Wie hoch ist mein Anspruch?
- **Pensionskasse**
Rente, Kapital, Kombination?
- **Hypothek**
Soll ich amortisieren?

Mit der Pensionierung ändert sich Ihre finanzielle Situation grundlegend. Was Sie heute entscheiden, bestimmt Ihren Lebensstandard für viele Jahre. Eine unabhängige Beratung beim VZ zahlt sich aus. Überzeugen Sie sich selbst.

VZ VermögensZentrum

Aarau | Basel | Bern | Chur | Fribourg | Genève | Lausanne | Lugano
Luzern | Neuchâtel | Schaffhausen | Solothurn | St. Gallen | Zug | Zürich

www.vermoegenszentrum.ch



Weichzeichner gegen Unangenehmes: Österreichs Staatsoberhaupt Van der Bellen.

O du mein Österreich

Bundespräsident Alexander Van der Bellen kommentierte zur Ibiza-Affäre: «Das ist nicht Österreich.» Da lachen ja die Brathendl. Genau das ist Österreich! Und überhaupt kein Grund, sich dafür zu schämen.

Von Wolfgang Koydl

Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist, man kann es nicht anders sagen, eine sehr österreichische Erscheinung: soigniert, charmant und ein bisserl geistesabwesend – eine Mischung aus Graf Bobby, Hans Moser und Kaiser Franz Joseph. Auch der Monarch zeigte sich in seinen späten Jahren oft aufrichtig verwundert, wenn grausame Realität in seine Traumwelt eindrang.

So gesehen war Van der Bellens Bemerkung nach dem Auftauchen des Skandalvideos um Heinz-Christian Strache wirklich kaiserlich: «Das ist nicht Österreich», sagte der Bundespräsident, und er klang so empört, als ob man ihm einen Tafelspitz ohne Meerrettich aufgetischt hätte. Der Präsident versuchte sich damit würdig in die Tradition eines Landes zu stellen, das die Welt immerhin schon davon überzeugt hatte, dass Hitler Deutscher und Beethoven Österreicher gewesen war.

Wahrscheinlich glaubte Van der Bellen sogar selbst, was er sagte. Denn zu den vielen Talenten der Österreicher gehört es, Unangenehmes

gleichzeitig zu negieren und zu integrieren. Arbeitet der Deutsche Gegensätze heraus, so rückt ihnen der Österreicher mit dem Weichzeichner zu Leibe. Der Grundsatz, dass man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen könne, gilt für ihn nicht. Durch und durch ein Feinschmecker, weiss er, dass man aus beiden Früchten ein leckeres Kompott herstellen kann.

Ein Spötter hat einmal gesagt, der Österreicher sei der gescheiterte Versuch, aus einem Italiener einen Deutschen zu machen. Be-

Was anderswo unvereinbar wäre, fügt sich hier zusammen, als sei es füreinander geschaffen worden.

kannt ist auch die geografisch strittige Behauptung, dass der Balkan hinter Salzburg beginne. Hinter der üblen Nachrede stecken meist die missgünstigen Piefkes, die Deutschen, die den Österreichern ihre lockere Lebensart neiden. Aber wie sagte schon Franz

Grillparzer: «Die Deutschen wollen die Österreicher verstehen, können es aber nicht. Die Österreicher könnten die Deutschen verstehen, wollen es aber nicht.»

Auf alle Eventualitäten vorbereitet

Tatsache ist, dass man in Österreich versucht, sich das Leben so süß und geschmeidig zu machen wie eine Palatschinke. Was anderswo unvereinbar wäre, fügt sich hier zusammen, als sei es füreinander geschaffen worden. In Österreich betrieb ein Finanzminister einst nebenher eine Steuerberatungskanzlei. Ja und? Wer soll es denn sonst tun? Etwa der Verteidigungsminister? Der handelte nebenbei mit Waffen, denn davon verstand er etwas.

Österreich ist das Land, in dem einer meiner früheren Arbeitgeber – ein eingefleischter Bürgerlicher mit deutschnationalen Tendenzen – gleichzeitig Mitglied in der Österreichischen Volkspartei, bei den Sozialisten und bei Opus Dei war. Sein Verhalten war nur logisch und konsequent. Denn das Leben hat die unange-

nehme Eigenschaft, unerwartete Haken zu schlagen. Da tut man gut daran, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Ausserdem vergrössert man auf diese Weise seinen Freundeskreis. Man bricht aus der Blase Gleichgesinnter und Gleichdenkender aus, in der heute mehr und mehr Menschen gefangen sind.

Freunde sind eminent wichtig. Im Wiener Dialekt nennt man sie Haberer. Das tönt viel weicher und lieblicher als das hebräische Wort *chaver*, von dem es sich ableitet. Auch die Vetternwirtschaft, der Nepotismus oder was die deutsche Sprache sonst für hässliche Ausdrücke bereithält, nimmt auf Österreichisch einen fast schon zärtlichen, versöhnlichen Klang an: Freunderlwirtschaft.

Inbegriff Udo Proksch

Bei der Auswahl dieser Freunde gibt es keinen Standes- oder gar Klassendünkel. Hier legt der Österreicher einen Egalitarismus an den Tag, den nicht einmal die französischen Revolutio-

Die Österreicher wissen selber ganz genau, wie sie sind, und sie schämen sich auch nicht dafür.

näre für möglich gehalten hätten. Inbegriff gesellschaftlicher Inklusion war zweifellos Udo Proksch. In welchem anderen Land wäre so ein Wikipedia-Eintrag denkbar: «Udo Proksch war ein österreichischer Unternehmer, Netzwerker, Designer und Massenmörder.» Noch nicht einmal Adolf Hitler würde alle Kriterien erfüllen.

Proksch war mit der Schauspielerin Erika Pluhar und mit der Wagner-Urenkelin Daphne Wagner verheiratet, kaufte sich die Hofzuckerbäckerei Demel und die Dienste von sozialistischen Ministern. Um einen Versicherungsbetrug zu verschleiern, liess er einen Frachter samt Besatzung versenken. Das österreichische Narrativ endete erst, als man ihm auf die Schliche kam und ihn zu einer Haftstrafe verurteilte. Bis dahin war er ein anerkanntes Mitglied der besseren Gesellschaft.

Heinz-Christian Strache droht keine Haftstrafe. Als er mit der vermeintlichen Oligarchen-Nichte sprach, hatte er gar nichts anzubieten. Wahre österreichische Freunderlwirtschaft blüht erst im Regierungsamt auf. Da haben sich Strache und seine Freunde, soweit man bisher weiss, nichts zuschulden kommen lassen. Die beiden Staatsparteien ÖVP und SPÖ spielen hier in einer ganz anderen Liga.

Die Österreicher werden ihrem Präsidenten seinen Lapsus verzeihen. Sie wissen selber ganz genau, wie sie sind, und sie schämen sich auch nicht dafür. Und sie werden auch Strache irgendwann verzeihen. Wie sagte doch schon der hervorragende Landeskenner Karl Kraus: «Wird in Österreich ein Verfassungsbruch begangen, so gähnt die Bevölkerung.» ○

Justiz

Das Schweigen der Lämmer

Die illegalen Ibiza-Aufnahmen zeigen: Selbsternannte Rechtspopulisten-Jäger bewegen sich unter dem Beifall der Medien in einem rechtsfreien Raum. Von Christian Huber

Es war eine geheimdienstliche Operation wie aus dem Lehrbuch des KGB. Ihre professionelle Ausführung, welche eine monatelange Vorbereitung erfordert haben muss, nötigt grössten Respekt ab. Ein feindlicher Politiker wurde in eine sorgfältig präparierte Falle gelockt, mit Alkohol traktiert, und ein weiblicher Lockvogel wurde auf ihn angesetzt. Ort der Operation war eine Villa in Ibiza, welche fachmännisch verwandt und mit mehreren versteckten Kameras präpariert worden war. Die Unterhaltung mit dem feindlichen Politiker, seinem Begleiter, der als Lockvogel eingesetzten Agentin sowie Drittpersonen wurde aufgezeichnet und für die Verwendung im geeigneten Zeitpunkt archiviert. In der Terminologie des KGB nannte man das im Kalten Krieg ein «Kompromat».

Die beteiligten Geheimdienste erachteten zwei Jahre nach der Operation den Zeitpunkt für ideal, um die Destabilisierungsmassnahmen einzuleiten, und sie konnten einen vollen Erfolg verbuchen. Der österreichische Vizekanzler Heinz-Christian Strache trat zurück, die Koalition zwischen FPÖ und ÖVP ist am Ende, im Herbst finden Neuwahlen statt. Österreich wird von einem politischen Erdbeben durchgeschüttelt.

Das «gesunde linke Volksempfinden»

Das alles hätten wir zu Zeiten des Kalten Kriegs wohl als *courant normal* abgehakt, wenn es denn eine geheimdienstliche Operation gewesen wäre. Aber das war es mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht. Weder östliche noch westliche Geheimdienste haben ein Interesse, Österreich zu destabilisieren. Sie würden sich auch nicht links-populistischer Medien bedienen. Geheimdienste benützen Kompromate dazu, die kompromittierte Person in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken. Im Klartext: sie zu erpressen.

Alles spricht dafür, dass nichtstaatliche Stellen die beiden österreichischen rechtspopulistischen Politiker Strache und Johann Gudenus in eine Falle gelockt und davon heimlich Bild- und Tonaufnahmen gemacht haben. Das ist strafbar.

Und hier wird es unappetitlich. Von *Tages-Anzeiger* über *NZZ* bis hin zum Staatsfernsehen SRF war kein Wort über das unrecht-

mässige Zustandekommen der Ibiza-Aufnahmen zu hören. Nur Genugung darüber, dass ein unbedarfter rechtspopulistischer Schwätzer zur Strecke gebracht wurde.

Die Zeiten, da für heimliches Aufzeichnen privater Gespräche nur die Strafverfolgungsbehörden zuständig waren, welche einer richterlichen Genehmigung bedurften, die nur bei schweren Delikten erteilt wird – diese Zeiten scheinen vorbei zu sein. Während den Strafverfolgungsbehörden enge Grenzen gesetzt werden und das Bundesgericht die Verwertung von DNA-Spuren zur Freude aller Verbrecher bis zur Wirkungslosigkeit einschränkt, dürfen sich



Geheimdienstmittel gegen politische Gegner.

selbsternannte Rechtspopulisten-Jäger unter dem Beifall der Medien in einem rechtsfreien Raum bewegen.

Der tschechische Philosoph Dushan Wegner hat in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob wir eine Gesellschaft wollen, in welcher politische Gegner mit Geheimdienstmitteln erledigt werden, ohne richterlichen Beschluss, ohne Rechtsgrundlage ausser dem «gesunden linken Volksempfinden». Solange diese Frage von den Medien weder gestellt noch gar beantwortet wird, sind wir näher beim Stasi-Staat als bei einem demokratischen Rechtsstaat. Auf Rechtsstaatlichkeit haben nämlich alle Menschen Anspruch, sowohl links- als auch rechtspopulistische Kotzbrocken.

Christian Huber war Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Oberrichter, Präsident des Geschworenengerichts sowie Regierungsrat des Kantons Zürich.

Deutschlands Flatterstrom-Drama

Am Ostermontag deckten Sonne und Wind fast den ganzen Strombedarf von Deutschland ab. Was die Öko-Bewegung als Erfolg feierte, entpuppt sich als schwarzer Tag für die Strombranche.
Von Martin Schlumpf und Alex Baur

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) verkündete die frohe Botschaft auf Twitter: Neuer Rekord! Am Ostermontag hatten die neuen erneuerbaren Energien (NEE) einen Anteil von 77 Prozent an der öffentlichen Nettostromerzeugung! Auch der Spiegel feierte den 22. April 2019 als Datum, an dem die grüne Welt fast Realität geworden sei: «An diesem Tag schien die Sonne von morgens bis abends, der Wind trieb die Windmühlen im ganzen Land zur vollen Leistung. [...] Es war ein Zauber, das perfekte Zusammenspiel aus Natur und moderner Technik. Leider hielt er nur für diesen einen Tag.»

In der Euphorie ging fast vergessen, dass dieser Erfolg nicht nur einer aussergewöhnlichen Wetterlage, sondern auch einer tiefen Nachfrage zu verdanken war. Am Ostermontag wurde auch in Deutschland kaum gearbeitet. Tatsächlich wurde der deutsche Strombedarf schon einmal für ein paar Minuten sogar zu hundert Prozent vom Wind gedeckt, nämlich in den frühen Morgenstunden des 1. Januar 2018. Nur war das keine gute Nachricht für die Stromversorger.

Produzenten bezahlen

Der Marktpreis sackte damals auf minus 76 Euro pro Megawattstunde (MWh). Das heisst: Die Produzenten lieferten die Elektrizität nicht nur gratis, sie bezahlten sogar dafür, dass ihnen jemand den Strom abnahm. Und das nicht zu knapp. Es liegt an der Physik: Man darf nicht mehr ins Netz einspeisen, als man herausnimmt, sonst bricht es zusam-

men. Oft ist es aber billiger, für die Abnahme des Stroms zu bezahlen als Kraftwerke herunter- und später wieder hochzufahren. Sofern sich der Strom nicht ins Ausland veramschen lässt, bietet sich etwa die Deutsche Bahn als Abnehmerin an. Sie vernichtet den Strom gewinnbringend, indem sie etwa Weichenheizungen im Sommer hochfährt. Ob es nun feiner Ökostrom ist oder verpönter Kohlestrom, ist dem Netz egal. Strom ist Strom.

Der Ostermontag 2019 war in dieser Hinsicht noch verheerender als der Neujahrstag 2018. Das lässt sich einer Grafik (siehe unten) entnehmen, die das eingangs erwähnte Fraunhofer-Institut verdienstvollerweise veröffent-

In der Euphorie ging fast vergessen, dass an diesem Tag in Deutschland kaum gearbeitet wurde.

licht hat. Hier wird aufgeschlüsselt, wie viel Elektrizität fossile Kraftwerke, Solar- und Windgeneratoren in Deutschland jeweils produzieren, wie viel unter dem Strich exportiert oder importiert wird und wie sich der Marktpreis an der Strombörse entwickelt. Am Ostermontag fiel der Preis auf bis zu minus 155 Euro pro MWh.

Insgesamt dürften sich die Verluste der deutschen Stromproduzenten an der Börse für jenen Tag auf fast 17 Millionen Euro summieren. Zählt man die Subventionen für Grünstrom im Umfang von 115 Millionen Euro hin-

zu, läppert sich ein Negativsaldo von über 130 Millionen Euro zusammen.

Störfaktor im Netz

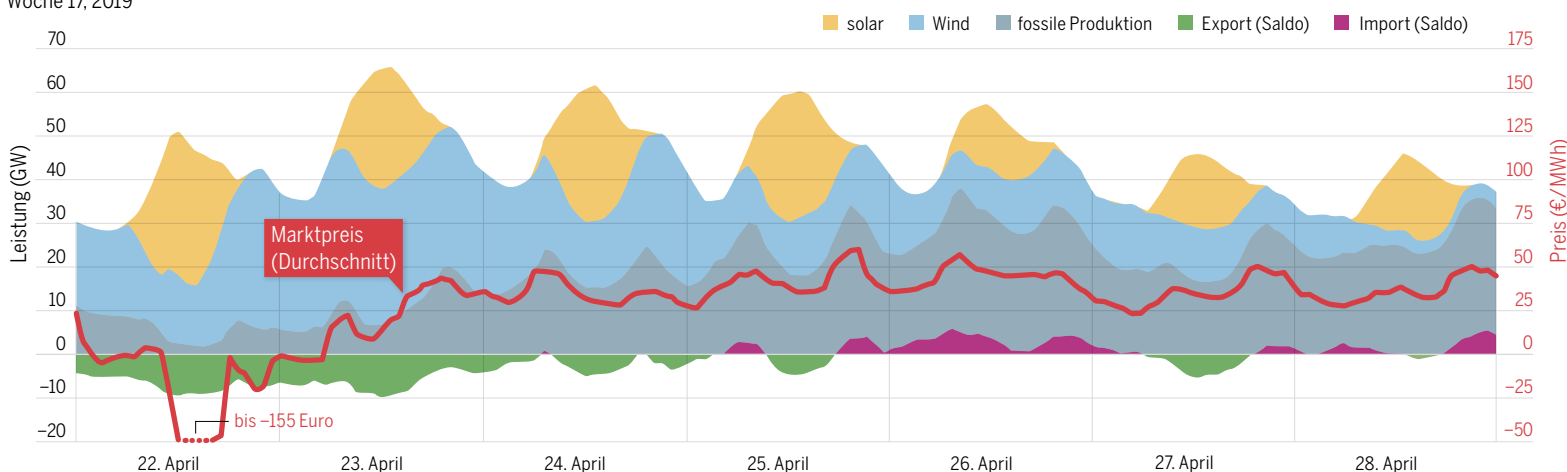
Wie die Grafik zeigt, trieb der Wind die Preise schon am frühen Morgen des 22. April auf unter null. Dramatisch wurde es ab zehn Uhr, als die Solarproduktion einsetzte: Von minus 22 Euro über minus 90 Euro rasselte der Preis auf minus 155 Euro (14 Uhr). Nach 17 Uhr ging es ebenso rasant wieder in Richtung null. Doch damit war der Albtraum noch nicht ausgestanden. Nach 21 Uhr liess eine Windspitze die Preise wieder fallen; zwei Stunden lang mussten die Produzenten 20 Euro pro MWh zahlen, damit ihnen jemand die Energie abnahm.

Doch es blieb nicht beim schwarzen Ostermontag. Verfolgt man die Strombörse über die ganze Woche, stellt man erstens fest: Just um die Mittagszeit, wenn der Solarstrom fliesst, fallen die Preise mit sturer Regelmässigkeit. Und zweitens: Während der Windstrom im Laufe der Woche zusehends abflaut, steigen auch die Marktpreise. Im Klartext: Der hochsubventionierte Flatterstrom aus Wind- und Sonnenenergie macht nicht nur die Marktpreise kaputt, sondern macht sich damit auch selber unrentabel.

Da die der Wetterlaune ausgesetzten Solar- und Windanlagen den Strom selten liefern, wenn man ihn braucht, kann auch Deutschland nicht auf konventionelle Kraftwerke verzichten. In der Praxis erweist sich der teuer subventionierte Ökostrom oft nur als Störfaktor im Netz. ○

Produktion und Marktpreise von Strom in Deutschland

Woche 17, 2019



QUELLE: FRAUNHOFER-INSTITUT

Die subventionierte Wind- und Sonnenenergie macht sich selber unrentabel.

Im Netz der Gesinnungs-Sheriffs

Suchmaschinen wie Google und Social-Media-Konzerne wie Twitter, Instagram und Facebook filtern unliebsames Gedankengut heraus. Die Kriterien sind nebulös, klar ist einzig, dass es gegen Konservative geht. Willkommen in der schönen neuen Welt der Zensur. *Von Amy Holmes*

Ist Ihnen schon mal aufgefallen, dass bei Ihren Google-Suchen stets die gleichen Medienportale präsentiert werden? Das bilden Sie sich nicht ein, und es liegt auch nicht an mangelnder technischer Kompetenz.

Eine neue Studie der Northwestern University bestätigte letzte Woche, dass sich die Monstersuchmaschine bei ihren Top-Stories auf einige wenige tendenziell linke Nachrichtenportale stützt. Fast ein Viertel der begehrten Spitzenplätze verdankt sich nur drei linken Medien – der *New York Times*, der *Washington Post* und CNN mit seinem pausenlosen Trump-Bashing.

Laut dem *Daily Caller*, der von Fox-News-Mann Tucker Carlson gegründet wurde, belegen interne Firmendokumente, dass Google konservative Stimmen aktiv unterdrückt – was von Google bestritten wird.

Google, Twitter, Facebook, Youtube und Instagram geraten wegen ihrer Einseitigkeit gegenüber Konservativen dennoch zunehmend unter Beobachtung. Neil Potts, Public Policy Director von Facebook, räumt denn auch ein: «Das Silicon Valley ist tendenziell liberal. Eine unbewusste Voreingenommenheit ist nicht auszuschliessen.»

Social-Media-Götter

Unbewusst oder nicht, das Weisse Haus reagiert sehr hellhörig auf Klagen über eine Zensur konservativer Meinungen. Es wurde eine neue Website eingerichtet (WH.gov/TechBias), die Nutzer ermuntert, ihre Erfahrungen mit vermuteter «politischer Voreingenommenheit» seitens der IT-Giganten zu melden. Laut Googles bevorzugten Medien *Washington Post* und *New York Times* ist Präsident Trumps Kreuzzug für die Redefreiheit eine Verschwörung und ein raffinierter Trick, um an Wählerdaten zu kommen. Doch es häufen sich Hinweise auf willkürliche und undurchsichtige Zensur bei Meinungsäußerungen von Konservativen, darunter auch Donald Trump Jr.

Im Februar löschte Instagram einen Post des Präsidentensohns, der sich über den Schauspieler Jussie Smollett lustig gemacht hatte, nachdem dieser einen nächtlichen rassistischen Überfall auf seine Person fingiert hatte. Trump Jr. ging daraufhin in die Offensive. Er warf dem Unternehmen (im Besitz von Facebook) vor, es zwingt «allen Leuten euren lin-



Instagram hat wieder zugeschlagen: Donald Trump Jr.

ken Quatsch auf». Er schimpfte: «Wenn ihr ständig auf einer Seite herumtrampelt, glaubt ihr, dass die das einfach hinnimmt?»

Vor drei Wochen, berichtet Trump Jr., habe Instagram «wieder zugeschlagen». Es sei ein Foto gelöscht worden, auf dem er in kariertem Hemd und Bluejeans mit einem verwundeten Armeeveteranen an der April-Jahreskonferenz der National Rifle Association in Indianapolis posiert hatte. «Das hatte nichts Aggressives oder Politisches, und wie üblich verstieß das

Dorsey räumt «uneingeschränkt» ein, dass sein Unternehmen Twitter «tendenziell links» ist.

auf magische Weise gegen die Instagram-Standards, vermutlich, weil ich mit drauf bin, und das ist zu viel für die kalifornischen Social-Media-Götter.»

Die Social-Media-Götter bestreiten hartnäckig jede Art von politischer Zensur. Sie behaupten, ihre Community-Richtlinien dienen einzig dem Zweck, die Nutzer vor körperlichen, psychischen und emotionalen Schädigungen zu schützen.

Jack Dorsey, der Chef von Twitter, der nur einmal am Tag etwas isst und jedes Wochenende fastet, räumt «uneingeschränkt» ein, dass sein Unternehmen «tendenziell links» ist. Aber er besteht darauf, dass die Plattform ideologisch neutral sei.

Der Hollywoodschauspieler James Woods nimmt ihm das nicht ab. In diesem Frühjahr verabschiedete er sich aus der Twitter-Sphäre. Woods, der 2,1 Millionen Follower hat, wurde

nach einem Kommentar über Trump-Kritiker («Wenn ihr versucht den King zu töten, solltet ihr euch keinen Fehlschuss leisten. #HangThemAll») mitgeteilt, dass sein Twitter-Account suspendiert werde. Woods, der sich den unberechenbaren Hassreden-Bestimmungen von Twitter nicht beugen will, erklärt gegenüber *Daily Wire*: «Solange Jack Dorsey weiterhin der Feigling ist, der er anscheinend ist, so lange sind meine Tage bei Twitter Vergangenheit.»

Willkürliche Anwendung

Dan Gainor, Vizepräsident von Tech-Watch beim konservativen Media Research Center, sagt gegenüber der

Weltwoche: «Die grossen IT-Unternehmen üben eine sehr reale Zensur von Konservativen aus.» Er fügt hinzu: «Die Chefs der Unternehmen räumen ein, dass ihre Mitarbeiter linksliberal sind, verschweigen aber, dass die von ihnen eingeführten inhaltlichen Richtlinien noch weiter links sind. Und die Durchführung der Richtlinien ist den einzelnen Mitarbeitern überlassen, die konservative Stimmen oft zensieren, sperren oder untersagen, besonders auf Twitter.»

Wie diese Regeln praktiziert werden, ist mitunter erschreckend. Im vergangenen Monat erhielt ich als schwarze Journalistin auf Twitter diese Hassbotschaft: «Kraushaarige Nigga, ich hasse dich, ich hasse dich, ich kenn dich überhaupt nicht, aber ich hasse dich abgrundtief» – begleitet von einem rassistischen Foto. Nachdem ich diesen Vorfall gemeldet hatte, wurde mir per E-Mail mitgeteilt: «Wir sind der Sache nachgegangen und zu der Entscheidung gekommen, dass dieser Account nicht gegen unsere Richtlinien verstösst.»

Als Privatunternehmen haben die IT-Giganten das Recht, die Verkehrsregeln auf ihren Privatstrassen festzulegen. Angesichts der willkürlichen Anwendung ihrer undurchsichtigen Standards stellt sich aber die Frage nach Gleichbehandlung und Vertrauen.

David French, Kolumnist des *National Review*, gibt zu bedenken: «Wenn man einen wahren Ideenmarkt schafft – sollte man sich da nicht vom ersten Verfassungszusatz [der die Meinungsfreiheit schützt, die Red.] leiten lassen?»

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Härte und Pragmatismus: Brexit-Befürworter Rees-Mogg (l.) und Nigel Farage.

Tories vor dem Absturz

Der Brexit, das nicht eingelöste Versprechen, könnte die britischen Konservativen bei den Europawahlen teuer zu stehen kommen. Bei meinem Treffen in Westminster rechnet Tory-Leitfigur Jacob Rees-Mogg mit Theresa May und ihrer Entourage ab. *Von James Delingpole*

«Ich bin seit meines Lebens ein loyales Mitglied der Konservativen Partei gewesen, aber nie wieder werde ich die Konservativen wählen.» Hätte ich jedes Mal, wenn mir dies in den letzten sechs Monaten jemand gesagt hätte, einen Penny bekommen, wäre ich ein reicher Mann. Zudem würde ich dem Abfluss des Geldes folgen und sofort auswandern, bevor Jeremy Corbyn an die Macht kommt, die Grenzen schliesst und aus Grossbritannien das nächste Venezuela macht.

Ja, die Situation hierzulande ist hoffnungslos und beängstigend. Wirklich erschreckend ist, dass die Konservative Partei, von der wir Briten uns in Krisenzeiten traditionell Rettung und Trost versprochen, auf ihren endgültigen Untergang zusteuert.

Bei den Kommunalwahlen Anfang des Monats verloren die Konservativen mehr als 1300

Sitze in den Rathäusern – ihre grösste Niederlage in vierundzwanzig Jahren. Bei den EU-Wahlen wird es noch viel schlimmer kommen. Nicht nur können die Tories damit rechnen, von dem haushohen Favoriten – Nigel Farages Brexit Party, der 35 Prozent zugetraut werden – abserviert zu werden. Sie werden vermutlich auch von den ewig chancenlosen Grünen auf Platz fünf oder sechs verdrängt werden. Wenn die Prognosen zutreffen, werden die Tories sogar den niedrigsten Stimmenanteil bei Parlamentswahlen seit ihrer Gründung im Jahr 1834 verzeichnen.

Es droht die Bedeutungslosigkeit

Könnten sich die Konservativen trotzdem rechtzeitig vor den nächsten, vielleicht sogar bald bevorstehenden Parlamentswahlen wieder erholen? Gewiss, das ist nicht ausgeschlos-

sen. Wir sprechen schliesslich von der ältesten Partei der Welt, die, wenn es um ihr Überleben geht, bekannt ist für kompromisslose Härte und Pragmatismus. Aber wenn sie noch etwas aus dem Hut zaubern will, dann drängt die Zeit. Als ich in der letzten Woche mit einem der loyalsten und namhaftesten Tory-Abgeordneten sprach, tönte er nicht sonderlich optimistisch.

«Ist [meinen Parteifreunden] klar, wie kritisch die Lage ist? Nein, überhaupt nicht. Für sie ist alles business as usual», sagte Jacob Rees-Mogg in seinem Büro in Westminster. Solche Worte aus dem Mund dieses normalerweise unerschütterlichen Mannes, der wegen seiner höflichen Umgangsformen und seiner altmodischen Ansichten als «Abgeordneter für den Wahlkreis 18. Jahrhundert» bezeichnet wird, verheissen nichts Gutes. Und dass die Er-

gebnisse der Europawahlen höchstwahrscheinlich kein Weckruf sein werden, macht die Sache nicht besser.

Sollten sich Rees-Moggs Befürchtungen bewahrheiten, dann wäre das alarmierend: Die älteste und erfolgreichste Partei Grossbritanniens – Heimat bedeutender Politiker, von

Das Machtvakuum könnte Jeremy Corbyn mit seiner oppositionellen Labour Party füllen.

Robert Peel und Benjamin Disraeli bis Winston Churchill und Margaret Thatcher – schickt sich an, in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Das Machtvakuum könnte Jeremy Corbyn mit seiner oppositionellen Labour Party in der Downing Street füllen – die radikalste linke Regierung seit Oliver Cromwells Zeiten.

Vertrauen der Wähler ist erschüttert

Wie um Himmels willen konnte es mit der Partei, die sich gern als «natürliche Regierungspartei» sieht, derart abwärtsgehen? Um es mit einem Wort zu sagen: Brexit. Im Juni 2016 stimmten 17,4 Millionen Briten für einen Austritt aus der Europäischen Union – in einem Referendum, dessen Ausgang in jedem Fall respektiert würde, wie der konservative Premier David Cameron zuvor erklärt hatte.

Doch statt sich an dieses Versprechen zu halten, trat Cameron von seinem Amt zurück (weil er stets für einen Verbleib in der EU gewesen war) und übergab die Macht an Theresa May,



«Dann sollen sie halt Kuchen essen»: Theresa May.

ebenfalls eine Pro-Europäerin. In den knapp drei Jahren, die seitdem vergangen sind, hat es May nicht geschafft, einen glaubwürdigen Brexit umzusetzen. Viele Brexit-Befürworter sind der Ansicht, sie habe das Verfahren mit Hilfe ihrer überwiegend proeuropäischen Beamten und mit Unterstützung ihrer Parteifreunde, die mehrheitlich ebenfalls «Remainers» sind, zynisch und gezielt sabotiert.

Das Ergebnis dieser Machenschaften ist, dass Grossbritannien nun vor einer Verfassungskrise steht und das Vertrauen der Wähler in die Demokratie erschüttert ist. Wenn die Regierung verspricht, sich an das Ergebnis eines Referendums zu halten, dieses Versprechen aber nicht einlöst – warum dann überhaupt noch wählen gehen?

Angesichts des traditionell starken Selbsterhaltungstriebes der Konservativen hätte man vermutet, dass sie die Wut und die Frustration, die sich in der grossen Unterstützung für Nigel Farages Brexit Party zeigen, als Weckruf begreifen. Doch die Reaktion von Premierministerin May und ihren unglaublich selbstzufriedenen Kabinettskollegen ähnelt der Reaktion von Marie-Antoinette auf die soziale Not vor der Französischen Revolution: «Dann sollen sie halt Kuchen essen.»

Blairs statt Thatchers Erbe

Womit ich sagen will: Die Konservativen unter Theresa May sind auf dem Weg in den politischen Selbstmord – unbeirrbar, unbelehrbar und trotzig. Dass sie den Brexit nicht umsetzen, ist Teil eines viel tieferen Malaise, das schon begann, als sie Margaret Thatcher, ihrer letzten glaubwürdigen Premierministerin, törichterweise den Laufpass gaben. Seitdem ist die Parteiführung eine Aneinanderreihung von Pseudo-Konservativen – personifiziert von jenem David Cameron, der Thatchers Erbe über Bord warf und sich stattdessen als «Erbe Tony Blairs» brüstete.

Hohe Steuern (vor allem für Gutverdiener), endlose staatliche Vorschriften (etwa die unsinnige Zuckersteuer), Einschränkungen der Redefreiheit, politisch korrekte Polizeibehörden, die einschreiten, wenn jemand auf Twitter anstössige Dinge sagt, aber der Kriminalität (sprunghaft gestiegene Zahl der Messerangriffe) nicht Herr werden, eine von Labour kopierte grüne Energiepolitik, drastisch reduzierte Rüstungsausgaben, ein zerbröselnder sozialistischer Gesundheitsdienst, ein hinausgezögerter, verwässerter Brexit: Für all diese Dinge und vieles andere steht die gegenwärtige Konservative Partei.

Ist es ein Wunder, dass so wenige ihrer natürlichen Anhänger ein unwiderrufliches Ende der Konservativen für möglich halten?

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Inside Washington

Neue Einsichten

Der ehemalige Trump-Gegner Romney ist noch kein Freund des Präsidenten, aber fast.

Der republikanische Senator und zweimal gescheiterte Präsidentschaftskandidat Mitt Romney liess im Washingtoner Establishment eine Bombe platzen. Der Anti-Trump-Fackelträger enttäuschte die «Never Trump»-Fraktion in einem Interview, als er sagte: «Ich glaube, ein Amtsenthebungsverfahren wäre der falsche Weg.»

Jennifer Rubin, die Kolumnistin der *Washington Post* und fanatische Trump-Kritikerin, war wütend: «Der Senator von Utah sollte mehr Rückgrat zeigen.» Der liberale Harvard-Rechtsprofessor Laurence Tribe fragte auf Twitter: «Was will denn Mitt über die rechtlichen Folgen der Justizbehinderung besser wissen als tausend ehemalige Bundesankläger (und ich)?» Nur einen Monat früher hatte der ehemalige Pfadfinderjunge Romney nach Veröffentlichung des Mueller-Reports in seiner Empörung über Trump folgenden Tweet gepostet: «Ich bin angewidert von der verbreiteten Unehrlichkeit und der Irreführung durch die Leute im obersten Zirkel, inklusive Präsident.» Aber nachdem er den Inhalt verdaut und die Meinungsumfragen gelesen hatte, ist er nun unsicher, ob eine Anklage wegen Behinderung der Justiz tatsächlich eine Chance hat. Mehr noch: «Das amerikanische Volk ist nicht bereit dafür.»

Die feministische Aktivistin Amy Siskind ist davon wenig überrascht. Die ehemalige Wall-Street-Managerin verkündete letzten Sonntag ihren 359 000 Followern auf Twitter: «Tut mir leid für die grobe Sprache, aber Trump hat Romney faktisch die Eier abgeschnitten und sie ihm bei seinem Bewerbungsgespräch als möglichem Aussenminister serviert.» Sie spielte damit auf Romneys berühmten Bussgang zum Trump Tower nach der Wahl von 2016 an. Romney hat Trump noch nicht zur Wiederwahl empfohlen, aber sein Einfluss im Senat ist für den Präsidenten viel wichtiger als dessen Stimme im Wahllokal. *Amy Holmes*

Was ist los mit Europa?

Ungeheurer Reichtum, eine halbe Milliarde Einwohner und die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt machen noch keine Confoederatio Europaea und keinen globalen strategischen Akteur.

Von Josef Joffe



Wer führt, wer folgt? Macron, Merkel, Trump (v. l.).

Was ist los mit Europa? Mit ihrer Wirtschaftsleistung liegt die Europäische Union vor China und nur knapp hinter Amerika auf dem zweiten Platz. Demgegenüber fällt das russische Bruttoinlandsprodukt bescheiden aus. Die Länder der EU haben ebenso viele Soldaten wie die Vereinigten Staaten und eine halbe Million mehr als Russland. Die EU hat mehr Einwohner als Amerika und Russland zusammen.

Wo also liegt das Problem? In Zahlen ist die EU ein Gigant, doch nach ihrem Gewicht in der internationalen Politik ist sie ein Zwerg. Sie spielt nicht in der Liga der Supermächte. Der Hauptgrund ist in der jüngeren Geschichte zu suchen. Während des Kalten Kriegs musste Europa seine Macht nicht unter Beweis stellen, denn die Sicherheit Westeuropas wurde von den Amerikanern garantiert. Und am Weihnachtstag 1991 verschwand der Todfeind

von der Bildfläche, die Sowjetunion beging Selbstmord und hinterliess fünfzehn Waisenrepubliken.

Europa war nun «vollständig und frei», wie George H. W. Bush seinerzeit erklärte. Warum noch Machtpolitik betreiben, wo doch das Ende der Geschichte ausgerufen worden war?

So oder so heisst es Abschied zu nehmen von der legendären Stabilität der Bundesrepublik.

In den folgenden 25 Jahren genossen die EU-Mitgliedsstaaten ihre Friedensdividende und bauten ihre Streitkräfte rigoros ab. Europa sonnte sich in seiner Vorreiterrolle einer zivilen Friedensmacht.

Diese unbeschwerten Tage sind vorbei, Europa sieht sich neuen Bedrohungen ausge-

setzt. Seit dem Beginn der europäischen Integration 1952 ist der Kontinent noch nie mit so vielen Gefahren gleichzeitig konfrontiert gewesen.

Wladimir Putin, der Russland wieder auf alter Grösse verhelfen will, setzt der EU im Osten zu. Erst annektierte er die Krim, dann ermunterte er lokale Separatisten, sich von der Ukraine abzuspalten. Überall in Europa fordert er die Nato heraus.

Lohn und Brot

Im Süden wird der Kontinent von riesigen Zivilarmeen bedrängt – afrikanischen Migranten und nahöstlichen Flüchtlingen. Die stark regulierten europäischen Volkswirtschaften sind freilich nicht so organisiert, dass sie die «Müden, Armen und geknechteten Massen» (von denen die amerikanische Freiheitsstatue spricht) rasch in Lohn und Brot bringen könnten.

Das Tempo der Integration bleibt hinter den Zuwanderungszahlen zurück. Das ist der Kern des Problems. Der Markt für rechtsextreme, einwanderungskritische Parteien boomt. In fast allen europäischen Parlamenten sind sie inzwischen vertreten. In sieben Ländern, an erster Stelle Italien und Österreich, regieren sie mit oder stützen die regierende Koalition. Fazit: Offene Grenzen in Verbindung mit einem grosszügigen Sozialstaat schaffen keine Glückseligkeit, sondern Ressentiments, Neid und eine kulturelle Gegenbewegung.

Im Westen führt Donald Trump Handelskriege gegen die EU. Allzu lange, findet er, hätten sich die bequemen Europäer auf den Schutz von Uncle Sam verlassen. Seine Botschaft: Zahlt gefälligst, oder wir ziehen ab.

Seit der Annexion der Krim 2014 haben die europäischen Nato-Staaten ihre Verteidigungsausgaben erhöht. Aber mit Geld kann man nicht alles kaufen. Europas misslichstes Problem ist, dass es nicht existiert – weder als Staat noch als strategischer Akteur, der sich unter den säbelrasselnden Grossmächten behaupten könnte.

Heiliger Gral der Demokratie

Gewiss, die EU hat enorme Schritte hin zu jener «immer engeren Union» unternommen, die im Gründungsvertrag von 1957 avisiert worden war. Es wurden supranationale Einrichtungen geschaffen: das Europäische Parlament, ein Gerichtshof, die Europäische Kommission als Quasi-Exekutive, eine gemeinsame Währung, ein immer grösserer Korpus von EU-Gesetzen, ja sogar integrierte Battlegroups. Aber all das macht noch keine Vereinigten Staaten von Europa.

Die moderne Geschichte kennt keinen Fall, in dem Nationalstaaten sich aus freien Stücken zusammengeschlossen haben. Das Vereinigte Königreich ist das Produkt endloser Kriege zwischen verfeindeten Völkern. 1871 wurde aus 25 Staaten (Königreiche, Fürstentümer und Freie Städte) mit «Blut und Eisen» das Deutsche Reich geschmiedet. In Amerika brauchte es einen mörderischen Bürgerkrieg, um aus Nord und Süd eine Nation zu machen.

Vereinigung, so die historische Lehre, wird nicht von Ausschüssen erreicht, die das in Brüssel vorgeben. Oder von nationalen Parlamenten, die sich um der übergeordneten europäischen Sache willen selbst entmachten. Um wie die Vereinigten Staaten in der Welt als Schwergewicht bestehen zu können, muss Europa das Problem der Souveränität knacken, vor allem in Sachen Verteidigung und Staatsfinanzen.

Dieses Europa wird auf absehbare Zeit keinen Krieg führen, weil eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten das nicht will. Keine gewählte Regierung wird Staatshaushalt und Steuern an Brüssel abgeben – zumal, wenn die wirtschaftliche Lage bei den nächsten Wahlen über ihr Schick-

salentscheidet. Kein nationales Parlament wird auf Finanzhoheit verzichten, den Heiligen Gral demokratischen Regierungshandelns.

Motor der europäischen Integration war von Anfang an die deutsch-französische Partnerschaft. Dieses Verhältnis war nie problemlos. Heute bilden zwei Regierungen dieses Gespann, die uneins und bei den Wählern nicht sonderlich beliebt sind.

Wer führt und wer folgt? Das ist die Grundfrage jeder Politik. Angela Merkel galt jahrelang als ungekrönte Königin Europas. Nun sind ihre Tage gezählt, und das mag der Preis dafür sein, dass sie 2015/2016 mehr als einer Million Flüchtlingen aus dem Nahen Osten die Grenzen geöffnet hat.

Während Merkel stolperte, begann Emmanuel Macrons glanzvoller Aufstieg. Seine Rhetorik war kühn, seine Ambitionen waren grandios. Er versprach, Frankreich «wieder gross zu machen» und die EU voranzubringen.

Heute, in seinem zweiten Präsidentschaftsjahr, steht der Kaiser nackt da. Wie so viele Regierungen vor ihm, geriet auch die seine unter den Druck der Strasse. Ausgelöst wurde der Protest der Gelbwesten durch seine «grüne» Benzinsteuer, doch im Grunde richtete sich ihr Zorn gegen den «Macronismus» – den Ver-

Europas misslichstes Problem ist, dass es nicht existiert – weder als Staat noch als strategischer Akteur.

such des Präsidenten, die starren Arbeitsgesetze zu lockern und überkommene Privilegien abzuschaffen.

Nach drei Wochen lenkte die Regierung ein, wie so oft in der Vergangenheit, wenn Fischer, Fernfahrer, Bauern oder Studenten auf die Strasse gingen. Die Einführung der Benzinsteuer wurde um ein halbes Jahr verschoben. Die Demonstranten, die ihre Macht gezeigt hatten, verlangten immer weitere Zugeständnisse. Von Reformen und Erneuerung à la Macron blieb nicht viel übrig.

Bleibt sie?

Angela Merkel wurde nicht von Demonstranten bestraft, sondern von den Wählern. Im Herbst 2018 wurde ihrer CDU in zwei wichtigen Bundesländern ein Denkmittel verpasst, während die einwanderungskritische Alternative für Deutschland (AfD) ihre Wahlergebnisse um bis zu zehn Prozentpunkte verbessern konnte. Merkel verstand die Botschaft und trat als Parteivorsitzende zurück. Im Dezember wurde Annegret Kramp-Karrenbauer, eine Merkel-Vertraute, zur Nachfolgerin gewählt.

Es war eine geordnete Machtübergabe, doch es ist fraglich, ob Merkel bis 2021 im Amt bleiben wird. So oder so heisst es Abschied zu nehmen von der legendären Stabilität der Bundesrepublik, die seit dem Ende des Zweiten

Weltkriegs nur acht Kanzler hatte, während Italien 65 Regierungen verheizt hat.

Die Sozialdemokraten, wie überall in Europa, versinken in Bedeutungslosigkeit, und die parlamentarische Landschaft ist in sechs Parteien aufgesplittert, darunter zwei, die die radikale Linke und Rechte repräsentieren. Dies verspricht brüchige Koalitionen und kurzlebige Regierungen in einem Land, das einmal Europas Fels in der Brandung war.

Das deutsch-französische Gespann geht also an Krücken. Die beiden Partner sind sich nie einig darin gewesen, wie eine «immer engere Union» und der Weg dorthin aussehen soll. Die Franzosen setzen nach Jahrhunderten absolutistischer Herrschaft auf den Staat, der sie rundum versorgt. Sie misstrauen dem freien Markt und versprechen sich vom Staat ein behütetes Dasein. Die Deutschen dagegen blicken auf ein Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation zurück, das aus unzähligen Fürstentümern, Herzogtümern und reichsfreien Städten bestand. Zumal nach den zwölf Jahren Nazidiktatur halten die Deutschen an Föderalismus und Ländervorrechten fest, während Frankreich weiterhin eine Bastion des Zentralismus ist.

«Italien zuerst»

Macron will ein europäisches Budget und einen europäischen Finanzminister, damit der stagnierende Süden am Reichtum der Deutschen partizipieren kann. Mit ihren ausgeglichenen Staatsfinanzen bestehen die Deutschen natürlich auf fiskalischer Disziplin und drängen die Mitglieder des «Club Med», ihr Haus in Ordnung zu bringen. Dieser Streit zwischen dem (protestantischen) Norden und dem (katholischen) Süden belastet die EU seit je. Heute ist dieser Konflikt nur einer von vielen Stolpersteinen auf dem Weg zu einer «immer engeren Union». Während in der Welt allenthalben Stärke demonstriert wird, zersplittert die EU.

Der Brexit ist das eklatanteste Symptom von Europamüdigkeit. Das Vereinigte Königreich würde lieber allein dastehen, als sich Brüssel zu unterwerfen, und seien die Scheidungskosten noch so hoch. Die Brexiteers wollen nicht nur keine «immer engere Union», sie wollen überhaupt keine Union.

Polen und Ungarn marschieren zu den Klängen eines autoritären Nationalismus. Subventionen aus Brüssel sind ihnen willkommen, aber die ihnen auferlegten rechtsstaatlichen Werte lehnen sie ab.

Italien ist ein Fall für sich. Dort regiert, zum ersten Mal in der EU, eine Koalition aus rechten und linken Populisten. Lega und Fünf-Sterne-Bewegung, einander in inniger Feindschaft verbunden, werden nur durch «Italien zuerst» und antieuropäische Ressentiments zusammengehalten. Wenn sie die Staatsverschuldung, die grösste in der Eurozone, nicht

deutlich zurückfahren, wird die griechische Eurokrise ein Schluckauf gewesen sein. Der wirtschaftliche Zwerg Griechenland kann gerettet werden, nicht aber Italien, die viertgrösste Volkswirtschaft Europas.

In der Welt sind Geopolitik und Geo-Ökonomie wieder auf der Tagesordnung. Russland reisst sich Territorium unter den Nagel, China stösst mit seiner Neuen Seidenstrasse bis nach Europa vor, und Präsident Trump ist entschlossen, mit Brachialgewalt günstigere Handelsbeziehungen für Amerika durchzusetzen. Seine Verachtung für Europa, namentlich für Kanzlerin Merkel, ist grenzenlos. Für ihn ist Europa eine fette Maus, die sich nicht traut, zu brüllen. Die USA, China und Russland rüsten auf und stecken Einflusssphären ab. Wo bleiben da die 450 Millionen Post-Brexit-Europäer mit ihrer zweitgrössten Wirtschaftsleistung der Welt?

Das 21. Jahrhundert hat «Zivilmacht» entwertet. Europas beste Waffen – Handel, freundliche Überredung und institutionalisierte Konfliktlösungen – sind stumpf geworden. Trotz all der atemberaubenden Fortschritte unserer Epoche – Digitalisierung, globale Finanzwirtschaft und Echtzeitkommunikation – erinnert die heutige Arena der internationalen Politik eher an das 18. und 19. Jahrhundert als an die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, das goldene Zeitalter des Westens.

Sehnsucht nach Glanz und Gloria

Wenn Waffen Einfluss verschaffen, so zählt wirtschaftliche Macht nur noch bedingt. Solange in dem Samthandschuh der Diplomatie keine eiserne Faust steckt, werden Staaten keine erfolgreiche Machtpolitik betreiben

Heldentum ist out, Friedfertigkeit ist in – und obendrein viel billiger.

können. Das gilt auch für die EU, allerdings eher aus psychologischen Gründen als wegen mangelnder Ressourcen. Siebzig Jahre unter dem strategischen Schutzschirm der Amerikaner und davor zwei mörderische Weltkriege haben einen beispiellosen kulturellen Wandel in Gang gesetzt.

Einst waren die Europäer militärische Mächte, die die ganze Welt eroberten. Doch zwei katastrophale Weltkriege, die fast zum Selbstmord Europas führten, nicht zu reden von der industriellen Vernichtung der Juden, haben der kollektiven Psyche zugesetzt. Das «Nie wieder!» ist stärker als alle Sehnsucht nach Glanz und Gloria. Heldentum ist out, Friedfertigkeit ist in – und obendrein viel billiger.

Vielleicht hatte Alexis de Tocqueville recht, als er der bürgerlichen Gesellschaft «jene kühle Vernunft» zuschrieb, «welche die Menschen immer unempfindlicher macht gegen den verlockenden Lärm der Waffen und den Geist des Militärischen schwächt». Es sei eine «allgemeine Regel, wonach in den zivilisierten Völkern die kriegerischen Leidenschaften schwin-



Die unbeschwerteten Tage sind vorbei: Präsident Putin.

den, je mehr die gesellschaftlichen Bedingungen von Gleichheit geprägt werden».

Tocqueville hat vor zweihundert Jahren erkannt, was heute der Fall ist. Wo in Europa sind die riesigen Flaggen, die amerikanische Tankstellen schmücken? Früher war eine Offizierskarriere der rascheste Weg zu Ansehen und Aufstieg. Heute geniesst das Militär etwa so viel Prestige wie die Post. Soldat sein ist ein Job, keine Berufung im Dienste der Nation. Nur in Frankreich und Grossbritannien halten sich Reste einer alten soldatischen Kultur, deren Werte – Ehre, Pflicht, Selbstaufopferung – anderswo zivilen Werten wie Kooperation und Kompromiss Platz gemacht haben.

Europa ist stolz auf seine neue Rolle als moralische Supermacht, die sich nicht mehr mit der Kriegskunst beschäftigt. Vielmehr predigt man der Welt die Vorzüge von Kompromissbereitschaft und geregelter Miteinander und zeigt, dass Konflikte in eine Win-win-Situation für alle Beteiligten aufgelöst werden können. Das ist es, worauf Zivilmächte sich am besten verstehen, und darin liegt der grosse komparative Vorteil der EU. Carl von Clausewitz, der auf den nahtlosen Übergang von Gewalt und Politik hinwies, wohnt hier nicht mehr.

Heutzutage verliert das europäische Modell an Strahlkraft, weil seine kulturelle Transformation von zuverlässigen amerikanischen Sicherheitsgarantien abhing. Dieser Pfeiler ist brüchig geworden. Wie Angela Merkel feststellte, müsse Europa in Zeiten von Trump «sein Schicksal ein Stück weit selbst in die Hand nehmen».

Gut gesagt. Aber Europas Tragik ist die Kluft zwischen seinem immensen Reichtum und

seiner Unentschlossenheit, zwischen seiner glorreichen Vergangenheit und einer Zukunft, die sich angesichts der Rückkehr der Machtpolitik verdüstert. Die neuen Bedrohungen schwächen die vielen zivilen Pluspunkte der EU: Handel und Investition, gütliches Zureden und Kooptierung. Die Union wuchs von sechs auf 28 Mitglieder an. Aber es braucht die «Vereinigten Staaten von Europa», wenn Europa in der Liga der Grossmächte mitspielen will, in der militärische Stärke wieder schwerer wiegt.

Eigeninteresse und Klugheit

Die Zeit arbeitet nicht für Europa, das von Wladimir Putin bedrängt und von Donald Trump unter Druck gesetzt wird. Es spricht also einiges dafür, eine glaubwürdige Streitmacht innerhalb der Nato, der ältesten Allianz freier Nationen in der Geschichte, aufzustellen und auszurüsten. Warum die Nato? Eine nüchterne Analyse dürfte Amerikanern und Europäern deutlich machen, wie vorteilhaft das Bündnis ist.

Für die Europäer ist ein grosser amerikanischer Schutzschirm zuverlässiger als viele kleine europäische, solange eine europäische Gemeinschaftsarmee ein schöner Traum ist. Für die Vereinigten Staaten geht es darum, Präsenz zu zeigen. Die Allianz, deren 70. Geburtstag im April dieses Jahres gefeiert wurde, hat den Amerikanern eine Neuauflage der beiden Weltkriege erspart, in denen sie zunächst abwarteten und dann mit Hunderttausenden Toten bezahlen mussten, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Die USA würden mit bleibenden Beistandsgarantien für Europa ihren eigenen Interessen dienen. In einer Welt, in der Russland und China Amerika zurückdrängen wollen, werden die Amerikaner tun, was Eigeninteresse und politische Klugheit verlangen. Ohne seine älteren europäischen Cousins wäre Amerika ein einsamer, humpelnder Gigant. Auf seinen grössten strategischen Vorteil zu verzichten, wäre eine Torheit, die nicht einmal Trumps «Make America Great Again»-Wählern gefallen würde.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Josef Joffe ist Mitglied des Herausgebergremiums der Wochenzeitung *Die Zeit* und Fellow an der Hoover Institution der Stanford University. Sein jüngstes Buch, «Der gute Deutsche. Die Karriere einer moralischen Supermacht», ist 2018 bei Bertelsmann erschienen.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von *Commentary Magazine New York*.

Zumthors Krönung in Hollywood

Architekt Peter Zumthor baut in Los Angeles das grösste Kunstmuseum im Westen Amerikas. Sein 650-Millionen-Dollar-Entwurf wird scharf kritisiert. Doch Filmstars wie Brad Pitt und Diane Keaton setzen sich für den Schweizer ein. *Von Benjamin Bögli*

In Los Angeles sind selbst die scheinbar trockensten Ratssitzungen grosses Kino. An diesem Dienstagmorgen im April geht es um «Agenda Item 41». Also darum, ob die Bezirksregierung Peter Zumthors Pläne für einen Neu- und Umbau des Los Angeles County Museum of Art (Lacma) bewilligt und das Grossprojekt mit 125 Millionen Dollar unterstützt.

Die Ratspräsidentin ruft «Redner Mr. Pitt» auf, der jetzt zwei Minuten Zeit hat, sich für oder gegen den Bau auszusprechen. Mr. Pitt ist Hollywoodstar Brad Pitt und, wie sich gleich herausstellen wird, ein grosser Bewunderer des Schweizer Architekten.

Zumthor, 76, der zum ersten Mal in Amerika baut, plant, den grössten Teil des 1965 errichteten, an Hollywood grenzenden Museums abzureissen und durch einen Neubau zu ersetzen. Dieser zieht sich auf spektakuläre Weise, brückenähnlich schwebend, über den Wilshire Boulevard. Die Besucher können so die Kunst auf einer einzigen, rund 30 000 Quadratmeter grossen Plattform betrachten. Es ist das bisher grösste Projekt des Baslers.

Zumthor baue «von der Seele für die Seele», schwärmt Pitt. Er sei einer «der grossen Architekten unserer Zeit», die «Momente» kreierte – ein «Meister des Schattens und des Lichts».

Man merke das erst, wenn man in einem seiner Gebäude stehe, erklärt der Schauspieler, der so richtig in Fahrt kommt. «Wir machen hier nur einen Take, Mr Pitt», mahnt ihn die Ratspräsidentin scherzhaft mit Blick auf die Uhr.

Nicht alle sind vom genialen Architekten Zumthor so begeistert wie Brad Pitt. Die *Los Angeles Times* und das amerikanische Fachmagazin *The Architect's Newspaper* betrieben vor der entscheidenden Ratssitzung eine regelrechte Kampagne gegen den Neubau. Diese gipfelte in einem Kommentar des *Times*-Kunstkritikers an die Adresse der Behörde mit dem Titel «Lehnt den Redesign-Plan ab und geht zurück an den Zeichnungstisch!».

Wo liegt das Problem? Die ersten Baupläne veröffentlichte das Lacma 2013. Seither hat Zumthor verschiedene Änderungen vorgenommen. Die Kritik nahm aber nicht ab, im Gegenteil. Es gab ästhetische Einwände («Gleicht einem Salontisch» oder erinnere an



«Meister des Schattens und des Lichts»: Zumthors LA County Museum of Art (Visualisierung).

einen «Kleinstadt-Flughafenterminal»), aber das ist bei fast jedem Neubau so. Andere Vorwürfe betrafen die fehlende Transparenz: Der Auftrag ging ohne branchenüblichen Wettbewerb direkt an Zumthor. Oder es wurden die Kosten und die Grösse kritisiert: Das neue

Museum sei zu teuer und zu klein und werde dem enzyklopädischen Anspruch des Hauses nicht gerecht.

Das *Architect's Newspaper* sprach gar von einem «Geist des Kolonialismus mit mächtigen Leuten wie Zumthor und Museumsdirektor Michael Govan an der

Spitze», die wenig Feingefühl für die Umgebung und die Befindlichkeit der Bevölkerung aufbrächten. Die *Weltwoche* bat Zumthor erfolglos um eine Stellungnahme.

In der Tat kann man das Projekt elitär nennen. Nach Brad Pitt durfte sich an der Ratssitzung auch noch Hollywoodlegende Diane Keaton für Zumthor starkmachen.

Sie wies auf seine vielen Architekturauszeichnungen hin – darunter den Pritzker-Preis und die britische Royal Gold Medal. Das sei so, wie wenn ein Schauspieler vierzehn Oscars gewinnen würde. «Was also unmöglich wäre», rief Keaton dem Rat verzückt zu.

Bei den Leuten, die den Neubau finanzieren, handelt es sich noch um ganz andere Kaliber. Jerry Perenchio, einer der erfolgreichsten Medienunternehmer überhaupt, kündigte 2014 an, den grössten Teil seiner privaten Kunstsammlung dem Lacma zu vermachen. Diese umfasste rund fünfzig Werke, unter anderem von Rodin,

Monet, Manet, Cézanne, Picasso, Degas und Henry Moore, und hat einen Wert von ungefähr einer halben Milliarde Dollar. Perenchio, der 2017 starb, knüpfte seine Gabe an eine Bedingung: Die Werke dürften nur im neuen Lacma ausgestellt werden, dessen Bau er gleich noch mit 25 Millionen Dollar unterstützte.

Einstimmige Regierung

Perenchio, der überzeugte Republikaner, machte den Anfang. Hollywoodmogul David Geffen, der Obama in dessen erstem Wahlkampf unterstützt hatte, legte nach. Mit einer Schenkung – der höchsten, die das Museum je erhielt – von 150 Millionen Dollar beteiligte er sich ebenfalls am Neubau. Eine der berühmtesten amerikanischen Kunstsammlerinnen, die Milliardärin Elaine Wynn, spendete 50 Millionen, der Unternehmer Eric Smidt zusammen mit seiner Frau Susan 25 Millionen Dollar.

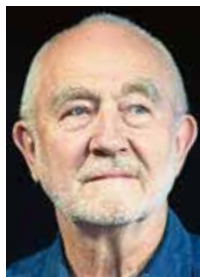
Unterdessen seien 85 Prozent der Gesamtkosten von 650 Millionen Dollar beschafft, sagt Museumsdirektor Govan, der im April der Regierung von Los Angeles den finalen Bauplan Zumthors präsentierte. Die öffentliche Hand müsse bloss 10 Prozent beisteuern.

Eines der letzten Voten kommt an diesem Vormittag von Anwohner Eduardo Agurica. Er kritisiert als einer von wenigen im Saal das Zumthor-Projekt. Agurica spricht von «Kumpagnei»: Amerikanische Architekten seien von der Vergabe des Auftrages ausgeschlossen gewesen. Die fünf Regierungsmitglieder lässt dies kalt. Sie stimmen dem Projekt einstimmig zu.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird noch dieses Jahr mit den Bauarbeiten begonnen. Anfang 2024 soll das neue Los Angeles County Museum of Art von Peter Zumthor eröffnet werden. ○



Brad Pitt.



Peter Zumthor.



Schiefe Töne: Madonna am Eurovision Song Contest, 2019.



Ikone der Woche

Krieg und Frieden

Von Rico Bandle

Man traute den Ohren kaum, als Madonna am Eurovision Song Contest die ersten Zeilen ihres Hits «Like a Prayer» intonierte. Stimmt etwas mit dem Fernseher nicht? Spielt da ein Tontechniker dem Popstar übel mit? Dass Madonnas Stimme eher dünn ist, ist kein Geheimnis. Aber dass sie bei jedem Ton daneben trifft?

In den Tagen nach ihrem Auftritt wurde die mittlerweile sechzigjährige Sängerin mit Häme überschüttet. Dies mitanzusehen zu müssen, schmerzte noch mehr als ihr verpatzter Auftritt.

Was ist Madonna für eine grosse Künstlerin gewesen! Bei ihr ging es immer um mehr als nur um Musik: um ein Lebensgefühl, um Politik, um alles. Mit ihren freizügigen Auftritten und ihrem Buch «Sex» wurde sie einerseits für Millionen von Frauen zur Ikone für ein selbstbestimmtes Leben, andererseits beflügelte sie die Fantasien einer ganzen Generation junger Männer. Ihr liebstes Thema, Sex und Religion, hatte damals eine enorme Sprengkraft. Madonna liess sich auf der Bühne ans Kreuz binden – die perfekte Provokation.

2008 spielte die Verwandlungskünstlerin auf dem Flugplatz Dübendorf vor 73 000 Zuschauern; es war das bis dahin grösste Konzert, das es in der Schweiz je gegeben hatte. Vier Jahre später war sie wieder in der Schweiz, im Letzigrundstadion. Doch der Hype war vorbei. Ich kaufte ein Billett bei einem Strassenhändler für zwanzig Franken, einen Bruchteil des Originalpreises. Der Verkäufer war froh, überhaupt einen Abnehmer gefunden zu haben. Dass Madonna auf der Bühne von *peace* und *love* redete, im nächsten Augenblick einen (ziemlich coolen) Song spielte, bei dem sie mit einem Maschinengewehr Männer abknallte, zeigte, wie beliebig sie geworden war.

Und jetzt dieser Auftritt am Eurovision Song Contest. Mit einer Entourage von 135 Personen war sie nach Tel Aviv gereist. Die Auftrittskosten von 1,15 Millionen Euro soll der israelisch-kanadische Milliardär Sylvan Adams übernommen haben. Die Proben fanden im Geheimen statt, nichts sollte im Vorfeld bekanntwerden. Doch über die Show, ein opulentes Melodram über Krieg und Frieden, inklusive angedeuteter Versöhnung Israels mit den Palästinensern, sprach nachher niemand. Nur über die schiefen Töne und Madonnas verstörenden Gesichtsausdruck.

Die einst so grosse Entertainerin tat einem nur noch leid. Dass sie später auf Youtube ein Video des Auftritts veröffentlichte mit nachträglich aufgebessertem Gesang, war der Schlusspunkt eines traurigen Spektakels.



«Wir sehen uns wieder, das verspreche ich Ihnen!»

Fernsehen

Dem letzten Überlebenden gelingt die Flucht

Streaming-Dienste haben die Massenproduktion von Filmen und Serien perfektioniert. Der Nachschub darf nie abreißen. Also werden die immergleichen Geschichten stets neu umgesetzt. Eine Liste der gängigen Schablonen. *Von Linus Reichlin*

Bisher konnte man davon ausgehen, dass Spielfilme ein handwerkliches Produkt sind: das künstlerische Äquivalent von handgefertigtem Alpkäse, der noch vom Sennen höchstpersönlich in Einzelproduktion hergestellt wird. Doch in den vergangenen Jahren haben die Streaming-Dienste, für die hier Netflix als leuchtendes Beispiel stehen soll, den Spielfilm ins Zeitalter der Massenproduktion hinübergeführt. Das war vermutlich keine bewusste Entscheidung der Netflix-Betreiber, sondern es ergab sich ganz einfach aus dem Abonnementprinzip, auf dem Netflix basiert. Dieses Prinzip zwingt die Betreiber zu einer fortwährenden Nachschubliefereung: Es darf kein Monat ohne neue Filme verstreichen. Und diese neuen Filme müssen Abonnenten mit ganz unterschiedlichen Vorlieben gefallen, es muss für jeden etwas nach seinem Geschmack dabei sein. Die Betreiber können es sich nicht leisten, irgendwelche Experimente zu machen. Also wählen sie den sichersten Weg und beliefern die Abonnenten mit neuen Filmen, deren Handlung und Machart derjenigen früherer Filme ähnlich sind, die den Abonnenten gefallen haben. Das hat nichts mit den herkömmlichen Filmgenres wie Liebesdrama, Thriller, Science-Fiction und so weiter zu tun, die der eine mag und der andere nicht. Der Netflix-Algorithmus, der die Vorlieben der Abonnenten analysiert, ist viel raffinierter: Er ermittelt nicht die Vorlieben der

Abonnenten für ein bestimmtes Genre, sondern für bestimmte Geschichten. Diese Geschichten werden dann, um sie zielsicher und in grosser Menge für die unterschiedlichen Abonnentenbedürfnisse verfilmen zu können, schablonisiert, so dass der regelmässige Netflix-Nutzer im übertragenen Sinn monatlich seinen Scheiben-Emmentaler in der praktischen Aufreisspackung kriegt, und erschmeckt jedes Mal genau so, wie man es mag, und nie sind die Löcher zu gross. Das ist aber andererseits auch der Grund für das Gefühl der Enttäuschung, das viele Netflix-Abonnenten nach einer gewissen Zeit beschleicht: Hat man diese Filme nicht alle schon mal gesehen? Die Methode der Schablonisierung von Filmhandlungen könnte sich für die Betreiber eines Tages rächen, indem die überfütterten Zuschauer sich wieder anderen Freizeitvergnügen zuwenden, die neue Reize bieten.

Hier nun eine Liste gängiger Schablonen, mit denen Netflix und die anderen Streaming-Dienste arbeiten.

Weltraumschinken

Ein Raumschiff dringt ins Unbekannte vor, auf der Spur einer früheren Mission, die einen Notruf abgesetzt hat. Die Besatzung besteht aus Mikrobiologen. Eine Probe wird an Bord geholt. Das Sicherheitssystem des Labors versagt. Das Alien wird immer grösser. Kein Happyend, auch nicht für das Alien. Kernsatz:

«Wir müssen versuchen, es in die Hyperraum-Brennkammer zu locken!»

Horrorhaus

Ein abgelegenes Haus. Ehepaar/Frau/Gruppe von Jugendlichen hat nachts einen Unfall und möchte im Haus telefonieren. Bewohner des Hauses (nie zwei junge Männer oder junge Frauen, immer älteres Ehepaar oder alter Mann oder Gruppe älterer Leute) sind am Anfang freundlich. Danach zunehmendes Gemetzel. Aber immer Happyend beziehungsweise dem letzten Überlebenden gelingt die Flucht. Kernsatz: «Das gefällt mir ganz und gar nicht.»

Frau setzt sich durch (historisch)

Spielt immer im 19. Jahrhundert. Frau geht zu den Indianern, oder sie erfindet etwas, von dem wir immer dachten, dass ein Mann es erfunden hat, oder sie führt ein unkonventionelles Leben (lesbisch o.Ä.). Männer mit Bärten und Zylindern versuchen, sie zu stoppen. Doch sie setzt sich durch. Immer Happyend, meistens an einem Meeresufer. Kernsatz: «Heiraten werde ich erst, wenn das letzte Kind auf dieser Erde gegen Typhus geimpft ist!»

Amerikanischer Traum

Mann steigt auf. Zuerst wünscht man es ihm. Danach verändert der Erfolg ihn, er wird zum Scheusal. Daraufhin beruflicher und gesellschaftlicher Absturz. Reue, Rückkehr zu den



menschlichen Wurzeln. Melancholisches Happyend: Gründet Waisenhaus o.Ä. Kernsatz: «Sie wollen mir drohen? Wissen Sie nicht, wer ich bin?!»

Der unschuldige Schuldige

Jemand (früher immer Mann, heutzutage oft Frau) wird beschuldigt, ein Verbrechen begangen zu haben. Doch sie war es nicht. Sie verbringt einen Film lang damit, ihre Unschuld zu beweisen. Springt am Schluss über Dächer. Täter ist immer jemand aus Wirtschaft

Das Gefühl, das viele Abonnenten beschleicht: Hat man diese Filme nicht alle schon mal gesehen?

und Politik (Pharmaindustrie/Energiebranche/Bürgermeisterbranche). Immer Happyend, aber bitter: So ungerecht ist die Welt! Kernsatz: «Wir sehen uns wieder, das verspreche ich Ihnen!»

Professorenfilm

Attraktiver Professor führt schönes Leben. Dann verschwindet Frau/Tochter/Freundin/Studentin, jedenfalls immer eine Frau. Verdacht, dass er etwas mit ihrem Verschwinden zu tun hat. Er sucht sie (häufig in fremden Ländern). Er findet sie und wäscht sich vom Verdacht rein. Führt wieder schönes Leben. Kernsatz: «Beirut? Sie war in Beirut?»

Nouveau Western

Eine Gruppe von kernigen Männern wird unfreiwillig zur Gruppe, um eine scheinbar unlösbare Aufgabe zu lösen. Etwa, den weltgrößten Diamanten klauen, Hitler besiegen, einen Meteoriten aufhalten usw. Einer von ihnen ist unglaublich clever und hält die Gruppe zu-

sammen. Immer Happyend (kaum je Verluste). «Du steckst da genauso mit drin wie wir alle!»

Die leidenden Genies

Ein genialer Ermittler, der aber nicht offiziell für die Polizei arbeitet, löst ungelöste Kriminalfälle, weil ihm auch nicht das kleinste Detail entgeht. Er ist einzigartig, finanziell unabhängig, hat niemals Sex: Er ist, wie wir gern sein möchten. Immer Happyend. Kernsatz: «Es ist meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass Sie der Mörder sind!»

Endzeitschinken

Die Zivilisation ist zerstört (Epidemie/von der Regierung verursachter unnötiger Atomkrieg). Aber eine kleine Gruppe Überlebender oder eine Mutter mit Kind, Eltern mit zwei Kindern (immer Mädchen/Junge) schlagen sich durch und kämpfen gegen Gruppen, die in die Barbarei zurückgefallen sind (die Barbarengruppen bestehen immer aus Männern zwischen dreissig und vierzig – es gibt nur wenige weibliche und gar keine über vierzigjährigen Barbaren). Immer mit Happyend: Nach Beseitigung der Barbaren gibt es wieder Briefträger. Kernsatz: «Papa! Pass auf!»

Der Rückkehrer

Alter Mann (nie Frau) wird zurückgeholt, weil die Jungen nicht mehr weiterwissen. Ihm werden für die Erfüllung des Auftrags strenge Auflagen gemacht, man kennt ja seine unkonventionellen Methoden. Er missachtet alle Auflagen und löst seine Aufgabe auf seine Weise, allerdings nicht, ohne zuvor an die Grenzen seiner Fähigkeiten gekommen zu sein; zeitweise denkt er ernsthaft, dass er für den Job zu alt ist. Mässiges Happyend mit melancholischer

Note. Kernsatz: «Erinnerst du dich an die Sache in Chicago?»

Kapitalismuskritik

Ein Konzern testet Medikamente an Babys oder Obdachlosen/Prostituierten. Einzelgängerheld(in) deckt die Machenschaften auf. Ganz allein, gegen den Widerstand der ignoranten Polizei und korrupter Lokalpolitiker. Endet mit Verhaftung des Konzernchefs. Happyend, das nachdenklich stimmt: Kann man denn wirklich niemandem mehr trauen? Kernsatz: «Glauben Sie wirklich, dass Sie gegen diese Leute etwas ausrichten können?»

Drohende globale Katastrophe

Unkonventioneller Wissenschaftler findet etwas Ungeheuerliches heraus. Niemand glaubt ihm, vor allem der amerikanische Präsident nicht. Doch dann bewahrheitet sich der Verdacht des unkonventionellen Wissenschaftlers, und jetzt hat die Menschheit noch 48 Stunden Zeit, um das Problem zu lösen. Der unkonventionelle Wissenschaftler löst das Problem mit unkonventionellen Methoden. Immer Happyend. Kernsatz: «Was in Gottes Namen war das?»

Organisiertes Verbrechen

Ein junger Mann (bisher fehlt noch die weibliche Variante) aus den Elendsvierteln prügelt und killt sich zum Chef einer kriminellen Organisation hoch (Sizilien, New York, Kolumbien etc.) Er führt ein ganz normales Familienleben, hat eine Geliebte usw. Zwei Mächte kämpfen gegen ihn: jemand aus der eigenen Organisation und ein fanatischer Ermittler der machtlosen Polizei. Zuschauer ist auf der Seite des Gangsters. Nie Happyend, immer Tod im Kugelhagel oder Verhaftung. Kernsatz: «Du weisst, was du zu tun hast.»

Mit der Maschine im Bett

Der britische Star-Autor Ian McEwan widmet sich in seinem neuen Roman der künstlichen Intelligenz. Was passiert, wenn die Rechenleistung schneller ist als der menschliche Erkenntnisgewinn?

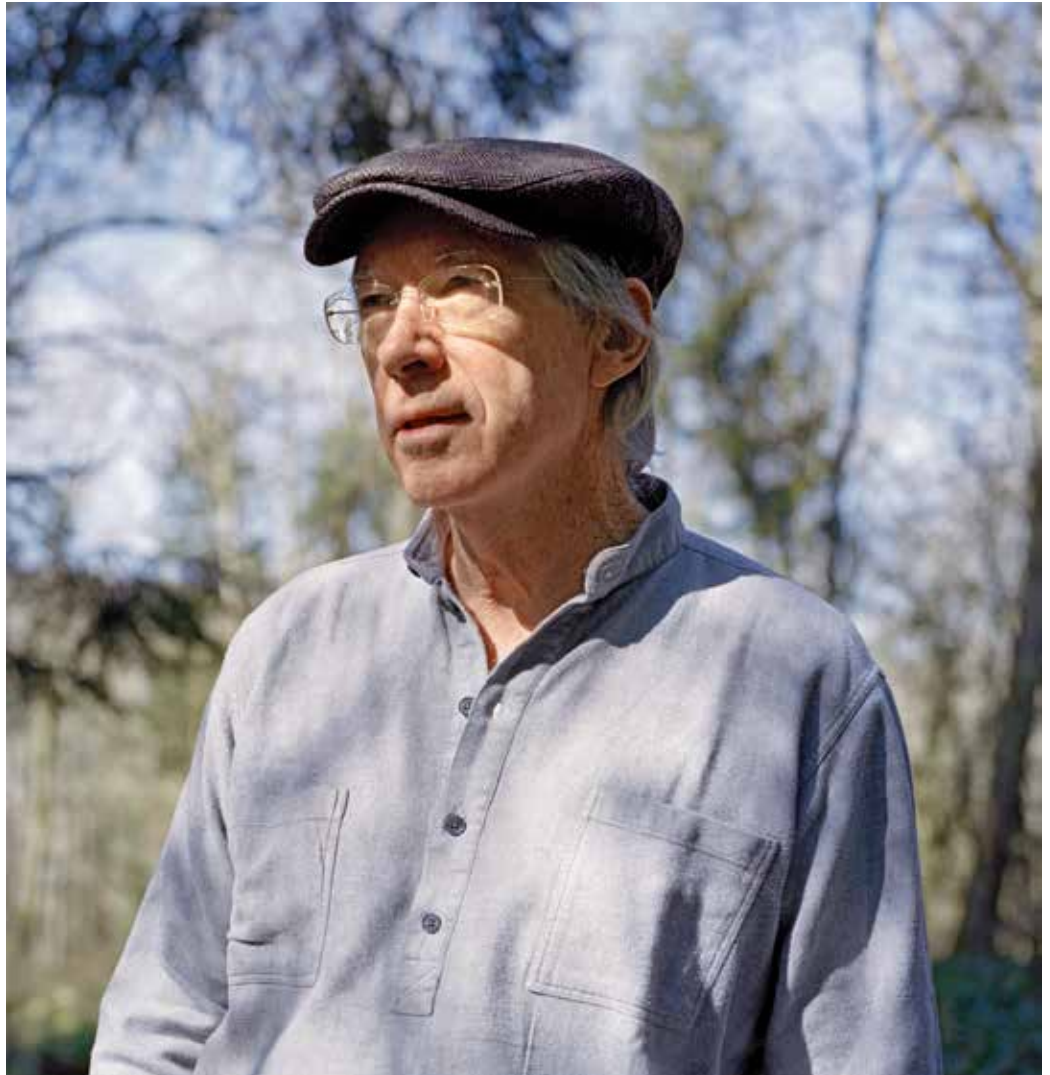
Von Rolf Hürzeler

Ein verliebter Roboter verschwindet mit der Anghimmelten ins Bett. Pech ist allerdings, dass dieser Androide dem Partner der Geliebten gehört. Die Dreiecksbeziehung mit einem menschenähnlichen Wesen ist die pikante Ausgangslage im neuen Roman «Maschinen wie ich» des britischen Schriftstellers Ian McEwan. Wohlgermerkt, der Roboter ist keine Sexpuppe und zu Gefühlen fähig: «Ich bin verliebt», sagt er seinem Besitzer, um die Bettgeschichte zu rechtfertigen. Wie zum Beweis schreibt er der Geliebten Gedichte.

Der siebzigjährige McEwan buttert mit Geschick viel Zeitgenössisches in diesen Roman, als ob er seine tägliche Zeitungslektüre literarisch verarbeiten wollte: Künstliche Intelligenz, #MeToo und die Debatte um das Kontraktische gehören dazu. So entführt er den Leser in das Jahr 1982, als die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher eine Flottille in den Südatlantik schickte, um die von den Argentinern besetzten Falklandinseln zurückzuerobern. In der Version von McEwan scheitert das Unternehmen mit mehr als dreitausend toten Briten grandios. Tatsächlich erzielte Thatcher mit dieser Kampagne jedoch einen denkwürdigen militärischen Erfolg, wie sich die Älteren erinnern.

Von der britischen Kritik ist das futuristisch-nostalgische Buch mit Applaus aufgenommen worden. Die *Financial Times* lobt den Roman als «technisch meisterhaft». Der *Guardian* ist gar überschwänglich: «Ein so raffiniertes Buch sollte nicht einfach eine witzige Lektüre sein. Ist es aber.»

Das Verdrehen der Wahrheit gehört zum Entwurf einer fantastischen Wirklichkeit, die McEwan in «Maschinen wie ich» zeichnet. Im Mittelpunkt steht der flamboyante Ich-Erzähler Charlie Field. Er macht eine kleine Erbschaft und kauft sich zum Zeitvertreib einen Androiden. Eigentlich wollte er sein Leben lieber mit einer künstlichen Frau teilen, doch diese Version des Roboters war gleich ausverkauft, so dass er sich mit «Adam» zufriedengeben muss. Just in dieser Zeit verliebt sich Charlie in seine Nachbarin, die Studentin Miranda. Mit ihr zusammen programmiert er Adam zu einem menschlichen Wesen: «Ich wollte die Hälfte der Auswahlpunkte für Adams Persönlichkeit selbst bestimmen, ihr dann Link und Passwort schicken und sie über den Rest entscheiden lassen.» Dieser so geformte Mensch nimmt ein Eigenleben an, das bald bedrohlich wird; man ahnt es auf den ersten Seiten. Die menschlich



Fantasie mit Realitätsbezug: Autor McEwan.

geformte künstliche Intelligenz droht seine zwei Schöpfer ins Verderben zu stürzen. Denn Adams Rechenleistung ist viel schneller als der menschliche Erkenntnisgewinn. Seine grauen Zellen sind hochentwickelt, er versteht etwa die für mathematische Laien kaum zu bewältigende Dirac-Gleichung in der Quantenmechanik. Auch verfügt er über beachtliche physische Kräfte. Als der Ich-Erzähler ihn entnervt abstellen will, bricht ihm Adam das Handgelenk.

Mit diesem Buch stellt sich McEwan in die Reihe gesellschaftskritischer Geschichts-Umschreiber: Demnach ist die Gegenwart nur eine Frage mehr oder weniger zufälliger historischer Verknüpfungen. Der Bestseller-Autor Robert Harris setzte in «Vaterland» auf ein Europa nach dem Sieg von Nazi-Deutschland über die Alliierten. Sein britischer Kollege Kazuo Ishiguro berichtete in seinem Roman «Alles, was

wir geben mussten» von einem Internat, dessen Schüler als Spender von lebenswichtigen Organen dienen.

Viel Fantasie, aber immer mit einem Bezug zur Realität – das ist typisch für McEwan. Mit der Regelmässigkeit der Glockenschläge von Big Ben nimmt er sich der grossen zeitgenössischen Themen an: In «Saturday» geht es um den Terrorismus, in «Solar» um das Klima, in «Kindeswohl» um das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Oftmals lässt McEwan die politische Aktualität direkt einfließen, manchmal verortet er die Handlung historisch – wie in der kürzlich verfilmten Novelle «Am Strand», die in den frühen 1960er Jahren spielt. Wie üblich in seinen Romanen verstreut McEwan zudem kleine literarische Schnipsel in den Text; im neuen Buch beziehen sie sich auf Shakespeare oder Michel de Montaigne.

McEwan schafft auch direkte Bezüge zur politischen Aktualität. An einer Demo auf dem Londoner Trafalgar Square schwärmt der wiederauferstandene Tony Benn von einer Zukunft mit Robotern: «Sie würden bald enormen Reichtum erwirtschaften. Sie müssten besteuert werden. Arbeiter sollten Anteile an den Maschinen besitzen, die ihre Arbeit veränderten oder vernichteten.» Alles vergeblich; soziale Unrast sucht das Land heim – wie zeitweise in den 1980er Jahren unter Thatcher.

Erzähler McEwan widersetzt sich stets der Parteinahme: In «Solar» sucht er gegenüber den Umwelt-Engagierten die gleiche Distanz wie gegenüber Kritikern der Klimadebatte. In «Kindeswohl» zeigt er Verständnis für den Standpunkt bigotter Eltern, wenn sie aus religiösen Gründen das Leben ihres kranken Kindes gefährden. Oder im Paar-Drama «Am Strand» weiss der Leser bis zum Schluss nicht, ob die feinfühligke Braut oder doch der hilflose Bräutigam das Scheitern der Beziehung provoziert. McEwan übernimmt für seine Leserschaft die Schiedsrichterrolle. Im richtigen Leben allerdings bezieht er in Interviews immer wieder Stellung und positioniert sich im linksliberalen Lager und als überzeugter EU-Befürworter.

Den kühnsten Bogen zur kontrafaktischen Vergangenheit schlägt McEwan in diesem neuen Buch mit der Figur von Alan Turing. Dieses Mathematik-Genie knackte im Zweiten Weltkrieg den Code der deutschen Chiffriermaschine «Enigma». Der schwule Turing nahm sich 1954 das Leben, weil er unter den homophoben gesellschaftlichen Normen seiner Zeit litt. In der Vergangenheitsversion von McEwan hat Turing den Suizid jedoch nicht begangen und geniesst in einem Restaurant im Londoner Ausgehviertel Soho ein Trinkgelage, wo er auf den Ich-Erzähler trifft. Turing erforscht die Entwicklung der künstlichen Intelligenz von Androiden wie Adam: «Er weiss, dass er existiert, er fühlt, er lernt, was immer er lernen kann, und wenn er nicht bei Ihnen ist, wenn er nachts ruht, streift er wie ein einsamer Cowboy durchs Internet und saugt alles Neue zwischen Himmel und Erde auf», lautet sein Befund.

Als ob all das nicht genug wäre, baut McEwan eine Krimigeschichte in den Roman ein. Miranda trägt ein dunkles Geheimnis in sich, das sie einholt. Der schier allwissende Adam hat in seinen digitalen Recherchen davon erfahren, gibt sich jedoch gegenüber seinem Besitzer verschlossen. Damit hat er zunächst entscheidende Vorteile im Wettstreit zwischen dem Ich-Erzähler und Miranda. Aber, so spielt das Leben, nicht ganz alles ist berechenbar.



Ian McEwan:
Maschinen wie ich.
Diogenes. 416 S., Fr. 35.90

Sprache

Das verdummte Wort

In Europa ist der Ausdruck *woke*, anders als in den USA, noch wenig gebräuchlich. Glücklicherweise.

Von Beatrice Schlag

Ist Joe Biden *woke* genug?», fragte Bill Maher in der letzten Aprilwoche. Er sprach das Wort mit so angewidertem Gesicht aus, als schmecke es nach Lebertran. Maher ist der Beissendste unter Amerikas weissen demokratischen Stand-up-Comedians, seine TV-Show ein wöchentliches Fressen für Trump-Gegner, obwohl manche mit seiner Allergie gegen Political Correctness hadern.

Obamas ehemaliger Vizepräsident hatte eben bekannt gegeben, dass er ins Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur einsteige. Und bereits wurde er von mehreren Frauen öffentlich angegiftet, ihnen zu nahe getreten zu sein. Niemand beschuldigt Biden der sexuellen Belästigung. «Invasion der Privatsphäre» lautet heute der Vorwurf. Joe Biden umarmt Anhänger und Bekannte so spontan und herzlich, als lebe er in Italien, nicht im Land der immer ungestümer wirbelnden Schneeflocken. Darauf zielte Mahers Frage ab. Ist der 76-Jährige *woke* genug für das demokratische Stimmvolk?

Woke, das bedeutet in der afroamerikanischen Umgangssprache wach. Der Ausdruck *stay woke* lässt sich jahrzehntelang zurückverfolgen als Aufforderung unter Afroamerikanern, sich rassendiskriminierender und sozialer Ungerechtigkeiten bewusst zu sein und zu bleiben. Nach der Erschiessung mehrerer unbewaffneter Schwarzer durch die Polizei wurde der Ausdruck von der Bewegung «Black Lives Matter» 2014 bei jeder Demonstration skandiert. Durch TV-News und Social Media wurde er plötzlich weit über die afroamerikanische Bevölkerung hinaus bekannt – und wurde, wie viele eingängige Wörter und Slogans, vom Mainstream übernommen, der ihn bis zur Unkenntlichkeit verwässerte.

Boom von Wörtern oder Slogans

Eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen ist das Kriterium *woke* vor allem unter ultralinken weissen Demokraten zur moralischen Messlatte geworden. Welche Kandidaten sind *woke*, wenn es um Umweltpolitik, Frauenrechte und den Schutz sexueller und ethnischer Minderheiten geht? Mit anderen Worten: Es geht um politische Korrektheit. Nun hat aber Trumps Wahlsieg gelehrt, dass man mit der Forderung nach politischer

Korrektheit keine Wahlen gewinnt. *Stay woke* klingt sehr viel aktiver, attraktiver und jünger. Also bleibt die neue *generation woke*, auch Twitter-Demokraten genannt, auf den Social Media wach und vermeldet empört jede vermeintliche Abweichung vom korrekten Weg. Dass sie – ausser in den Social Media – eine kleine Minderheit unter den Demokraten ist, kümmert sie nicht. Dass *stay woke* einst etwas sehr anderes bedeutete, schon gar nicht.

Der Boom von Wörtern oder Slogans, die Aneignung und Veränderung ihrer Bedeutung und ihr Verschwinden sind ein uraltes Phänomen. Social Media haben es lediglich beschleunigt. «Hip» war bis vor wenigen Jahren ein

internationaler Dauerbrenner, gut für Musik, Kleider, Mode. Kein Mensch wusste, woher es kam. Linguisten vermuten, es stamme von dem senegalesischen Wort *xipi*, das in die USA verfrachtete Sklaven benutzten. Für sie bedeutete *xipi* so viel wie «Halt die Augen offen».

Cool bedeutete nichts als kühl, ehe afroamerikanische Jazz-Bands ihre Musikrichtung *cool* zu nennen begannen. Einfach, weil sie Spass hatten, ein Wort neu zu definieren, das ursprünglich mit

Musik nichts zu tun hatte. Später wurde *cool* ein internationales Jahrzehntewort, bis niemand mehr wusste, was er oder sie eigentlich damit sagen wollte. Bedeutete cool sexy? Angenehm? Passabel? Auch das Allerweltswort *in* verschwand eines Tages, ohne Lücken zu hinterlassen.

«Die Leute, denen man auf Twitter folgt, sind nicht unbedingt Leute, mit denen man im wirklichen Leben redet», sagt die kalifornische Linguistin Nicole Holliday. «Eine Gruppe junger Menschen, oft Farbige, setzen ein Wort in die Welt oder geben einem alten eine neue Bedeutung, geben es an andere Gruppen weiter. Vielleicht schnappen die einen oder andern Eltern es auf. Der Vater lässt das neue Modewort irgendwann in einer Geschäftsleitungssitzung fallen. Kurz darauf ist es tot.»

Oder es wird getötet. Sein Neujahrswunsch, sagte der schwarze Kolumnist Sam Sander dem eher linkslastigen öffentlichen Sender National Public Radio am vergangenen Jahresende, sei, das abgestandene Wort *woke* einzuschläfern, weil es nichts mehr bedeute.



Wöchentliches Fressen:
Joe Biden.

Baby zur Morgenshow

Die Geburt von Archie bedeutet einen Wendepunkt in der britischen Monarchie. Nicht nur weil die Grossmutter schwarz ist. Das Königshaus ist im Instagram-Zeitalter angekommen.

Von Lara Prendergast



Wie eine TV-Miniserie: Fototermin im Windsor Castle nach der Geburt von Archie Harrison Mountbatten-Windsor.

In Grossbritannien ist die Ankunft eines königlichen Babys stets ein dramatisches Ereignis. Bereits Tage vor der Geburt von Prinz George 2013 waren Heere von Kameras auf das St. Mary's Hospital gerichtet. Dasselbe galt für seine Geschwister, Prinzessin Charlotte und Prinz Louis. Nur Stunden nach ihren Geburten präsentierten der Herzog und die Herzogin von Cambridge der Welt pflichtbewusst ihre Bündel.

Was die Folgen für die Monarchie angeht, war die Geburt von Archie Harrison Mountbatten-Windsor nicht so wichtig wie die seiner königlichen Cousins. In der Thronfolge steht er auf Platz sieben und wird weiter nach unten rutschen, sobald die Cambridge-Kinder eigene Familien gründen. Seine Eltern, der Herzog und die Herzogin von Sussex, gaben noch nicht bekannt, ob sie die Absicht haben, ihm einen Titel zu verleihen. Auf der Geburtsurkunde war keiner vermerkt. Laut Times verzichteten sie

möglicherweise auf einen formellen Titel für ihren Sohn, damit er ein «relativ normales Leben» führen könne.

Dennoch erregte Archies Geburt riesige Aufmerksamkeit in den Medien – mehr als die meisten anderen königlichen Geburten. Das lag zum Teil daran, dass die Schwangerschaft sorgfältig inszeniert war. Details über Archies Geburt blieben weitgehend unter Verschluss, und wann genau die Herzogin von Sussex Wehen bekam, ist nach wie vor ziemlich unklar. Informationen wurden, wenn überhaupt, mit dem Tropfenzähler verabreicht.

All dies trug zu dem Gefühl bei, Archies Geburt sei ein bedeutsames Ereignis für unsere Nation. Der Anfang eines neuen Kapitels königlicher Geschichte. Manchmal wirkte das Drama arg fabriziert. Zwillinge oder nicht? Hausgeburt für Meghan? Würde George Clooney Götti werden? In der *Daily Mail* schrieb Jan Moir: «Mit

Meghans Unterstützung spielte sich Archies Geburt ab wie eine TV-Miniserie, genau wie ihr Fernseh-Justizdrama «Suits». Das Publikum wurde mit Häppchen gefüttert, inklusive Cliffhanger, überraschenden Wendungen, falschen Fährten und der grossen Enthüllung.» Als grosse Enthüllung entpuppte sich, dass Meghan an einem andern Ort niederkam, als jedermann erwartet hatte. Sie hatte geplant, in Frogmore Cottage, ihrem Haus in Windsor, zu bleiben. Das mutete sehr entspannt an, sehr amerikanisch. Aber wie wir später erfuhren, gebar sie in Wahrheit im Portland Hospital in Westminster, was doch wesentlich traditioneller und britischer schien.

Fotostreit über den Atlantik

Als zwei Tage nach der Geburt des Babys die Einladungen zu den ersten Fotoaufnahmen eintrafen, entdeckten die britischen Medien mit

Entsetzen, dass nur eine begrenzte Zahl britischer Medien zu dem Ereignis nach Windsor Castle geladen waren. Das Hauptinterview bekam die Press Association, aber der US-Fernseher CBS war ebenfalls anwesend. Und es schien mehr als nur ein Zufall, dass Archies erster öffentlicher Auftritt zeitlich genau mit dem Beginn der CBS-Morgenshow in den USA übereinstimmte. Gayle King, die Hauptmoderatorin der Show, ist eine enge Vertraute der Herzogin, die auch zu Meghans Baby- Shower-Party eingeladen worden war. Britische Journalisten und Kommentatoren schäumten.

Dickie Arbiter, ehemaliger Pressesekretär der Queen, kritisierte den «inszenierten» Fototermin und deutete an, dass die Herzogin Kollegen bei den amerikanischen Medien Hilfestellung leiste. Buckingham Palace dementierte, dass der Herzog und die Herzogin von Sussex den ersten Auftritt mit Archie absichtlich hinausgezögert hätten, um amerikanischen TV-Sendern einen Vorteil zu verschaffen.

Archies Ankunft interessierte auch Menschen in Grossbritannien und ausserhalb, die sich in der Regel nicht um königliche Ereignisse scheren. Das liegt daran, dass das Baby jetzt das höchstrangige gemischtrassige Mitglied der königlichen Familie ist. Seine Mutter ist Amerikanerin, sein Erbe mütterlicherseits afro-karibisch. Archie ist zwar nicht das erste gemischtrassige Kind, das in die britische Königsfamilie hineingeboren wird – Lady Davina Windsor, gegenwärtig auf Platz 31 der Thronfolge, hat zwei gemischtrassige Kinder –, aber zweifellos das prominenteste. Als ein Foto veröffentlicht wurde, das die Queen neben dem jüngsten ihrer acht Urenkel und seiner schwarzen Grossmutter Doria Ragland zeigt, verstand jeder, dass die königliche Familie bewusst einen Schritt in eine neue, modernere Richtung getan hatte.

Grossmeisterin der Selbstvermarktung

Erstmals wurde das Foto auf Instagram veröffentlicht, einer Plattform, die die jüngeren Royals zu bevorzugen scheinen, weil sie ihnen mehr Kontrolle darüber gibt, wie sie dargestellt werden. Prinz Harrys Misstrauen der Presse gegenüber ist bekannt. Nach der Art und Weise wie seine Mutter, Prinzessin Diana, von den Medien gejagt wurde, hat er das Gefühl, ihnen nichts schuldig zu sein. Er will seinen Sohn beschützen und ihm ein «normales Leben» ermöglichen. Aber das wird nicht leicht sein. Seine Frau scheint immer noch bestrebt, die Medien für ihren eigenen *brand* zu nutzen: eine Schauspielerin, die eine Royal wurde. Als ihre Fans dank Archies Geburtsurkunde erfuhren, dass Meghan inzwischen auch eine «Prinzessin des Vereinigten Königreichs» ist, waren sie entzückt. «Eine starke, mitfühlende Frau von heute», twitterte eine ihrer vielen loyalen Untertaninnen. Für all jene, die an Disney-Märchen glauben, ist sie eine Ikone.

Eine Ikone, die von ihrem eigenen Image betört ist. Diese Woche wurde ihr beispielsweise vorgeworfen, die Gäste für eine neue TV-Show über ihre Familie persönlich genehmigt zu haben. Die CBS-Show mit dem Titel «Meghan and Harry plus One» bestreitet die in der britischen Presse seit Monaten verbreiteten Behauptungen, es sei schwierig, mit der Herzogin von Sussex zu arbeiten. Ein CBS-Insider sagte, die Gäste, die in der Show mitmachen – unter ihnen Jessica Alba, Make-up-Artist Daniel Martin und «True Blood»-Schauspielerin Janina Gavankar –, hätten alle von der Herzogin die Erlaubnis für ihre Auftritte bekommen.

Erwartungsgemäss haben die Show und Meghans angebliche Beteiligung daran sehr viele Briten verärgert. «Es ist einfach nicht angebracht, in TV-Shows über die Familie involviert zu sein», sagte ein Königshaus-Insider der *Sun*. Der CBS-Insider erklärte, warum Meghan das tue: «Sie will ihre Causa im US-Fernsehen so stark wie möglich dargestellt haben. Meghan glaubt, dafür ihre beste PR-Frau zu sein.»

Eine der bizarrsten Familien der Welt

Eine königliche Geburt ist immer ein guter PR-Moment. Anders die königlichen Fehden, die die Royals im letzten Jahr ständig begleiteten. Wir hörten viel über die Streitigkeiten der Herzogin von Sussex mit ihrer eigenen Familie, vor allem mit ihrem Vater und ihrer Halbschwester. Dann gab es den angeblichen Zoff zwischen den Ehefrauen von Prinz William und Prinz Harry. Während Kate und ihre Schwägerin Meghan in der Öffentlichkeit Einigkeit zur Schau stellten, wurde über eine deutlich abgekühlte Beziehung berichtet.

Dass die beiden Paare bekanntgaben, vor Meghans Geburt ihren vormals gemeinsamen Haushalt aufzulösen, beschwichtigte die Gemüter nicht. Aber nun die neuste Wende: «Meghan und Kate werden sehr viel mehr Zeit miteinander verbringen», berichtete ein Palast-Insider *US Weekly*. «Durch das Band der Mutterschaft sind sie sich näher denn je.»

Wir Briten erwarteten immer, von unserer königlichen Familie mit einem endlosen Strom von Geschichten versorgt zu werden. Seit sie Mitglied der Firma ist, hat Meghan für Unmengen von ihnen gesorgt. Ihr Sohn wurde in eine der privilegiertesten, aber auch bizarrsten Familien der Welt hineingeboren. Im Vergleich zu ihnen sehen die Kardashians blass aus. Während Prinz Harry vorziehen würde, dass sein Sohn eine Nebenrolle spielt, deuteten die letzten Wochen darauf hin, dass Meghan möglicherweise andere Ideen hat. Die königliche Saga geht weiter. Archies Geburt war nur die erste Episode seiner Rolle im königlichen Schauspiel.

Lara Prendergast ist Redaktorin beim britischen *Spectator*.

Aus dem Englischen von Beatrice Schlag.

Nachruf



Alles andere als mürrisch: Grumpy Cat.

Tardar Sauce alias Grumpy Cat (2012–2019) — Sie guckte in die Kamera, als wäre ihr eine fette Maus entwischt. Oder als hätte Whiskas dichtgemacht. Die Katze Tardar Sauce kam mit diesem miesepetrigen Gesichtsausdruck zur Welt, der sie berühmt machte und ihr den Übernamen Grumpy Cat eintrug. Dabei war die Samtpfotige alles andere als mürrisch, sie war vielmehr ein Kätzchen der anhänglichen Sorte, wie ihr Frauchen Tabatha Bundesen in Morristown, Arizona, versichert. Sie weint mit der Internetgemeinde um Grumpy Cat, die an einer Harnwegsinfektion verstorben ist.

Grumpy Cats Gesichtsausdruck hatte einen medizinischen Grund. Das Tier litt unter feinem Kleinwuchs, einer genetisch bedingten Behinderung mit einem Unterbiss, der die Mundwinkel depressiv verzerrte. Doch genau diese Bekümmernis traf den Zeitgeist: Jeder zelebriert im 21. Jahrhundert persönliche Betroffenheit vom Elend dieser Welt – da kam Grumpy Cat gerade recht.

Als die Katze ein halbes Jahr alt war, postete der Bruder der Besitzerin ein Bild von Grumpy Cat auf der Online-Plattform Reddit. Der Erfolg war durchschlagend. Bereits ein paar Wochen später konnte Tabatha Bundesen ihren Job als Serviceangestellte an den Nagel hängen. Heute ist sie Millionärin.

Bundesen erkannte das Potenzial ihres Lieblings sofort und sicherte sich die Markenrechte: Von T-Shirts über Plüschtiere bis zu Finken bietet sie im Internet alles mit dem Konterfei der Katze an. Zahlreiche Akteure – von der deutschen Piratenpartei über den Autohersteller Opel bis zu Kaffeeproduzenten – versuchten mit Grumpy Cat Aufmerksamkeit zu erregen. Allerdings vergassen letztere, für die Rechte zu bezahlen; sie mussten eine Entschädigung von mehr als einer halben Million Dollar überweisen.

Derweil schnurrte die Katze zufrieden in ihrem Körbchen in Arizona. Besitzerin Bundesen missgönnte Tardar Sauce keine Mahlzeiten. So gesehen hatte sie eigentlich keinen Grund, mürrisch aus dem Pelzchen zu gucken. *Rolf Hürzeler*



Die Bibel

Nicht nur im Himmel

Von Peter Ruch

Die Hauptsache bei dem Gesagten aber ist: Wir haben einen Hohen Priester, der sich zur Rechten des Thrones der Majestät in den Himmeln gesetzt hat (Hebräer 8,1). Die Religionen berufen sich auf Ereignisse, Personen und Zeugnisse, durch die sich ihre Gottheiten und ewigen Wahrheiten offenbart haben: die hinduistischen Veden, Gautama Buddha, Mose und der Auszug aus Ägypten, Jesus Christus, Mohammed. Deshalb sind Religionen dem Risiko ausgesetzt, in Erinnerung und Bewahrung steckenzubleiben. Auch das Neue Testament könnte dahingehend missverstanden werden, die Auferstehung sei nach dem Leben, Leiden und Sterben Jesu der Schlussakkord. Bei Jesus könnte der oberflächliche Eindruck entstehen, er sei nach der Himmelfahrt in den wohlverdienten Ruhestand versetzt worden, so wie man von einem Menschen sagt, er sei erlöst und ruhe in Frieden, seine Gebeine im Grab und sein Wesen vielleicht im Jenseits. Aber das Gegenteil ist gemeint. Sitzt Jesus zur Rechten Gottes, wie das Glaubensbekenntnis sagt, so ist das keine Pensionierung, sondern eine intensive Aktivität an der Seite Gottes, der weder schlummert noch schläft (Psalm 121). Anstatt dass er die Welt hinter sich gelassen hat, ist er ihr restlos zugewandt. Deshalb werden die verdutzten Zeugen nach der Himmelfahrt Jesu gefragt: *Was steht ihr da und schaut hinauf zum Himmel?* (Apostelgeschichte 1,11). Gott wohnt zwar im Himmel, ist aber zugleich nah. Jesus ist zwar Geschichte, aber auch Gegenwart.

Deshalb rebellieren Christen von Zeit zu Zeit gegen die Kirche, die bloss bewahren und erhalten will. Auch wenn nicht jeder Protest edle Motive hat, müssen Kirchenleitungen in Betracht ziehen, dass er von Gott selber angetrieben sein könnte. Nur Gottes heiliger Geist bewahrt die Christenheit davor, dass ihr Glaube veraltet wie schöne Gewänder in verschlossenen Schränken. Diese unbequeme Eigenheit zeigte Gott schon beim ersten Bund mit den Juden: Er warf liebgewordene Einrichtungen, Gewohnheiten und Werte über den Haufen – und zeigte sich neu.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Alter Ego: Antonio Banderas als Salvador in «Dolor y gloria».

Kino

Der eingebildete Kranke

Der Spanier Pedro Almodóvar, letzter grosser Melodramatiker des Autorenkinos, erzählt in seinem neuen Film «Dolor y gloria» von einer Schaffenskrise. Von Wolfram Knorr

Da schaut er traurig in die Welt. Attraktiv, graumeliert, aber krank an Leib und Seele. Brächte er noch die Lust dazu auf, würde er sogar lachen, weil er sein Leben nur noch für einen banalen Witz hält. Dabei ist Salvador noch immer ein gefeierter Mann, Cineast, Filmemacher, Künstler; erfolgreich, mit vielen Anhängern – aber er steckt in der Krise, von Hypochondrie und Selbstzweifeln geschüttelt. Am liebsten würde er sich wie ein Strohalm vom Wind einfach hinaus ins Nirgendwo blasen lassen. Geht aber nicht, höchstens in seinen Filmen. Also schleppt er sich so in den Tag hinein und horcht wie ein Echolot nach seinen vielen (eingebildeten) Gebrechen. Sie sind die Folge seiner Angst, ausgelagt zu sein. Krankheit als Flucht.

Da erhält er die Einladung, mit seinem Hauptdarsteller einen seiner Filme bei einer Retrospektive in Madrid vorzustellen. Er sucht den einstigen Mimen auf, mit dem er sich überworfen hat und der jetzt Drogen verückt. Er lässt die Einladung verstreichen und sich statt vom Wind von Drogen aus jeglicher Verpflichtung befreien. Es wird eine Reise in die Vergangenheit, in die Zeit seiner Kindheit, als er mit seinen Eltern auf dem Land lebte, von einem Bauarbeiter bezaubert war und seine Homosexualität entdeckte. In Madrid widmete er sich der Kunst und den Leidenschaften und seiner Karriere. Die Konfrontation mit

Kindheit und Konflikten befreit ihn von seiner physischen wie seelischen Lähmung.

«Dolor y gloria», sagt der Spanier Pedro Almodóvar, einer der letzten grossen Melodramatiker des Autorenkinos, sei sein persönlichster Film, er fühle sich darin «emotional nackt». Es ist sein 21., aber nicht der erste, in dem er sich mit Vergangenheit und Beruf beschäftigt. In «Los abrazos rotos» von 2009 (deutscher Titel: «Zerrissene Umarmungen») ist es der Altraum eines jeden Cineasten: Sein Held erblindet. Von Film zu Film kommt Almodóvar sich näher und ist nun tief im Innern der Kreativität, für ihn ein Ödland. Seine frühen Filme glichen einem pausenlosen Kick-down («Mujeres al borde de un ataque de nervios»), mit Frauen am Rande des Nervenzusammenbruchs. Frauen, die nachzuholen versuchten, was ihnen das rigide alte Regime verwehrt hatte: Freiheit und Emanzipation – bis zur Transfrau in «Todo sobre mi madre». 1999 wurde Almodóvar dafür mit einem Oscar, einem Golden Globe und anderen Preisen überschüttet. Statt schriller Atonalität schlug er nun leisere Töne an, aber dass er auch flüstern kann, wie in «Dolor y gloria», ist neu.

Antonio Banderas verkörpert Salvador, das Alter Ego Almodóvars, und demonstriert, dass mit der Reife, wenn es sie denn gibt, auch die Zersetzung der Kreativität folgen kann, beeinflusst von heraufziehenden Gebrechen und

dem Herandämmern des Alterns. Es ist schon erstaunlich, dass der Virtuose der Sinnlichkeit, des physischen Genusses auf diese für ihn so elementaren Bereiche verzichtet und sich dafür ganz offen seinem Narzissmus hingibt. Von Selbstzweifeln geplagt, lässt er sich in Schwermut fallen wie in ein orientalisches Kissen aus «Tausend und einer Nacht». Mit lässiger Schlaffheits-Grandeza gibt sich Almodóvar dem hin. Banderas und Penélope Cruz (als Mutter) gehören zu seinen Lieblingen. Dass er bei aller Melancholie noch zum Selbstironischen neigt, beweist eine originelle Passage: Sämtliche Krankheiten und Gebrechen des hypochondrischen Alter Ego werden als grafische Schaubilder zur feurigen Leinwand-Show.

Problematisch an Almodóvars Krisenfilm ist die Frage, ob das Jammertal, durch das er seinen Salvador wandern lässt, von mehrheitsfähigem Interesse oder nur Selbstbespiegelung ist, die ausschliesslich Almodóvar-Cinephile verückt. Um das herauszufinden, lohnt sich ein Kinobesuch für «Dolor y gloria» allemal. ★★★★★

Weitere Premieren

Aladdin — Auch dem Animationsklassiker aus dem Jahre 1992 folgt nun, wie schon bei «Jungle Book», «The Beauty and the Beast» und «Dumbo», die Realverfilmung mit Will Smith als mächtigem Flaschengeist Dschinni. Schmissig, mit den alten und neuen Songs, wirkt die überbordend farbenprächtige Version unter der Regie von Guy Ritchie («Sherlock Holmes»), wie eine Mixtur aus brasilianischem Karneval



Überbordend: «Aladdin».

und Las-Vegas-Show. Mit Mena Massoud als Dieb Aladdin und Naomi Scott als Prinzessin Jasmine. Düster, wie sich's gehört, Marwan Kenzari als böser Intrigant, Grosswesir Dschafar, der unbedingt die Wunderlampe will, um mächtig, mächtig und mächtig zu werden. Prachtvolle Settings, tolle Choreografien, perfekte Tricks, aber der morgenländische Zauber ist ziemlich viel Klimbim gewichen. Kinder werden's prächtig finden. ★★★★★

John Wick: Chapter 3 – Parabellum — John Wick, dessen Name wie Hustensaft klingt, hat alles verloren: Frau, Hund, Haus – und jetzt auch noch die Zugehörigkeit zur Geheimgesell-



Zu spät: Keanu Reeves (l.) als John Wick.

schaft des New Yorker Undergrounds. Er kommt zu spät, und wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Bei Wick ist's umgekehrt: Er bestraft die anderen. Aber weil er eben die Zeit nicht eingehalten hat, wird er vom Geheimbund zum «Excommunicado», zum Freiwild. Bei 14 Millionen Dollar Kopfgeld (die Summe wird noch erhöht) ist natürlich jeder hinter ihm her. Weil es aber in den Strassen New Yorks ständig regnet und alles schummrig ist, hat der Gajagte Glück. Wick (Keanu Reeves), der Kanalarbeiter unter den Superhelden, ist ein Virtuose aller Kampfstile, mit jeglicher Feuerkraft und mit Verletzungen aller Art. Verständlich, dass die Gegner, wie einst die Keystone Cops, nur in Massen über ihn herfallen. Wick aber macht dreschflegelartig mit Armen, Händen, Beinen, Brust und Kopf, irgendwie mit allem gleichzeitig, alle platt. Es kommen alle PS zum Einsatz, sogar Pferde höchstselbst. Höhepunkt ist ein Showdown in supercooler Glas-und-Spiegel-Architektur vor flammenden Konfigurationen auf Wänden. «Da sprüht der Fels die Flamme weit hinaus», heisst es in Dantes «Purgatorium» (25. Gesang), und mittendrin John Wick. Der Film ist eine gnadenlose Abfolge dämonisch ins Bild gesetzter Ballereien und Prügeleien. Slapstick, aber (leider) ohne Humor. ★★★★★

Knorrs Liste

1	Avengers: Endgame Regie: Anthony u. Joe Russo	★★★★★
2	Van Gogh: At Eternity's Gate Regie: Julian Schnabel	★★★★★
3	Ash Is Purest White Regie: Jia Zhangke	★★★★★
4	Green Book Regie: Peter Farrelly	★★★★★
5	Gateways to New York Regie: Martin Witz	★★★★★
6	The Beach Bum Regie: Harmony Korine	★★★★☆
7	Stan & Ollie Regie: Jon S. Baird	★★★★☆
8	Greta Regie: Neil Jordan	★★★★☆
9	Der Fall Collini Regie: Marco Kreuzpaintner	★★★★☆
10	Monsieur Claude 2 Regie: Philippe de Chauveron	★★★★☆

Jazz

Impressionistische Übermalungen

Von Peter Rüedi

Auch ein genialer Schriftsteller erfindet nicht alles selbst. Der kleine Kolumnist am anderen Ende der schriftlichen Hervorbringungen ist schon froh, wenn ihm gelegentlich einer beim Finden hilft. So weiss ich nicht, ob ich ohne den Hinweis meines Kollegen Tom Gsteiger auf die Trio-Scheibe «Changes» des ebenso erstaunlichen wie trotz dreizehn CDs in allen Belangen der Publicity geradezu selbstverleugnerisch bescheidenen Pianisten Russ Lossing (geb. 1960) gestossen wäre. Der, ein langjähriger Freund des perkussiven Raumkünstlers Paul Motian (1931–2011), sagt von sich: «I'm an interval guy», und tatsächlich ist sein Klavierspiel, das auf sehr eigenständige Weise zwischen impressionistischer Klang-peinture und inspiriertem, immer atmendem Swing oszilliert, sehr anders als jenes des in dieser doppelten Hinsicht übermächtigen Vorbilds Bill Evans. Intervalle interessieren Lossing mehr als Akkorde. Jedenfalls schlägt sein jüngstes Album, das erste, das er abgesehen von zwei Originals ausschliesslich Standards widmet (eigentlich ungewöhnliches Terrain auch für seine eminenten Partner Michael Formanek und Gerald Cleaver an Bass und Schlagzeug, die sonst eher in progressiveren Zusammenhängen zugange sind) – Lossing schlägt die überraschendsten Wendungen aus den Vorlagen (neben eigentlichen Standards drei Stücke von Monk, zwei von Ellington): neue, teils verblüffende Beleuchtungen alter Landschaften («Meine Philosophie, besonders, wenn ich Standards spiele, ist, dass ich die Intervalle aus den Songs selbst ziehe»).

Wie auch immer: So nah dem Stück und gleichzeitig so neu haben wir Titel wie «Bye, Bye Blackbird», «Little Girl Blue» oder «Sweet and Lovely» kaum je gehört, nicht zu reden von Monks kantigen Originalen, die bei Lossing wie impressionistische Übermalungen von expressionistischen Vorlagen klingen. Für mich am anrührendsten ist Lossings neue Lesart der wenig bekannten kostbaren Ellington-Klangtapisserie «Reflections in D».



Russ Lossing, Michael Formanek, Gerald Cleaver: Changes. Steeple Chase SCCD 31863



Thiel

Ruheabteil

Von *Andreas Thiel*

Liberaler: Stellt euch vor, alle wären da, bloss die Freiheit wäre weg.

Linker: Bitte hören Sie auf, so laut zu denken, Sie befinden sich in einem Ruheabteil.

Liberaler: Stellt euch vor, man könnte hören, was die anderen Leute denken.

Linker: Ruhe bitte!

Liberaler: Stellt euch vor, es herrschte Ruhe, aber kein Frieden.

Linker: Können Sie denn nicht lesen? Dies ist ein Ruheabteil!

Liberaler: Stellt euch vor, es herrschte Redeverbot und keiner sagte etwas.

Linker: Wenn Sie nicht schweigen können, dann verlassen Sie bitte das Abteil.

Liberaler: Stellt euch vor, es stünde jedem frei, eine andere Meinung zu haben, bloss nicht hier.

Linker: Bitte gehen Sie jetzt!

Liberaler: Stellt euch vor, alle, die eine andere Meinung haben, wären schon lange gegangen.

Linker: Ich rufe den Zugbegleiter!

Liberaler: Stellt euch vor, Gedanken könnten Unruhe stiften.

Linker: Zugbegleiter!

Zugbegleiter: Was gibt's?

Linker: Wir haben hier einen Unruhestifter!

Zugbegleiter: Was ist Ihr Problem?

Liberaler: Stellen Sie sich vor, ich bin der Einzige in diesem Abteil, der kein Problem hat.

Zugbegleiter: Dies ist ein Ruheabteil.

Liberaler: Ich bin die Ruhe selbst.

Linker: Können Sie diesen Mann bitte zum Schweigen bringen?

Zugbegleiter: Ich verständige die Bahnpolizei.

Liberaler: Stellt euch vor, die Polizei käme, wenn einer zu laut denkt.

Bahnpolizist: Was ist hier los?

Zugbegleiter: Dieser Unruhestifter versetzt den ganzen Wagen in Aufruhr.

Liberaler: Stellt euch vor, es herrschte Aufruhr, und alle machten mit ausser der Aufrührer selbst.

Bahnpolizist: Bitte kommen Sie mit.

Liberaler: Wohin?

Bahnpolizist: Weg von hier.

Linker: Bald herrscht Ruhe.

Liberaler: Stellt euch vor, die Freiheit wäre weg, und es herrschte Ruhe.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Viel Goodwill, wenig Kalorien

«Ladies' Lunch» im «Baur au Lac» in Zürich; Primaballerina Polina Semionowa am Zürcher Opernhaus; Neues aus der Gastronomie. Von *Hildegard Schwaninger*

Immer, wenn um die Mittagszeit viele gestylte Frauen, frisch frisiert und mit teuren Handtaschen bewaffnet, in Richtung «Baur au Lac» strömen, dann ist «Ladies' Lunch». Seit Jahren wird er, zugunsten einer karitativen Einrichtung für Kinder, von den Vorstandsdamen **Connie Bodmer, Hélène Faggionato Knight, Corinne Gautier** (Präsidentin), **Isabelle Gut, Caroline Hammer, Lydia Mätzner, Chantal Senft** und **Marion van Lennep** organisiert. Er ist jeweils ausverkauft, so dass man sich megaschnell anmelden muss, um dabei zu sein. Ticketpreis: 120 Franken. Es ist nicht der Typ Frau, der zum Frauenstreik geht, der sich da trifft; es sind eher die tatkräftigen Frauen, die ihren Männern (viele davon auf der Liste der Reichsten Schweizer) den Rücken stärken und sich gern fürs Gute engagieren.

Serviert wird ein kalorienarmes Menü (Salat und Fisch), und man kann, wie es eine Jungunternehmerin, die noch keinen «Ladies' Lunch» verpasst hat, auf den Punkt bringen: «Freundinnen treffen, netzwerken, Kontakte knüpfen – und dabei noch Gutes tun.» Der Erlös geht an Charity-Unternehmungen, die den OK-Damen wichtig erscheinen. Das Geld vom «Lunch» letzten Montag geht an die Nonprofit-Filmproduktion Lydaa, die auf schwierige Themen von Jugendlichen aufmerksam macht. Der neueste Film, «Ikarus», thematisiert die Gefahren von Designerdrogen und K.-o.-Tropfen. Die Dreharbeiten starten im Juli 2019.

Die russische Primaballerina **Polina Semionowa** elektrisierte im Jahr 2010 das Zürcher Ballettpublikum, als sie in **Heinz Spoerlis** Choreografie von Tschaikowskys «Schwanensee» einige Gastauftritte als **Odile/Odette** gab. Ihre Anmut, ihre Pirouetten: atemberaubend. Jetzt kommt sie zurück ans Zürcher Opernhaus. Für einen Abend. Am 30. Mai tanzt sie «Giselle».

Inzwischen hat sich einiges getan: Sie darf sich «Berliner Kammertänzerin» nennen, ist verheiratet mit einem Ballett-Kollegen und hat einen Sohn. Aufgeregt wegen Polinas Zürich-Besuch ist Patentanwalt **Richard A. Egli**, der die Tänzerin seit vielen Jahren kennt. Egli ist neben seinem Brotberuf künstlerisch tätig. Er spielt Klavier und fotografiert. Die Fotografie nennt er seine «eigentliche Berufung». Am liebsten fotografiert er fragile, junge Frauen. Von Polina Semionowa machte er mehrere Portfolios. Egli freut sich auf «Giselle» in Zürich: «Ich werde hinter den Kulissen stehen und Fotos machen.»

Er weiss, was abgeht in der Zürcher Gastronomie, er hört das Gras wachsen: **Otto T. Gisiger**, Restaurant- und Hotelausstatter (Gisco), der den Restaurantbetrieb von der Pike auf erlernt hat (war Schüler von Mövenpicks-Erfinder **Ueli Prager**). Gisiger ist auch mit der Zürcher Hautevolee vernetzt: Er ist der Schwiegervater der Modekünstlerin **Kazu Huggler**.

Zweimal jährlich organisiert Gisiger den «Gastro Round Table», ein Get-together von



Fast verliebt

Selbstbefriedigung

Von *Claudia Schumacher*

Der einzelne Akt der Selbstbefriedigung mag noch nicht grosses Unheil anrichten», steht im «Lexikon der christlichen Moral», «doch disponiert er zur Wiederholung und damit zur süchtigen Fixierung

auf einen unreifen Sexualgenuss, der der Persönlichkeitsreife im Weg steht.» Klingt dieser negative Blick auf Masturbation für Sie aus der Zeit gefallen, irgendwie lustig? Das kommt wahrscheinlich auf Ihr Alter an.

Während die meisten jungen Menschen, Frauen eingeschlossen, relativ schuldlos masturbieren – und gar nicht mehr wissen, dass in dem Verb das Wort «besudeln» steckt –, schaltet sich bei vielen älteren Menschen noch ein schlechtes Gewissen ein, wenn es um das Thema geht. Masturbation galt früher als Selbstbefleckung. Buben erzählte man, der Spass mache dumm oder blind oder lasse Haare an den Händen wachsen. Das alles ist nicht lange her: Noch bis Anfang der siebziger Jahre wurde Selbstbefriedigung als Perversion betrachtet. Erst 1972 stuften US-Mediziner sie als normale menschliche Verhaltensweise ein. Selbstbefriedigung ist Körperpflege. Und so



Bewährtes Konzept: Séverine Scalese.



Elektrisierend: Polina Semionowa (l.).



Kenner der Hautevolee: Otto T. Gisiger.

Gastronomen, an dem er sich bemüht, den Teilnehmern etwas Neues zu bieten. So präsentierte er das «Bürgenstock Resort», das «Clouds» im Prime Tower, aber auch das «Bellevue Palace» in Bern anlässlich der Kreation einer edleren Version der Bernerplatte. Kostenbeitrag: 100 Franken, in denen alles – auch Champagner vom Besten – inkludiert ist. Letzte Woche fand Ottos Tafelrunde im «Bauschänzli» statt, das jetzt unter neuer Führung von Candrian Catering ist. (Pro memoria: **Stéphanie Portmann**, die Enkelin von **Fred Tschanz**, hat das Rennen um die begehrte Gastwirtschaft, die vor allem mit dem Oktoberfest viel Geld verdient, verloren.) Neue Geschäftsführerin ist **Séverine Scalese**. Im neugestalteten «Bauschänzli» bleibt vieles beim Bewährten: Selbstbedienung an einem vielfältigen Buffet (wobei nicht zu übersehen ist, dass die Saucen aus der Dose kommen), Tische direkt an der Limmat, und jeden Donnerstag Tanz ab 17.30 Uhr. Unter den Gästen am «Gastro Round Table»: **Christian Dangel** von der «Kronenhalle», **Thomas Krebs** von der «Seerose» und vom «Chez Fritz», **Martin Santschi** vom «Hotel St. Gotthard», **Michael Böhler**, Direktor der Hotels «Opera» und «Ambassador». Modeunternehmerin **Anne-Lise Leiggenger Furrer** (L'Alizé) und **Dominique Marcus** vom Café «Höschgasse 33» waren so ziemlich die einzigen Frauen in der fast reinen Männerrunde.

Das Neueste: Das Hotel «Europe» neben dem Opernhaus, das im Besitz der Familie **Christian Kramer** war, wurde an die Gesellschaft **Egeria Europe** verkauft und heisst jetzt «Romantik Hotel Europe». Geführt wird es von **Sebastian Kramer**, dem jüngsten der drei Kramer-Söhne, und dessen Frau **Eva**. **Christian Kramer** erholt sich auf Ibiza.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

unschuldig, dass selbst Ungeborene es tun: Bereits 1987 erschien im Fachblatt *Journal of Ultrasound in Medicine* ein Artikel mit dem Titel «Observationen intra-uteraler Masturbation». Illustriert wurde er von Ultraschallbildern eines masturbierenden männlichen Fötus im Mutterleib. Wenn der Mensch bereits fröhlich an sich rumspielt, bevor er überhaupt selber atmet und mit der Welt in Kontakt getreten ist – wie könnte es Sünde sein?

«Der Orgasmus ist ein Reflex des vegetativen Nervensystems», erklärt die Wissenschaftsautorin **Mary Roach** in ihrem Ted-Talk «10 things you didn't know about orgasm». Damit gehöre er zu einem Bereich körperlicher Funktionen, die wir nicht bewusst kontrollieren, wie auch die Verdauung und den Herzschlag. Der Orgasmusreflex ist keine mystische Verführung des Bösen, sondern ein Automatismus, der abläuft, wenn wir Reizen ausgesetzt

werden. **Roach** nennt lustige medizinische Einzelfälle: Menschen, die zum Orgasmus kommen, wenn man ihre Augenbrauen oder ihr Knie streichelt. Menschen mit Rückenmarksverletzungen können erogene Zonen knapp oberhalb der Verletzung entwickeln. Der Orgasmus ist in den Körper von Menschen derart tief eingeschrieben, dass er sogar toten Menschen möglich ist. Bei Hirntoten, die an einer Beatmungsmaschine hängen, kann durch Stimulation der Sakralwurzel im Rückenmark der Orgasmusreflex ausgelöst werden.

Solange man lebt, vitalisiert das Ganze natürlich stärker: Selbstbefriedigung reduziert Stress und lindert Schmerzen. Sie wird heute sogar Frauen gegen Menstruationsbeschwerden empfohlen. Eine Form von Selbstliebe, so natürlich wie der eigene Herzschlag.



Unten durch

Unzähmbar

Von **Linus Reichlin**

Vor ein paar Tagen erzählte mir mein Freund **Bruno**, er habe Sex im Flugzeug gehabt. Ich fragte, wo im Flugzeug, und er sagte: «Na, wo wohl?» Also auf der Toilette. Das stellte ich mir unbequem vor. Er sagte, es sei überhaupt nicht unbequem, jedenfalls nicht mit einer kleinen, schlanken Frau. Ich fragte ihn, ob er gezielt nach einer Frau gesucht habe, die von den Körpermassen her in einer Flugzeugtoilette bequem zu handhaben sei. Er sagte, nein, das sei Zufall gewesen, er habe die Frau in der Warteschlange vor dem Security-Check gesehen und sofort leidenschaftlich begehrt. Er habe sofort gewusst: «Ich werde mit ihr schlafen, egal, ob in der Bordtoilette genug Platz ist oder nicht!» Damit wollte **Bruno** mir sagen, dass seine Libido unzähmbar ist, animalisch, steinzeitlich und kompromisslos. Meine ist im Gegensatz dazu eher, sagen wir mal, buchhalterisch.

Meine Libido verbucht jeden Sexualakt als Aktivposten unter der Rubrik «immaterielle Vermögenswerte». Danach ist das Ziel meiner Libido dasselbe wie das eines jeden guten Buchhalters: Erhaltung des Vermögens über einen möglichst langen Zeitraum. In der Regel komme ich mit einem Sexualakt eine Woche lang nicht nur aus, sondern ich bin geradezu abgeneigt, vor Ablauf der Wochenfrist noch einen zusätzlichen Akt dazwischenzuschieben. Denn ich habe festgestellt, dass dadurch eine ungesunde Aufwärtsspirale in Gang kommt, oder vulgär gesagt: Je mehr man vögelt, desto mehr möchte man noch mehr vögeln. Das ist gefährlich: *Remember* Finanzkrise 2007! Die exponentielle Zunahme von Sexualakten führt zu einer Art erotischem Wasserkopf, ähnlich der Immobilien-, Dotcom- und Aktienblase: Unweigerlich platzt das eines Tages! Durch die überhitzte Akkumulation von Geschlechtsakten fällt der Wert des einzelnen Aktes nach einem Allzeithoch schlagartig ins Bodenlose, und man steht vor dem Nichts. Am Schluss ist man froh, wenn man es bis zur Scheidung nur noch einmal die Woche tun muss. Da ist es doch ökonomisch viel cleverer, es gleich von Anfang an konsequent nur einmal die Woche zu machen: Kontrollierte Verknappung führt zu auf

>>> Fortsetzung auf Seite 64

hohem Niveau verharrender Nachfrage. Bruno sagte, diese Sichtweise sei ihm fremd. Je mehr Sex, desto besser: Seitensprünge seien der Pfeffer in seiner Ehe. Ich sagte, in meiner Ehe sei Pfeffer nicht nötig, da meine Frau schon froh sei, wenn sie mal ein Körnchen Salz kriege. «Sie lebt», sagte ich, «sexuell gesehen permanent von sehr knappen Rationen, so dass die wöchentliche, sagen wir mal, Nachschublieferte für sie jedes Mal ein Fest ist.» «Du redest», sagte Bruno, «als sei Sex etwas, das man aus Flugzeugen über Notstandsgebieten abwirft!» Vielleicht hatte er recht. Aber ist es denn besser, wenn man über Sex redet, als sei es etwas, das man auf Bordtoiletten von Flugzeugen macht, die über Wohlstandsgebiete fliegen? «Was war es denn eigentlich für eine Maschine?», fragte ich. Bruno sagte, es sei eine Boeing 737 gewesen.

Zu Hause googelte ich die Masse der Bordtoilette der 737: Von Wand zu Wand sind es knapp 61 Zentimeter. Das entspricht der Breite einer Waschmaschine. Ich rief Bruno an und fragte ihn konkret, ob die Frau während des Aktes mit im 90-Grad-Winkel gebeugtem Oberkörper auf der Klobrille gestanden sei, während er selbst mit beiden Füßen in der Kloschüssel stand. Anders konnte ich mir die Vereinigung unter diesen beengten Verhältnissen nämlich nicht plausibel vorstellen. Bruno sagte: «Weisst du was? Mach es doch einfach selber mal!» Ich sagte ihm, wenn ich es tun würde, dann bestimmt nicht auf der Toilette einer Boeing 737, dort sei es nämlich anatomisch unmöglich, ausser für zwei Kaninchen. Inzwischen bin ich sicher, dass 95 Prozent aller Geschichten über Sex in Flugzeugen, Aufzügen, Eisenbahnen und Besenkammern einer genaueren Überprüfung nicht standhalten. Ist das nicht beruhigend?

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Spaniens wilder Westen

Von Peter Ruedi

Die Kunst ist das einzige Feld, auf dem zuweilen die Gesetze der Alchimie noch Gültigkeit haben. So hat Jean Racine, der grosse Klassiker unter den französischen Stückeschreibern, schon (oder noch?) im 18. Jahrhundert erkannt, alle Erfindungskunst bestehe darin, «aus nichts etwas machen». Nun lässt sich eine solche hohnlachende Missachtung aller handfesten Physik («aus nichts wird nichts») strenggenommen auf die Kunst des Weinbaus nicht anwenden, in einem übertragenen Sinn aber sehr wohl. Ich meine noch nicht einmal die erstaunliche Tatsache, dass eine Materie, die doch nichts als vergorener Rebensaft ist, sich in das Wunder eines, sagen wir mal, Château Pétrus verwandeln kann, ein Vorgang, nicht weniger verblüffend als die Metamorphose der Raupe zum Schmetterling. Ich denke vielmehr daran, dass aus einem kargen Landstrich wie der spanischen Extremadura, in welcher heisser kontinentaler Zone es mit der Ribera del Guadiana gerade mal eine einzige (junge!) Denominación de Origen gibt – dass in

diesem westlichsten *waste land* Spaniens, berühmter für Pata-negra-Schinken als für Rebbaubau, einer sozusagen aus dem Stand Weine zieht, die es in kürzester Zeit an die Spitze der spanischen Öno-Nomenklatur schafften. Dabei war Pedro Mercado, von Haus aus Architekt, ein Quereinsteiger, als er 2006 das Gut Pago los Balancines bei Mérida erwarb. Zehn Hektaren waren mit zerzaustem Tinta Roriz bestockt. Die galt es zu restaurieren. Auf weiteren vierzig pflanzte er mit Umsicht neu an: Garnacha, Touriga Nacional, Cabernet Sauvignon, Petit Verdot und Syrah, sehr extensiv (1080 Weinstöcke, gerade mal 1500 Kilo Trauben pro Hektare!). Biologische Produktion, ein Erziehungssystem, das den Trauben genug schonenden Schatten garantiert. Keine Bewässerung im Weinberg.

Die Cuvée «Mérida» ist ein spürbar jugendlicher, geradezu ansteckend übermütiger Wein mit explosiver Freude an der attraktiven Frucht (Pflaumen, Kirschen, Brombeeren, Cassis), am Gaumen würzig, von einer herausfordernd frechen Frische, mit starken, aber feinen Tanninen. Ein Wein aber auch mit einem grossen Potenzial, wobei mit Spannung zu verfolgen sein wird, welche Facetten seiner vielfarbig oszillierenden Persönlichkeit er weiterentwickeln, welche er mit den Jahren zurücknehmen wird: die feinen Unterzüge von Tabak oder etwas Lakritz vielleicht, die ebenfalls diskreten Röstaromen und mineralischen Spitzen? Der «Mérida» ist kunstvoll und einleuchtend gebaut aus Garnacha Tintorera, Tempranillo, Syrah und Cabernet Sauvignon – eine gleichermaßen spanisch autochtone und weltoffenklassische Veranstaltung.

Pago los Balancines Mérida Ribera del Guadiana DO 2015. 14,5%. Gerstl, Spreitenbach. Fr. 18.80. www.gerstl.ch



Salz & Pfeffer

Berns bester Burger

Von David Schnapp

Zuerst die Theorie: Ein guter Burger sagt viel aus über den Zustand der Gastronomie einer Stadt: ein vermeintlich schlichtes Gericht, das fast überall auf der Welt zu-

bereitet wird und deshalb gut vergleichbar ist. Dafür braucht es natürlich ein Referenzmodell. In meinem Vergleichssystem sind es die Qualität von Brot (leicht geröstet, aber saugfähig) und Fleisch (Geschmack, Garpunkt), die Sauce sowie weitere Beilagen. Wenn es in einer Stadt einen guten Burger gibt, heisst das auch, es gibt Gastronomen, die selbst bei schlichten Zubereitungen hohe Massstäbe anlegen. Den besten Burger Berns macht zum Beispiel Markus Arnold – nur mittags in seiner «Steinhalle».

Arnold folgt beim Kochen dem einfachen Prinzip, wonach er nichts serviert, was ihm selber nicht schmeckt. Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Der «Steinhalle»-Burger besteht aus besten Zutaten: Die Sesambrötchen kommen täglich frisch von der Bäckerei Bohnenblust, das Schweizer Rindfleisch liefern die Spezialisten von Luma. Es wird auf dem Grill *medium rare* gebraten und schmeckt nicht nur hervorragend, sondern hat auch eine angeneh-

me Textur, weil das Fleisch nicht gepresst wird. Eingelegte Gurken, Röstzwiebeln, frischer Salat, Rotkraut sowie eine Cocktailsauce sind die weiteren Elemente dieses Burgers. Obendrauf gibt es eine japanische Sesam-Erdnuss-Sauce mit Reissessig, die selbst dosiert werden kann und die dem Gericht zusätzliche Frische und Tiefe gibt.

Dass dieses warme Sandwich ohne Salatbeilage 24 Franken kostet, gab in Bern zu reden. Man kann es aber auch als Reifezeichen für die urbane Gastronomie sehen, wenn sich ein Restaurantbetreiber mit viel Detailliebe einem Gegenstand widmet und dafür einen angemessenen Preis definiert. Das ist letztlich immer der Weg zu besserem Essen in Lokalen aller Art.

Steinhalle, Helvetiaplatz 5, Bern. Tel. 031 351 51 00. Lunchmenü montags bis samstags 11 bis 17 Uhr, sonntags 10 bis 17 Uhr (Brunch).

David Schnapp ist Autor beim «Gault-Millau-Channel».



Auto

Fahrer mit Geschmack

Der Range Rover Evoque bleibt eine Ausnahmeerscheinung unter den geländegängigen Alltagsautos. *Von David Schnapp*

Mit dem ersten Range Rover Evoque hat Land Rover ab dem Jahr 2010 ein kleines Stück Automobilgeschichte geschrieben. Das kompakte SUV mit der wohlgestalteten Form war immer schon anders als der Durchschnitt im stetig grösser werdenden Feld der kompakten SUVs, die zu den beliebtesten Fahrzeugkategorien überhaupt zählen. Die Mischung aus etwas mehr Übersicht im alltäglichen Verkehr und der gegebenen Möglichkeit, im Fall aller Fälle die asphaltierte Strasse zu verlassen und auf unbefestigten Wegen weiterzufahren, scheint die perfekte Mischung zurzeit.

Aber der Evoque war immer schon noch etwas mehr als das, es gab ihn als dreitüriges Coupé und sogar als SUV-Cabrio, aber immer ist er ein Auto für Leute, die über Erscheinungsformen aller Art einen Lebensstil ausdrücken wollen. Und der neue Range Rover Evoque, der soeben auf den Markt gekommen ist, behält diese Qualität – und sie wurde sogar noch etwas geschärft und präzisiert.

Den «Baby Range Rover» gibt es nur als Fünftürer, aber der wurde in Bezug auf manches Designmerkmal dem etwas grösseren Bruder Velar angenähert, so dass es nun zwei Range Rover in unterschiedlichen Grössenklassen gibt, die beide zu den schönsten ihrer Art gezählt werden dürfen. Der neue Evoque ist so lang wie der alte, durch einen grösseren Radstand gibt es nun aber mehr Platz und mehr Kofferraum.

Äusserlich fallen die versenkbaren Türgriffe und die mit elegantem Schwung nach hinten abfallende Dachlinie auf. Im Innenraum gibt es das formschöne Bediensystem aus dem Velar mit dem Namen «Touch Pro Duo», mit dem auf zwei Bildschirmen verschiedene Funktionen gleichzeitig dargestellt werden können. Die moderne Fahrzeugtechnik ist eingebettet in luxuriöse Materialien, die auf hohem handwerklichem Niveau verarbeitet wurden.

Mein Testwagen entstammt der First Edition, die mit speziellen Design- und Aus-

stattungsdetails geliefert wird. Dazu gehören etwa ein Panoramadach oder Kontrastlackierungen. Motorisiert mit dem 4-Zylinder-Turbobenziner, der die Bezeichnung «P250» trägt, kommt der Evoque ziemlich flott voran. Durch die kräftige Turboaufladung erreicht er aus dem Stand in bloss 7,5 Sekunden Tempo 100 km/h. Und dank der 9-Gang-Automatik fährt sich der Kompakt-SUV auch auf der Autobahn erfreulich ruhig. Dabei komme ich im Test auf 9,8 Liter Durchschnittsverbrauch.

Der Range Rover Evoque hat zwar kompakte Ausmasse, ist aber in Bezug auf Ausstattung und Komfort ein Grosser. Längere Autoreisen habe ich darin zu jeder Tages- und Nachtzeit ausgesprochen angenehm zurückgelegt. Dabei lässt einen der Evoque immer gut aussehen – als Autofahrer mit Geschmack.

Range Rover Evoque P250 First Edition

Leistung: 249 PS/183 kW, Hubraum: 1997 ccm
max. Drehmoment: 365 Nm
Höchstgeschwindigkeit: 230 km/h
Beschleunigung 0–100 km/h: 7,5 sec
Verbrauch (NEFZ): ab 8,0 l/100 km
Preis: ab 43 900.- (Evoque-Basispreis);
Fr. 72 200.- (P250, First Edition)



Tamaras Welt

Frauenfeindliche Feministinnen

Der Knatsch zwischen älteren und jüngeren Feministinnen ist erstaunlich. Er offenbart eine heute selbstgefällige und überhebliche Frauenbewegung. Von Tamara Wernli

Eine Facette der modernen Feministinnen ist ja der Drang, den gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen. Dass man sich dafür auch nicht zu schade ist, Leute aus den eigenen Reihen zu diffamieren, zeigt der Fall Alice Schwarzer. Die bekannteste Frauenrechtlerin von Deutschland und Herausgeberin des Magazins *Emma* setzt sich seit zirka fünfzig Jahren für die Rechte der Frau ein. Seit sie aber gewisse Aspekte am Islam kritisiert, wird sie vor allem von der jüngeren Feministengeneration als Rassistin, Anti-Muslimin, Anti-Feministin und Übergriffige beschimpft. Ich bin jetzt nicht unbedingt ein Schwarzer-Fan, aber ich halte das für erbärmlich. Und nicht nur das, mit diesen Labels zerstört man die Debatte, mit der Rassismuskulte ist kein vernünftiges Gespräch mehr möglich. Vermutlich ist das aber Ziel der ganzen Übung.

Schwarzer war neulich auf einer Konferenz in Frankfurt zum Thema Kopftuch. Sie spricht sich für ein Kopftuchverbot für Kinder aus, in Schulen und im öffentlichen Dienst. Für sie ist das Kopftuch die «Flagge des politischen Islam». Sie ist nicht die Einzige, die so denkt, auch die Frauenorganisation Terre des Femmes (TDF) schrieb jüngst auf Twitter: «TDF begrüsst Kopftuch-Verbot an Grundschulen in Österreich als wichtigen Schritt für den Mädchenschutz. Das Gesetz sollte jedoch ausgeweitet werden und öffentliche Bildungseinrichtungen solttem frei von allen religiösen und weltanschaulichen Symbolen sein.»

Wie Tagesspiegel.de berichtete, kam es am Rande des Events zu einer Auseinandersetzung; ein Video zeigt, wie die 76-Jährige eine junge Muslima leicht am Arm berührt. Es folgt ein hitziges Wortgefecht – die Demonstrantin droht Schwarzer mit einer Anzeige, die aber kontert ironisch: «Oh, ich dachte, nur ein

Mann darf Sie nicht anfassen!» Ja, für die Übersensiblen die Beleidigung schlechthin. Namhafte deutsche Publizistinnen warfen Schwarzer Arroganz und Überheblichkeit vor, Übergriffigkeit auch; wenn das Feminismus sei, schäme man sich, Feministin zu sein. Du meine Güte. Man muss sich fragen: Wurde Schwarzer schon festgenommen wegen ihres Übergriffs? Sie hat doch tatsächlich den Arm einer Frau gestreift!

Wenn Schwarzer (oder andere) patriarchale Verhältnisse unter Migranten kritisiert, ist das legitim. Wenn sie in ihrem Buch vor Kulturrelativismus warnt oder die Political Correctness nach besagter Silvesternacht in Köln kritisiert, ist das legitim. Wenn sie schreibt, dass es mit «spezifischen Menschengruppen spezifische Probleme» geben kann – ist auch das ihr gutes Recht. Kritik ist nicht gleich Hetze, ist nicht Rassismus. Vor allem aber denkt sich Schwarzer ihre Thesen ja nicht am Schreibtisch aus, sie kennt die muslimische Kultur durch zahlreiche Reisen in diese Länder – anders als viele der neuen jungen Aktivisten, die ihre Informationen meist nur aus ihren Studenten-WG zu haben scheinen.

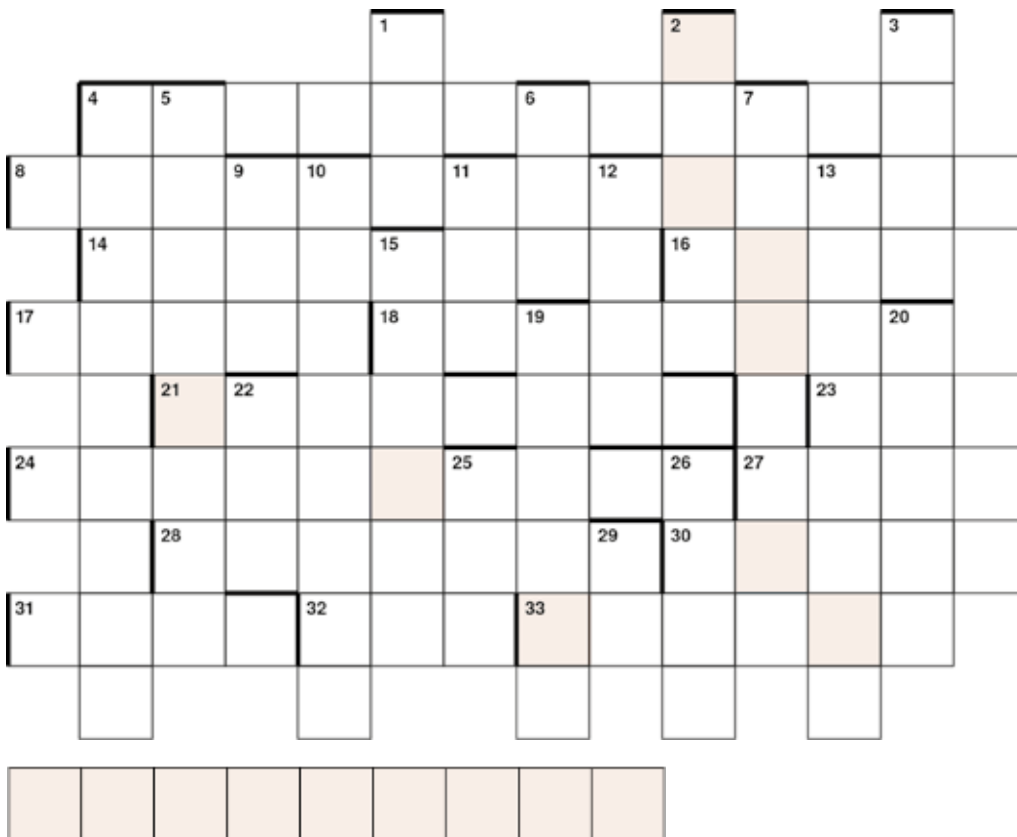
Man muss Schwarzers Thesen nicht zustimmen, kann sie mit Argumenten widerlegen. Dass man offen über eine Religion spricht, ist etwas Gutes. Eine ehrliche Debatte über Aspekte, die viele Menschen beschäftigen, sollte in einer fortschrittlichen Gesellschaft möglich sein. Ausserdem können Ereignisse oder religiöse Texte unterschiedlich interpretiert werden – genauso wie Statistiken, gemäss denen Frauen 7,7 Prozent weniger Lohn erhalten; dass der Pay Gap auf Diskriminierung zurückzuführen ist, ist nur eine Sichtweise von mehreren.

Eine Frauenikone als Anti-Feministin zu beschimpfen, ist etwa so sinnreich, wie Greenpeace für den Klimawandel verantwortlich zu machen. Es zeigt die Hysterie, mit der die Debatte geführt wird. Gerade jüngere Feministinnen machen keinen Hehl daraus, dass sie Schwarzer als Rassistin sehen. Als Schwarzer neulich in einer Debatte mit *Spiegel*-online-Kolumnistin und Vorzeigefeministin Margarete Stokowski diese darauf ansprach, dass sie von ihr permanent als «Rassistin» beschimpft werde, meinte die 33-jährige Stokowski: «Finden Sie das arg beleidigend?» Eine reichlich drollige Frage für jemanden, der ansonsten an jeder Ecke beleidigendes Verhalten gegenüber Frauen ausmacht.

Feministinnen betonen zwar stets den Zusammenhalt unter Frauen – der gilt aber nur für jene, die ihre Ideologie zu 100 Prozent teilen. Äussert eine Kritik, nimmt die Entrüstung das Mass öffentlicher Verbalhinrichtung an. Das offenbart nicht nur eine beschämende Intoleranz, sondern auch, dass aus dem Emanzipationskampf von früher eine anmassende und selbstzerstörerische Bewegung geworden ist. Vielleicht liegt es ja daran, dass es heute – im Gegensatz zur ersten und zweiten Welle des Feminismus in den 1870er und 1960er Jahren – weder Selbstopfer noch Courage, nicht mal Risiko braucht; die Frauenverstherinnen der dritten Welle wettern hauptsächlich von ihren Schreibtischen aus. Und von dort aus nehmen sie für sich in Anspruch, für alle Frauen zu sprechen. *Fun fact*: Gerade erst hat eine Studie von Yougov-Cambridge herausgefunden, dass sich in Deutschland nur eine von sieben Frauen als Feministin bezeichnet.

Viele Frauen wollen gar nicht vom Feminismus gerettet werden. Was wir aber wollen: Debatten führen können über Dinge, die uns beschäftigen, ohne dass wir dafür an den öffentlichen Ismus-Pranger gestellt werden. Liebe Feministinnen, kontert uns mit den besseren Argumenten und nicht mit Verleumdung.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.
Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Steht am Pannenort.

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht: **4** Sie, phraseologisch für lautes Flennen bekannt, werden nach Volumenverlust zu zierlicheren Artgenossen. **8** Praxisbezogenes Problemlöseverfahren, auch am Buffet anwendbar. **14** Ist Trickvater-Geselle Homer haupthaarmässig um zwei überlegen. **16** Hinten mit Quastenschwanz und von hinten Ernte. **17** Bei der criminalité gerne verzeichnet, endlos und gehäkelt Testat. **18** Verhindert, mit Festivalort am Ende, dass beim Crash einer 'ne Fliege macht. **21** Indisch-argentinischer Onlineaustausch in der Mitte macht politisches zu dessen nicht seltener Darbietung. **23** Der akustisch grimbartige deutsche SMI quasi. **24** Kulturförderung mit «Lanzennapf»-Mitteln. **27** Sowas wie unspezifische Stromfirma; produzierte Dampfturbinen, Waschmaschinen und Gefährte für Schienen. **28** Otitis-media-Symptom mit fettiger Einlagerung. **30** Überlieferung zufolge menschlich und Psychiater zufolge tun sie's. **31** Von gestressten Zeitgenossen getextete, unverbindliche Antwort auf Einladung. **32** Er – sorgt auch vorgestellt für Erneuerung – entschied sich für die rote Pille. **33** Am Kopf von Topf ein Garbehälter, ansonsten sind sie etwas älter.

Senkrecht: **1** Vertreter dieses Genres sind per definitionem beliebt. **2** Hier teilweise zur Steigerung fähiges Gegenstück zum hombre. **3** Vermehrt und high führt vermehrtes Tragen zu Zehenschaden. **4** Beginnt grossartig und beendet das Leben eines massereichen Sterns. **5** In a nutshell: nutcase! **6** Mittags über Kopf in Madrid und unter Fuss in Paris. **7** Beschreibt frisches oder noch schlaftrunkenes Landei. **9** Der Mikrohahn im Mainboardkorb alias der Gockel im Sockel. **10** Was kleine Brötchen fürs Backen ist dies – andersredensartlich, aber gleichbedeutend – fürs Machen. **11** Kurz und schnell fürs Fast-Food-Maskottchen oder für Libertären im Land der Libertät. **12** Weidmanns Schweiß: Viskositätsvergleich mit Wasser führt dabei zum Mantra der Vetternwirtschaft. **13** Vom Hörensagen Geschwätz, doch eigentlich am Schiffe. **15** Dessen carne, halb-halb doppelt erfrischend, kommt beim Mohammedaner nicht auf den Tisch. **19** Schlafraubende Insekten-Reiberei. **20** Biber oder Hörnchen und am Sud pubertär. **22** Er dahinter verlegt nautical hinten in den Hintern. **25** Nichtstaatliche Gilde sich Engagierender und politisch Agierender. **26** Einer wie Armbrustmunition, erteilt Vladimir eine Absage. **29** Fliesst in die Kantabrische See oder in die Tasche von Militärdienstleistenden.

I=J=Y © Andri Martinelli – RätselFactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 618



Waagrecht: **5** SCHLA(e)GERSTAR
12 SCHNABELTIERE **14** HAENGENLASSEN
16 OFEN: weggehen wie heisse Semmeln
17 (ESEL)(HASE) **22** PEP: von engl. pepper = Pfeffer **23** D(ABE)I: «Honest Abe» (Lincolns Spitzname) **25** LARK: engl. Lerche oder Jux (Fez) **27** PELLEN **29** (GO)NE
30 AAS **31** FLEA circus = engl. Flohzirkus
32 NEU **33** IGITT (igitt!) **34** FEZ (oder Fes) ist ein roter Filzhut. **35** SALONDAMEN

Senkrecht: **1** Wolf im SCHAF(s)PELZ **2** GEL
3 ASIA: Band oder engl. Asien **4** FREE (Willy) **5** SCHOEPPFER **6** LAN steht für «Local Area Network» **7** ABGEBEN **8** Goose (engl. Gans) pluralisiert ergibt GEESE **9** RTL
10 TESA(film) **11** ARS: lat. Kunst
13 NEEDLES(s): engl. Nadeln (oder überflüssig) **15** NEIGUNG: Anagramm von Eignung
18 LLOID: Lloyd's of London und Andrew Lloyd Webber **19** HAN(GAR)
20 S(KATER) **21** ETAT: «L'état c'est moi» und «Coup d'État» **24** Kölle ALAAF!
26 REIM **28** NEO

Lösungswort — SCHEINDASEIN

Hilfreiche Tipps zu diesen Rätseln finden Sie auf:

www.raetselfactory.ch/weltwoche.html

EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
 erfolgreich in den Geschäftsbereichen
 Hochleistungspolymere
 Spezialchemikalien

Partner von
Miles & More

cornercard

More miles.



Jetzt bis zu
30'000 Prämienmeilen
Welcome-Bonus.

Cornercard Miles & More bestellen unter cornercard.ch